

Mauerfall

Gefangenen Rundbrief No. 23 – Oktober 2009



Hallo zusammen

Ein etwas eskalierter Streit... - und ein etwas längeres Vorwort...

Die Überschrift hier macht es schon deutlich, dass dieses Vorwort ein unangenehmes sein wird:

Über die Artikel des Autonomen Knastprojekts im Mauerfall No. 21 entbrannte in den vergangenen Wochen ein heftiger Streit. Wie ich ja immer wieder angedeutet habe, bin ich ein Freund der Streitkultur und scheue Auseinandersetzungen nicht. In diesem Fall sehe ich aber die Notwendigkeit, hier einleitend ein wenig vielleicht - wenn dies noch möglich ist - die Wogen zu glätten.

Eine Auseinandersetzung verliert ihre Sinnhaftigkeit, wenn sie persönlich anfeindend wird und sich in einem Grabenkrieg verzettelt. Ohne Wenn und Aber kann ich hier festhalten, dass Fehler gemacht wurden. Da fange ich gerne auch bei mir persönlich an, da bin ich selbstkritisch genug. Es war auch mit mein Fehler, die Artikel betreffs der Anzeige gegen die Verzeihung, „GMV-Arschkrampe“, direkt in den Mauerfall aufgenommen zu haben und nicht entscheidend genug nachgehakt zu haben, ob sich denn zwischen den Konfliktparteien bereits darüber ausgetauscht wurde. Es macht im Umgang zweifelsohne einen Unterschied wenn die Menschen mit unterschiedlichen Positionen, sich diese erstmal intern an den Kopf werfen. Dann wäre eben dieses Gefühl des öffentlich an den Pranger gestellt zu werden nicht so aufgekommen. Doch eben genau das ist vielen Leuten sauer aufgestoßen. Das geht somit auch auf meine Kappe, wenn auch nicht unmittelbar. Das war in der Vergangenheit immer wieder auch ein Streitpunkt zwischen mir und anderen Leuten draußen. Ich versuche, so gut es geht, innerhalb persönlicher Korrespondenz schon „vor zu streiten“.

Innerhalb des Zusammenhangs des Mauerfalls finden sich ganz unterschiedliche Menschen und ebenso unterschiedliche Meinungen wieder. Ich vertrete darin auch meine eigene. Diese dürfte ohne Zweifel eine Minderheitenposition darstellen. Was mich überhaupt nicht stört, denn ich mache diesen Rundbrief ja nicht in erster Linie für mich oder Leute „der (meiner) Szene“. Ich mache ihn zuallererst für die Menschen hinter den Mauern. Ich möchte die Anliegen, die Gedanken, die Verhältnisse, die Stimmungen, die Klagen, die Wut und die Frustrationen, die in den Strafanstalten herrschen und die seit jeher in die allerletzte Nische

verbannt werden, sammeln. Ich möchte sie öffentlich machen, zur Diskussion stellen, ich möchte eine Plattform bieten, die auch Mut macht, die den diesem System am meisten Ausgelieferten zeigt, dass sie nicht ganz vergessen und lebendig begraben sind. Ich möchte hiermit für die Gefangenen im Speziellen, aber eben auch allgemein, ein kleines Zeichen gegen die Isolation und Zerstörung, die der Institution Strafvollzug innewohnt, setzen.

Ich bin ein großer Freund von Utopien, von Widerstand und Vision. Diese drei Begriffe werden gerne immer schnell abgetan als unrealistisch oder falsch bewertet. Nun, zum einen denke ich, dass, wenn ich mich ausschließlich an der Realität, also den herrschenden Gegebenheiten orientiere, dass ich dann am besten die Augen zu mache und versuche, einfach nur ein möglichst angenehmes Leben zu führen. Diese biedermännische Sicht auf die Dinge ist mir leider (!) nicht zu eigen. Wird sich mal kurz die Mühe gemacht und nur mal auf die historische Entwicklung der letzten paar hundert Jahre geblickt, so kann jedoch durchaus festgehalten werden, dass „verrückte“ und unrealistische Gedanken durchaus Ihr Gutes hatten, auch und gerade hinsichtlich einer fortschrittlichen, gesellschaftlichen Entwicklung. Was war nicht vor gar nicht allzu langer Zeit noch eine ferne Utopie? Es ist noch keine 100 Jahre her, da war das Wahlrecht für Frauen auch eine utopische Vorstellung! Vor 200 Jahren konnte sich unter gewerkschaftlicher Organisation kein Mensch etwas vorstellen, was mal Realität werden könnte. Wer jetzt noch mosert, dass das ja alles vor der Gründung dieser „tollen“ neuen demokratischen Gesellschaft einzuordnen ist, für den habe ich noch ein besonderes Schmäckerl: Bis zum Jahre 1957 durfte der Ehemann ein Arbeitsverhältnis seiner Gattin bei ihrem Arbeitgeber kündigen, wenn seiner Meinung nach die „häuslichen Aufgaben“ darunter litten! Das ist gerade mal 50 Jahre her, klingt aber glücklicherweise! nach verdammte weit weg! Ach, ja, erst 1994 wurde der §175, der berühmte sogenannte „Homosexuellenparagraf“ ersatzlos gestrichen. Vor gerade mal 15 Jahren...

Ich möchte hier aber auch einmal anmerken, dass meine Position, nämlich die zwischen den Stühlen, eine denkbar unangenehme ist! Und das in doppelter Hinsicht: Zwischen drinnen und draußen! Spreche ich als überzeugter Abolitionist von einer Gesellschaft ohne Knast und Strafe, halten mich gleich die Leute hinter wie vor den Mauern für einen Spinner. Bis auf wenige Ausnahmen. Soll oder

muss ich also von dem Wunsch einer klassenlosen, befreiten Gesellschaft abrücken, weil der Weg dahin so lange und so beschwerlich ist?

Manche Leute aus linksradikalen-libertären Zusammenhängen halten mich (vielleicht) schon wieder für zu reformistisch, weil ich ob des großen Leids und der Hoffnungslosigkeit vieler Gefangener eine Milderung sofort begrüßen und mir dafür auch Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen und Personen vorstellen könnte.

Mir war und ist auch die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der IvI. wichtig! Auch über die inhaltlichen Unterschiede und politischen Differenzen hinweg. Ich weiß von vielen Gefangenen, dass sie das Angebot, die gereichte Hand, praktische (Sofort)Hilfe sehr schätzen. Es ist ein von drinnen organisierter Zusammenhang, was auch eine besondere Bedeutung hat. Die Kritik von hier draußen klingt da manchmal wie von oben herab, aus dem Elfenbeinturm. Doch ich versuche immer wieder, eben auch meine (andere oder kritische) Sicht der Dinge in meinen Briefen zu vermitteln. Das ist leider, da mehr Post zu beantworten ist, weniger geworden. Da blieb in der letzten Zeit manche wichtige Diskussion auf der Strecke – nicht, weil ich nicht mehr mag, sondern weil ich es nicht im erforderlichen Sinne schaffe. Darum muss ich mich bemühen, darum sollten „wir“ uns hier draußen bemühen das hin zu bekommen. Auf dass wir im geforderten Maße dem Gesprächs- und Diskussionsbedarf nachkommen. Denn es kann ja nicht die Schuld derer sein, die in dieser Auseinandersetzung noch nicht so lange drin sind und dazu noch die schlechteren Möglichkeiten zur Teilnahme haben.

Ebenso zu schaffen machen mir aber manchmal auch die Differenzen unter den Inhaftierten. Denn meine Möglichkeiten, mir von hier draußen ein objektives Bild zu verschaffen, sind sehr begrenzt. Die/der Eine sagt so, sein/ihr Gegenpart eben anders... und dazu haben noch andere eine Meinung... Ich kann mich halt nicht mit den Leuten wie draußen an einen Tisch setzen und versuchen, die Probleme zu klären. Auch das kostet immer wieder eine Menge Kraft!

Kontakt:

Michel Deutschewitz

c/o SSK e.V

Salierring 37/ 50677 Köln

www.iv1-info.de,

www.abc-berlin.net/download

<http://groups.google.de/group/antiknast>

Ich wie alle anderen am Mauerfall Beteiligten hier draußen werden dieses Projekt gerne weiter machen. Aber nur MIT Euch, mit Eurer Beteiligung, mit all den Unterschieden und Gegensätzen! Denn der Rundbrief soll ja, wie gesagt auch, besonders FÜR Euch sein! Er soll die vielen Facetten widerspiegeln und ein Angebot für besseren Austausch untereinander sein. Da werden immer wieder Gegensätze aufeinander prallen das ist ganz klar. Und es wird auch immer wieder mal was schief laufen, es wird auch immer wieder mal zu Fehlern kommen, zu wenig Absprache da sein. Oder es wird Streit entbrennen, weil konträre politische Vorstellungen vorhanden sind. Wenn Ihr da drinnen keinen Bock darauf habt, keinen Bock habt, dass es hier draußen eben hauptsächlich Leute mit einem abolitionistisch, libertären Ansatz sind, die dieses Projekt des Mauerfalls machen und darin verständlicherweise auch Ihre Meinungen und Ansichten vertreten, dann ist es Zeit den Rundbrief einzustellen! Weil ihm dann die Grundlage, die Existenzberechtigung fehlt! Aber auch, weil dann die Menschen, die augenblicklich diesen Rundbrief machen, wohl die Falschen für Euch da drinnen sind! So empfinde ich es auch als schade, wenn Leute sich zurück ziehen aufgrund eines Beitrags im Mauerfall, der ihre Ansichten kritisiert. Da fehlt dann wohl leider das Verständnis dafür, was dieser Rundbrief will, was das hier für ein Projekt ist. Es gibt hier nicht DIE richtige Meinung und den richtigen Weg! Aber es soll hier um die Ansätze gehen, einiges besser zu machen als es 'normalerweise' ist!

Im Umgang miteinander sollte sich gerade von draußen darum bemüht werden, eine größtmögliche Transparenz gegenüber den Gefangenen herzustellen. Es sollte auf die mannigfaltigen Einschränkungen, denen Gefangene im Hinblick auf die Möglichkeiten der Kommunikation unterliegen, Rücksicht genommen werden. Es sollte immer daran gedacht werden, dass die Repression und die Überwachung eine totale ist und somit die Kommunikation immer gestört und unfrei ist. Ich versuche, so weit es unter den herrschenden Bedingungen überhaupt geht, eine gleichberechtigte Teilhabe an diesem Plattformmedium zu ermöglichen. Das alle Menschen draußen an einem viel längeren Hebel sitzen, mit Telefon und Internet, Bewegungsfreiheit und unzensurierter, nicht (total) überwachter Kommunikation, ist klar und kann so auf die Schnelle nicht geändert werden. Es könnte, da werde ich nicht müde das zu betonen, aber durch ein Mehr an persönlichen Kontakten sehr vieles viel besser sein. Jeder Mensch, der draußen ans 'www' angeschlossen ist, könnte zumindest hier und da eben zu bestimmten Dingen Gefangenen etwas ausdrucken und zuschicken. Etwas kopieren oder weiter leiten damit die Ausgrenzungen hinter den Mauern zumindest Bruchstücke der Informationen zukommen, die für uns hier draußen ganz selbstverständlich sind. Unsere alltäglichen Selbstverständlichkeiten gegenüber anderen entpuppen. Die Menschen, die hier draußen über gewisse Ressourcen verfügen, sollten zumindest versuchen, diese im ursprünglich solidarischen Sinne mit denen, die darauf keinen Zugriff haben, zu teilen.

Unabhängig von unserer persönlichen Situation - ob wir drinnen oder draußen sind, unabhängig von der eigenen Sicht auf die Dinge, unabhängig von allen Unterschieden, sollte es doch ei-

nes geben, was die Menschen in diesem Verteiler eint: Der Gedanke, der Wunsch und auch der 'Kampf' um und für die Freiheit!!! Wenn das mal nicht ein starkes Argument ist... - in diesem Sinne grüßt Euch ALLE herzlich und solidarisch:

Michel



Hungerstreikerklärung!

Zum Hungerstreik in der JVA Burg

Nun bin ich hier in Burg angekommen. Nach vielen unfruchtbaren Gesprächen und Anträgen bin ich nun im Hungerstreik. Nicht weil ich etwas Utopisches fordere, sondern weil ich lediglich einfordere, was mir ohnehin zusteht.

Es geht um medizinische Versorgung zum ersten. Der Anstaltsleiter verweigert die Durchführung von medizinisch notwendigen Maßnahmen.

Zum zweiten ist die Personaldecke der Beamtenschaft so dünn, dass eine ordentliche Bearbeitung unserer Anträge unmöglich gemacht wird.

Des weiteren stellen sich ständig Kompetenzfragen, da niemand genau weiß, wer für was zuständig ist. So kommt es unter anderem auch dazu, dass man geradezu genötigt wird, einer privaten Firma (Kötter) eine Generalvollmacht für den sozialen Dienst auszustellen, da dieser ansonsten nicht tätig werden kann (falls man vielleicht einmal in's Krankenhaus muss)! Dass man genötigt wird Geräte zu mieten, obwohl man darüber - also über eigene - bereits verfügt, hatte ich ja schon einmal angeschnitten. Doch zurück zu dieser Generalvollmacht, die einer Entmündigung gleichkommt. Anhand dieser "Vollmacht" hat man hier schon Gefangenen ohne ihr Wissen z.B. alte Abo's gekündigt. Wer hat da noch Fragen?

Dann sind hier alle voran gegangenen Genehmigungen hinfällig. So bekomme ich z.B. keine Arbeitsmaterialien und werde auch sonst nicht unterstützt von der Anstalt. Und das, obwohl man weiß, dass ich später damit mein Geld verdienen will.

Der Gefangenen Rundbrief ' MAUERFALL' ist kein Erzeugnis im Sinne des Pressegesetzes, sondern lediglich ein Rundbrief an Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte. Mit der Herausgabe des 'MAUERFALL' werden keine erwerbswirtschaftlichen Ziele verfolgt. Bei dem Bezug in Haftanstalten (gerade Bayern aber auch sonst wo!) sehe ich daher keinen Grund, diesen Gefangenen Rundbrief wie ein 'offizielles' Presseerzeugnis bei dem stark limitierten Zeitschriftenbezug der Gefangenen anzurechnen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist dieser Rundbrief solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur- Habe-Name“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist er dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Mit vollem Wissen verstößt die Anstalt gegen geltendes Strafvollzugsrecht und gegen gleich mehrere Grund- und Menschenrechte. So weiß ich z.B. bis heute noch nicht, warum ich meine Wahlunterlagen erst so spät, nämlich einen Tag **NACH** der Wahl erhalten habe. Ich bin jetzt fast einen Monat lang hier und habe noch nicht einmal mein Schreibzeug von der Kammer bekommen, so dass ich hier auf Antragsblätter schreiben muss. Nach Anfrage bei der Anstalt erfuhr ich, dass man es gerne sehen würde, wenn ich neues Schreibzeug beim Anstaltskaufmann neu erwerbe, wobei ich persönlich die Befürchtung habe, dass dabei das Verhältnis von Preis und Leistung eben nicht im Verhältnis steht. Im Gesamten habe ich das Gefühl, wir sollen hier durch perfide Mittel zum Konsum erzogen werden...

Der Rechtsweg würde ungefähr zwei Jahre dauern. So lange will ich nicht warten und trete deswegen in den Hungerstreik. Natürlich hoffe ich mir tun es einige gleich, wobei schon mindestens ein weiterer Gefangener ebenfalls im Hungerstreik ist. So sind wir schon zu zweit. Ich war auch schon beim Arzt und habe mir jeglichen Eingriff verbeten. Was bedeutet, dass ich dann verhungere.

Natürlich hoffe ich Ihr helft mir. Wir brauchen hier drinnen Presse und eine sachliche Berichterstattung, die beweist, wie es hier wirklich zugeht. Vielleicht kann man ja von draußen etwas Druck machen durch z.B. eine Demo gegen diese menschenunwürdigen Zustände - ich weiß es nicht und weiß auch nicht weiter. Doch so geht es definitiv nicht mehr länger!

Stefan Milde
Madel 100
39288 Burg

[Neben diesen geschilderten Missständen werden in der JVA Burg wie vorher in der JVA Naumburg der Mauerfall und auch die beiliegenden Rundbriefe der Iv.I. angehalten

und zur Habe genommen. Dies alles trotz eines deutlich gemachten Eigentumsvorbehalts. Auf die gestellten Anträge wird stets mit Ablehnung oder bestenfalls mit Verschleppung reagiert. Die Begründung ist mal wieder eine gute alte Bekannte: Die Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. Die Schreiben „beinhalten im Wesentlichen ordnungsstörende Auflehnungen gegen den Justizvollzug an sich“ - so die „Herren Leiter der Justizvollzugsanstalten Burg, Dessau-Roßlau, Halle I, Halle II – Sozialtherapeutische Anstalt - , Halle III, Magdeburg und Volkstedt“. Ich erspare mir an dieser Stelle das Abtippen der Originale, die mir Stefan zugeschickt hat. Die meisten von Euch kennen diesen anstaltsjuristischen Rotz zur Genüge. - Michel

Nachtrag...

Zur Beendigung des Hungerstreiks in der JVA Burg

Der Hungerstreik als solches ist beendet, von mir und Daniel ebenso – alle sonstigen Eingesperreten hielten es nicht für nötig, was keine Anklage darstellt, nur eine Tatsache!

Offiziell habe ich aufgehört wegen der unerträglichen Isolationshaft, die ich vor dem Verfassungsgericht rügte. Weiter erstattete ich Strafantrag wegen Nötigung im Amt gegen die Anstalt bzw. deren Leiter. Der Hungerstreik war in dem Moment sicherlich das Richtige, doch mit nur zwei Leuten entsteht nicht der gleiche Effekt wie mit zwei- oder sogar fünfhundert Hungerstreikenden. Da darüber hinaus Patientenverfügungen vorlagen... der Tod war nie eine Option. Hungerstreik ist Kacke, der Knast muss brennen, nicht man selbst! Der Hungerstreik ist keine Waffe, jedenfalls nicht im praktischen Sinn; bezogen auf deren Effektivität. Ein Toter von zwei Widerstandskämpfern ist ein Verlust von 50%. Wie effektiv das ist, liegt auf der Hand. Es kommt immer auf die Situation an will ich damit sagen. Vielleicht habe ich mich auch einfach nur verrechnet. Was solls, deswegen muss man noch lange nicht aufgeben.

Das Ziel wurde ja sogar teilweise erreicht: die Presse. Sicher ist die 'junge welt' nicht die 'Bild'-Zeitung, doch das ist andererseits auch gut so. Weitere Holger Meins' brauch' mer net! Ich möchte mich hier bei allen Leuten bedanken. Das Problem den Widerstand zu organisieren liegt darin, dass man - nicht nur hier- jedwede Gegenwehr sofort im Keime erstickt. Und die Idioten lachen hinter vorgehaltener Hand. Doch das vergeht denen, wenn sie sehen, dass man etwas erreicht hat und darauf kann man aufbauen. Das sich alles so entwickelt, hätte ich nicht gedacht.

Beste Grüße auch an die Kötter-Kritiker/innen von Köln. Bezüglich 'Kötter' haben wir selber auch schon Nachforschungen angestrebt. Wenn es möglich wäre, möchten wir uns vor Ort in einem Brief an die Aktiven bedanken, dass man diese modernen Sklavenhalter und die Geschäfte von 'Kötter' versucht zu entlarven.

Stefan Milde
Madel 100



39288 Burg

Eine kurze Anmerkung...

Zu dem Privatkast Burg und der Firma „Koetter Security“

Der Knast Burg wurde im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt gebaut.

Gebaut wurde er von "Bilfinger Berger Project Investment" (<http://www.pi.bilfinger.de/>). Der Knast gehört diesem Unternehmen und das Land Sachsen-Anhalt hat erstmal einen 25-jährigen "Mietvertrag". Ein Blick auf diese Seite gibt Aufschluss, um was für ein globales Unternehmen es sich handelt. Verwaltet wird dieser Knast von "Koetter", eine Sicherheitsfirma, welche 1934 als Wachschutzorganisation in der BRD gegründet wurde. (www.koetter.de - man achte bitte auf den Sicherheitsbeirat, welcher unter anderem vom Gründer der GSG 9, ehemaligem Präsidenten des VS etc. gestellt wird). Sie stellen alles, außer angeblich die Wärter. Angeblich deshalb, weil sie bei Ausfall eines Wärters des Landes Sachsen-Anhalt, einspringen.

Thomas Meyer-Falk hatte 2008 schon mal diesen Bereich thematisiert. Vielleicht hilft das ein wenig weiter. An einer Zusammenarbeit wären wir interessiert.

mrq,

zusammen kämpfen (magdeburg)



Immer wieder Zensur in der JVA Hof!

Zeitungen sind kein Fenster in Hof

Vor kurzem kam eine Zeitschriftenzensurung vom ABC Berlin. Diese wurde als „unerlaubte Zusendung“ angehalten. Nein Antrag auf Einsichtnahme für einen möglichen Abobezug wurde auch abgelehnt.

Und damit war der Punkt Frechheit überschritten! Der Anstaltsleiter hat jetzt eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen mein „anstaltsinternes Hobby Vollzugsinspektor“ vor sich liegen. Bei der Aufsichtsbehörde des Ministeriums läuft von mir ein Antrag zur Bestellung eines rechtspsychologischen Gutachtens zur Prüfung auf Tauglichkeit im Amt wegen mehrjähriger Doppelfunktion: Vollzugsinspektor und gleichzeitig Sozialamtmann in einer Person. Und das über mehrere Jahre hinweg!

Zudem habe ich einen Politiker der PDS/Linkspartei in Berlin angeschrieben und unmissverständlich gebeten, die anhaltenden Missachtungen der Grundrechte durch „vollziehende Ämter“ bei Inhaftierten ins politische Geschehen zu integrieren und dem mehr Bedeutung beizumessen. Ich rechne in den nächsten Tagen mit diversen Reaktionen. Nur gut, dass ich keine Konfrontation scheue. Im Prinzip gäbe es eine einfache Lösung, doch glaube ich so langsam nicht mehr daran: die Gewährung mir zustehender Rechte. Und beide Seiten würden um einiges ruhiger leben. Stattdessen entwickelt sich das Gehebe der Anstaltsleitung zu einem kindlich pubertären Machtkampf gegen mich. Aber ich lache nur drüber und lasse mich nicht unterkriegen.

Und wenn ich draußen bin?

Ich werde eine kurze Anlaufzeit brauchen, um die ganzen anfallenden Behördengänge zu erledigen. Danach geht's wieder rund!

Vollzugsteilnehmer Harry,
lv.I.-Repräsentant in der JVA Hof

Wahlrecht für Gefangene

Überblick und Fakten

Auch Gefangene dürfen in Deutschland wählen; ein Ausschluss vom aktiven Wahlrecht ist die absolute Ausnahme. (Von 1990 bis 2009 wurde gegen 77 Verurteilte als Nebenfolge ein solcher Ausschluss verhängt; vgl. Bundestags-Drucksache 16/12622 vom 08.04.2009). Was viele – auch Inhaftierte - nicht wissen: ein Ausschluss vom passiven Wahlrecht, also dem Recht, gewählt zu werden, findet sich im Alltag viel häufiger. Denn jede und jeder, die/der zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr wegen eines Verbrechens verurteilt wurde, verliert automatisch (§ 45 StGB) die Amtsfähigkeit und auch das Recht, gewählt zu werden für die Dauer von 5 Jahren, wobei die Zeit im Gefängnis nicht auf diese Frist angerechnet wird. Einher mit dem Verlust der Wählbarkeit geht der Verlust des Rechts, Mitglied einer Partei zu sein (vgl. § 10 Abs. 1 Parteien-Gesetz).

Superwahljahr 2009

Im Superwahljahr 2009 stellt sich auch für Gefangene die Frage, ob sie sich an den Wahlen beteiligen. An dieser Stelle soll nicht die Sinnhaftigkeit von Wahlen an sich thematisiert werden, viel mehr beschränke ich mich auf die formalen Aspekte.

§ 8 BWO (Bundeswahlordnung) sieht vor, dass im Regelfall die Behörden in den Gefängnissen einen so genannten "beweglichen Wahlvorstand" errichten, sprich es soll für einige Stunden ein Wahllokal eingerichtet werden, damit auch Gefangene ganz normal wählen können. In der Praxis jedoch, so das Ergebnis einer Umfrage eines Doktoranden aus Berlin bei allen Landeswahlleitern und Justizministerien, gibt es heute in keiner einzigen Anstalt mehr eine solche Einrichtung (früher, noch in den 90'ern gab es bspw. in der JVA in Hamburg einen solchen beweglichen Wahlvorstand).

Zwang zur Briefwahl

Somit müssen Inhaftierte den Weg der Briefwahl beschreiten. War es bislang z.B. in der JVA Bruchsal üblich, dass die Anstalt die Anträge auf Erteilung der Briefwahlunterlagen an die Stadt Bruchsal kostenlos weiterleitete, müssen seit 2009 Gefangene, die denn wählen möchten, dafür bezahlen, nämlich Briefmarke und Kuvert kaufen.

Ein Vorgehen, das nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch in der Politik auf Protest trifft. So veröffentlichte Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (<http://www.ulla-jelpke.de>) am 17.12.2009 eine Pressemitteilung und forderte - Zitat - "die Gefangenen bei der Ausübung ihres Wahlrechts zu unterstützen, anstatt sie zu behindern". Und Bundestagsabgeordneter Wolfgang Bosbach (CDU) schrieb die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen an, nachdem sich Gefangene der JVA Iserlohn bei ihm über eine ähnliche Praxis dort beschwert hatten. Berücksichtigt man das geringe Einkommen der Gefangenen (monatlich sind zwischen 31 und vielleicht 80/90 Euro verfügbar) und die Tatsache, dass jeder Mensch in Freiheit seinen Antrag kostenlos bei der Stadt abgeben oder am Wahlsonntag in ein Wahllokal gehen kann, um kostenfrei zu wählen, stellt die Kostenpflicht für Gefangene eine unzulässige Beeinträchtigung des Wahlrechts dar. Es bleibt abzuwarten, ob sich auch die OSZE mit der Thematik beschäftigt, nach dem ihrer Unterorganisation ODIHR eine Beschwerde vorliegt und sie dieses Jahr auch Wahlbeobachter nach Deutschland entsandte.

Bei der Briefwahl kann sich zudem kein Gefangener sicher sein, dass die JVA nicht doch die Wahlbriefe zensiert (ein Problem, auf das die LINKE im Bundestag in einer Anfrage an die Bundesregierung hinwies; vgl. oben genannte Drucksache).

**Wahleinspruch für alle**

Jeder kann, sofern wahlberechtigt, Einspruch gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl einlegen (Bundestag, Platz-der-Republik 1, 11011 Berlin). Die Frist hierzu endet am 26. November 2009, der Einspruch ist kostenfrei. Sollte der Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen werden, wird es etwas aufwendiger, denn nun muss man sich 100 UnterstützerInnen suchen und kann Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen. Der Wahlprüfungsausschuss fordert in der Regel den Bundeswahlleiter zur Stellungnahme auf, die dann der Einspruchsführer zugeleitet erhält, um hierauf erwidern zu können. Selbst eine mündliche Anhörung in Berlin ist möglich.

Probleme bislang unbeachtet

Wie unterbelichtet das Thema "Wahlrecht der Gefangenen" bislang war, dokumentiert der Umstand, dass erst jetzt eine Doktorarbeit zu diesem Feld in Arbeit ist (der Doktorand promoviert bei Professor Dr. Feest, Universität Bremen) und sich näher mit den Fragestellungen rund um inhaftierte Wählerinnen und Wähler auseinandergesetzt wird.

Kollateralschäden bei Einspruch

Mitunter fühlen sich manche Journalisten bemüßigt, aus einem sachlichen Anliegen ein Schmierstück zu fabrizieren. So nahm Wieland Schmid von der Stuttgarter Zeitung einen Wahleinspruch gegen die Oberbürgermeister-Wahl in Bruchsal (Wahlgewinnerin war eine ehemalige LKA-Beamtin) zum Anlass, über den inhaftierten Einspruchsführer, dieser war ich, im Stil der Boulevardpresse zu berichten.

Ausblick

Vielleicht ermöglichen Einsprüche gegen die Bundestagswahl vom 27.09.2009 die Situation von Gefangenen in den Medien breiter zu positionieren und so aus dem Schattendasein etwas heraus zu lösen.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA -- Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal

<http://www.freedom-for-thomas.de>

<http://www.freedomforthomas.wordpress.com>

Aktion...**Wallfahrt an die Knastmauern**

Am Samstag, 26.09. war ein Bündnis von Knast-Gegner/innen unterwegs zwischen Aachen und Rheinbach, um möglichst viel "Radau" an den Knastmauern zu machen.

Wir hatten uns sehr darüber gefreut, dass es dafür auch Interesse aus weit entfernten Städten gab, denn außer Teilnahme an der jährlichen Sylvester-Knastkundgebung in Köln-Ossendorf hatten wir schon lange keine Demo mehr an den Langzeit-Knasten unserer Region zustande gebracht. Diese sind aber unser Hauptinteresse, denn Gefangenenbewegung bildet sich halt, wenn überhaupt, dort und kaum in einem U-Haft- und Kurzstrafen-Knast wie Ossendorf.

Die Demos waren angemeldet, damit wir überhaupt etwas Zeit haben konnten, uns den Gefangenen bemerkbar zu machen. Nervig war dann, dass gerade das unerwünscht ist. Die



Anlage dürfe nur so laut sein, dass wir mit Musik und Reden die DemoteilnehmerInnen erreichen, hieß es, und nur auf diese, nicht auf die Mauer ausgerichtet sein. Nun denn, da wir Gefangene, die wir kennen, und andere, die sich von den Knastverwaltern nicht alles gefallen lassen, als unsere wichtigsten Demoteilnehmer begreifen, fanden in Aachen beim Weg um zweieinhalb Flanken des Knastes unsere Zwischenkundgebungen an Plätzen statt, wo wir solche Demoteilnehmer zu erreichen hofften. Ganz erfolglos waren wir da wohl nicht.

Anders in Rheinbach. Wir kamen dort über eine Stunde später an als angemeldet, da wir (auf verschiedene Autos verteilt) alle in einem Autobahn-Stau stecken geblieben waren. Die Polizei war gereizt und sagte, uns bliebe kaum Zeit, der Verlauf müsse abgekürzt werden. Vorgehen war eine Demonstration zwischen Bahnlinie und Knastmauer mit zweimaligem Halt für Zwischenkundgebung an einer geeigneten Stelle, beim Hin- und Rückweg. Nun wurden wir aber dazu angehalten, eine erste Kundgebung am Haupteingang zu machen. Völlig nutzlos! Da hört uns doch keiner! Von dort die Straße entlang und die erste Strecke an der Bahnlinie ebenfalls uninteressant, weil zu weit vom Knast entfernt.

Als wir uns endlich der Knastmauer näherten, war schon erahnbar, dass sie uns gar nicht bis zu unserem vorgesehenen Zwischenkundgebungsplatz heran lassen wollten. Etwa die Hälfte der DemoteilnehmerInnen, die, die vorne waren, missachteten aber die Stop-Rufe der Polizei, kamen noch bis nah an die Mauer. Rufe und Sirenenlaute aus unserem Megaphon. Aber der Lautsprecherwagen und das andere Fußvolk kam nicht bis zu uns durch. Wir wurden aufgefordert, zurück zu denen hinter der Abriegelung zu gehen. Als einige von uns mit der Polizei zu reden versuchten, andere weiter Krach für die Gefangenen machten, wurden sofort Hunde herbeigeführt, denen der Maulkorb abgenommen wurde. Etwas konnten wir den Rückzug noch hinauszögern, aber nicht mehr lange.

Der uns aufgezwungene Abstand war ziemlich groß. Außerdem waren wir von einem kleinen Werksgebäude abgeschirmt. Ich habe deshalb darauf verzichtet, die Rede für die "Demoteilnehmer drinnen" von diesem Punkt aus zu halten. Ich hätte ein Gefühl von Selbstgespräch gehabt. Statt dessen habe ich ein empörtes Schimpfen ins Mikro gespuckt, dass wir unsere Leute drinnen so nicht erreichen können. Die spanische Genossin, die wegen der beiden spanischen Anarchisten, Gabriel in Aachen und José in Rheinbach, an der Demo teilgenommen hatte, versuchte dann trotz der schlechten Bedingungen Grußworte für José über die Mauer zu bringen. Ein Kölner Genosse ergriff noch

spontan das Wort, um die draußen und, so weit erreichbar auch die drinnen, zu ermutigen, dass die Fahrt nach Rheinbach trotzdem nicht sinnlos war. Und dass wir wieder kommen. Hoffentlich hat er Recht! Es ist gar nicht so einfach, genügend Leute für eine Kundgebung in knapp 50 km Entfernung zusammen zu kriegen, wenn es gegen Knast geht und um Solidarität mit Gefangenen. Wenn es keinen besonderen Anlass gibt, etwa den Tod eines Gefangenen, miserable medizinische Versorgung, keinen aktuellen Sonderskandal. Solche Anlässe sind ja nun alles andere als herbei zu wünschen. Uns ist die Existenz von Knästen Skandal genug. Aber wir sind halt nicht viele. /hb



ps: **Nicht die gleiche Welle:** Von einem Rheinbacher Gefangenen hatten wir vor einiger Zeit erfahren, man könne Radio Köln in Rheinbach hören. Daran dachten wir nach der u.E. verpatzten Rheinbach-Demo. „Dann liefern wir halt Ersatz per Radio!“ Wir machten eine halbstündige Sendung über den Knastaktionstag, nicht auf das Kölner Massenpublikum, sondern auf Rheinbacher Gefangene ausgerichtet. Einer von uns fuhr wenige Tage vor der Ausstrahlung nach Rheinbach, um Besucher/innen zu bitten, die Nachricht in den Knast zu tragen. Noch mal eine Enttäuschung: Nachträglich erfuhren wir, dass man diesen Sender doch nicht in Rheinbach hören könne.

Grußworte an die TeilnehmerInnen der Antiknastdemos in Aachen und Rheinbach am 26.09.

Herzliche und kämpferische Grüße aus dem Bruchsaler Gefängnis an Euch, die ihr hier zu der Demo gekommen seid.

Knast zerstört! Knast zerstört Menschen, Familien und letztlich auch gesellschaftliche Strukturen, denn Knast ist destruktiv! Und deshalb ist es so wichtig für die Abschaffung von Gefängnissen zu demonstrieren und zu streiten.

Aber es ist meiner Ansicht nach auch wichtig die gesellschaftliche Funktion der Knäste zu berücksichtigen; das heißt Knäste sind Symptom und nicht Ursache einer deformierten Gesellschaft. Wer also für eine Abschaffung von Haftanstalten kämpft, legt zwangsläufig die Axt an das herrschende System.

Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland eine immer größer werdende Bewegung, die über konkrete Einzelfallhilfe hinaus die Strukturen in den Blick nimmt und mit Gefangenen zusammen für eine Gesellschaft ohne Knäste kämpft. Und die Demonstration hier und heute ist eine Aktionsform in diesem Kampf!

**Mit meinem Herzen und in Gedanken bin ich heute bei Euch!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!**

Thomas Meyer-Falk

Auftaktrede der Knastkundgebung in Aachen, 26.09., nicht vorgetragen in Rheinbach, weil wir nicht an die Mauer heran gelassen wurden

Ich grüße ALLE Demoteilnehmer/innen und ALLE Teilnehmer!

Wir stehen hier

- gegen das Strafsystem
- gegen die ungleichen Chancen in der Gesellschaft
- gegen das Ausgrenzen der angeblich Überflüssigen
- gegen Macht & Herrschaft
- für andere Formen der Konfliktlösung
- für Solidarität unter den Benachteiligten
- für Gesellschaft ohne Knäste - ohne Macht & Herrschaft

Das geht uns alle an, drinnen und draußen. Ganz akut halt die, die derzeit drinnen sind. Auf der Seite der Mauer, wo das Mikrophon ist, sind wir jetzt nicht sehr viele. Unsere Ziele sind noch nicht weit verbreitet.

Aber auch auf der anderen Seite der Mauer teilen nicht alle unsere Ziele.

- Einige meinen, Knast muss doch sein. Bloß man selbst ist unglücklich da rein geraten.
- Viele akzeptieren das Strafen grundsätzlich, auch im eigenen Fall.
- Manche versuchen über Ihresgleichen Macht auszuüben.
- Manche arbeiten mit der Knastverwaltung zusammen, auch auf Kosten von Mitgefangenen

Das sind nicht unsere Demoteilnehmer! Doch es gibt solche, die so ähnlich wie wir denken.

Das sind AUCH unsere Demoteilnehmer, obwohl wir sie jetzt leider nicht sehen.

Sie werden durch die Mauer gehindert, mit uns VOR dieser zu protestieren. Aber sie sind jetzt bei uns. Und sie richten ihr Handeln täglich an menschlichen, freiheitlichen Zielen aus.

Wir grüßen ganz besonders diese unsere Demoteilnehmer drinnen. Falls wir uns noch nicht gegenseitig kennen, sollten wir das schnell nachholen. Meldet euch bei uns!



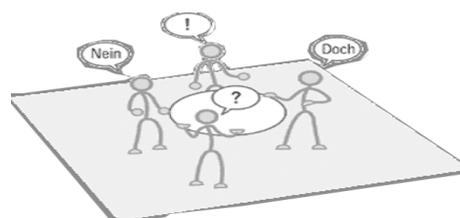
Doch auch die, die vieles im "Rechtssystem" und in der Gesellschaft ungerecht finden, das aber noch nicht grundsätzlich in Frage stellen, protestieren. Auch sie haben einen Alltag, in dem sie versuchen ihre Würde zu bewahren, in dem sie sich der Willkür der Strafjustiz entgegen stellen. In dem sie solidarisch mit Mitgefangenen sind.

Wir grüßen alle Gefangenen, die nicht nach oben buckeln und nach unten treten.

**Wir fragen euch:
Seid ihr unsere Demoteilnehmer?**

- Wenn ja, dann lasst uns miteinander diskutieren!
 - Dann lasst uns zusammen protestieren! .
 - Gleiches Recht für alle, das ist eine Farce unter den herrschenden Verhältnissen. Klagen wir an!
 - **Strafjustiz löst keine Probleme! Sie IST ein Problem.** Machen wir das bekannter! Überzeugen wir!
 - Lasst uns gemeinsam Änderungen bewirken, auch im Miteinander.
 - Nicht nur heute, sondern in den nächsten Monaten und Jahren. Egal, wann Ihr raus kommt. Auch danach ist er noch nötig, der Kampf gegen das Strafen.
- (...)

Auf gute Zusammenarbeit mit unseren Demoteilnehmern drinnen und allen, die das noch werden können. Zusammen sind wir stärker! Gegen die alltäglichen Demütigungen im Knast, in den Gettos, in der Gesellschaft Auf lange Sicht für eine Gesellschaft, die keine Knäste mehr braucht.



Streitpunkt...!

Wegen dem K(r)ampf um den Artikel „Strafanzeige gegen GMV-Fuzzi Rheinbachs“...

Ich erzähle hier mal der Reihe nach...

Als ich den Artikel las hab ich nur abgekotzt, einfach weil es für mich total normal ist, dass ich denjenigen zuerst frage, was da dran ist und dann wohl reagiere. Daher fand (und finde!) ich die Iv.I. (und das ist ja nun mal Pit) so an den Pranger zu stellen total widerlich. Das ist die absolut unterste Schublade. Da ist die WILD-Zeitung ne harmlose Nummer gegen... Aber eben auch so menschlich ist das sehr enttäuschend. Die weitere Ausführung von wegen dass es die Staatsanwaltschaft ja nicht geben sollte etc .pp erzeugte für mich nur ein müdes Lächeln. Hohe Theorien schwingen und nichts dahinter! Also darüber brauch man gar nicht reden, weil es ist klar, dass man versucht, seine Dinger direkt zu regeln, ohne Staatsknechte aller Art... Aber deshalb so tun, als ob es die Staatsanwaltschaft nicht gibt, ist weltfremd und dumm, denn sie ist unübersehbar da. Und man kann sie für manches auch sehr gut benutzen, eben vor allem auch für Anzeigen, um mal zu gucken, ob nicht doch noch mal eine Krähe der anderen ein Auge aushackt... Okay, man wird ja noch träumen dürfen. Aber es hat immer noch den guten Nebeneffekt, dass man was schriftlich in die Hände kriegt, es also mehr wird als nur Gehirnspinnste eines Gefangenen und ...

Wer nur eine Beschwerde über den normalen Weg losschickte, also über die Strafvollstreckungskammer und so, da bleibt so was schon schön in den Gefangenenakten und versinkt da klanglos. Bei der Staatsanwaltschaft geht es

aber in die Akten des Betroffenen, egal wie oft so was auch eingestellt wird. Und wer weiß, vielleicht ist es dann auch mal zu viel, oder Beförderungsblokade. Aber das is... - also ich hab nur müde abgélächelt und auch abgekotzt. Wollt auch erst wütend was zu schreiben, aber es eben genau aus diesem Grund auch gelassen, den Du gerade in Deinem Brief beschreibst - dass es auch so eingetreten ist, dass ne große Streiterei aufgekommen ist, die es inhaltlich nicht wert is... und verdammte Scheiße nochmal: Gibt's denn echt nichts Wichtigeres??? Gerade jetzt, wo der Knast an allen Ecken und Kanten beschissener bis lebensgefährlich wird, sich da wegen so 'nem Dünnschiss von irgendwelchem hohen Theorie-müll zu zerstreien, also der Gegner muss sich ja nur schiefachen.



Finni - 'Kein Heiliger...'

Das hat echt was von in nem Minenfeld sitzen, ringsrum schlagen Granaten ein, und da kommt eine/r auf die Idee ausdiskutieren zu wollen oder müssen, wer den besseren Frieden auf der Tasche hat. Und ich muss zugeben, solch kranke Züge sind doch nichts Neues. Gerade in der links-aktiven Ebene ist das mehr der Normalzustand als unter Otto-Normalo (wie's rechts ist weiß ich nicht). Und ich muss klar sagen, dass ich es nach einiger Zeit leid war und lieber gegangen bin, weil ich bin Praktiker, kein Theoretiker... Mit dem Verweis an Alle, dass ich mein Ding so weiter machen werde, mit Leuten meiner Linie, und anderen nur raten kann sich mir nie in den Weg zu stellen, sonst erleben sie mich in der Praxis und ihr Gerede wird ihnen nix nutzen.

Daher wäre dies auch meine Ansage an die der AKP, gerade die, die meinen, solchen Mist verbocken zu müssen... Und damit ist dies Thema durch und nicht zur weiteren Diskussion geeignet, weil eben keine Lust weiter die meinige Energie und Gerede in so was zu verschwenden. Wobei das für mich aber nicht so ein Abwenden von dem AKP ist. Denn jede/r darf auch mal Scheiße machen, und an und für sich ist Meinungsvielfalt und auch Verschiedenes machen und tun ja nicht verkehrt. Nur eben hier weiter über diesen Mist sabbeln - nein Danke, null Bedarf und Gelüste. Wenn ich 'nen Euro über hätt, gäb ich den für 'ne Parkuhr, vielleicht klappt es ja da ... bei mir nicht!

Jedenfalls werde ich auch so meine Meinung in Richtung Pit vertreten, weil er mich dazu fragte, und eben auch, dass ich diese nun sooo konsequente Abwendung von dem AKP für falsch halte - trotz alledem und sowieso und überhaupt! Denn auch trotz der jetzt verschossenen Energie ist es falsch, weiter zu versuchen sich gegenseitig an die Karre pissen zu wollen, oder

das zu tun... der Gegner is wo anders! Fangt jetzt an und klärt (ich meine die Betroffenen) selbst direkt untereinander Eure Differenzen - und gut is - oder eben auch nicht... Das ist Euer Problem!

Finni,
JVA Celle

Zur „Diskussion“ im Mauerfall Nr.21, Texte von „Autonomes Knastprojekt Köln“ (AKP) und „Kritische Fragen an die I.v.I.“

„Strafanzeige gegen einen GMV-Vertreter“ durch Pit Scherzl in der JVA Rheinbach

Als einer der I.v.I.-Repräsentanten hat mich der Bericht des AKP im Mauerfall Nr. 21 sehr aufgeregt, so dass ich - leider erst jetzt- mich in die gewünschte „Diskussion“ dazu einschalten möchte und kann.

Ich selber befinde mich seit knapp 19 Jahren in Haft, kenne den Pit Scherzl aus einem persönlichen Gespräch in der JVA Rheinbach und diese Anstalt zu genüge selbst, da ich eine Zeit lang dort inhaftiert war! Nun könnten gewisse Leute (insbesondere vom AKP) schnell darauf kommen, ich würde hier unilateral „Pit“ zur Seite stehen. Dem trete ich vorab entschieden entgegen, denn ich habe auch teilweise andere Vorstellungen wie Pit, habe ihm das auch mitgeteilt und gemeinsam sind wir auch in vielen Dingen zu einer Meinung gelangt. Es ist keineswegs so, dass ich mich hier nun parteilich auf die Seite von Pit schlage und dazu äußern möchte!

Im „Kern“ halte ich das ‚was Pit da aber gemacht hat, für letztlich „richtig und angebracht“, denn irgendwann ist ein Punkt erreicht, wo einem nichts anderes übrig bleibt! Um das verstehen zu können, muss man sich aber erst mal auch damit befassen und sehen, was der Pit alles bereits gemacht hat, um den Jungs in den Knästen zu helfen. Des Weiteren muss man auch beachten und sehen, welche Bedeutung und Wichtigkeit diese „Unterschriftenliste“ hatte und vor allem, welche Mühen es gekostet hat, diese überhaupt erst zu erlangen, und für was sie gedient hat bzw. hätte! Vielleicht wird man dann ‚besser‘ verstehen können, warum es letztlich zu diesem Schritt gekommen ist. Neben vielen anderen Faktoren.

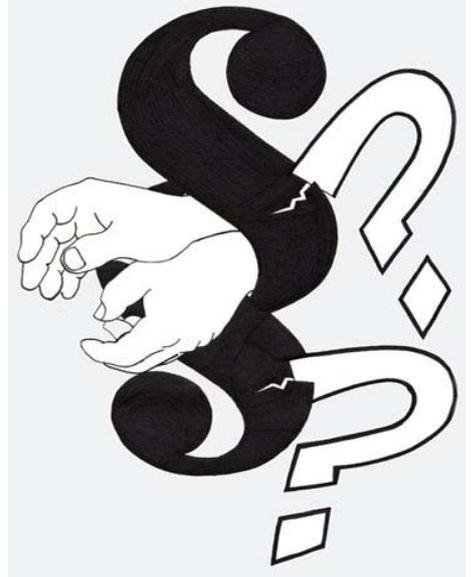
Aber der Reihe nach:

Ich halte den äußerst „propagandistisch“ gehaltenen Bericht des „AKP“ für nicht angebracht und zugleich für ein „willkürliches sich mal wieder „so richtig“ auf Kosten anderer ins Gespräch zu bringen“! Ich kenne die AKP- Leute nicht, weiß nicht, ob von denen jemals überhaupt einer im Knast gesessen hat. Aber betrachte ich nur ihre „Zielsetzung“, sagt mir das schon einiges!

Hier gibt es schon gewaltige Unterschiede zwischen dem, was das AKP sich als „Ziel“ gesetzt hat und was die „I.v.I.“ verfolgt! Für mich sind die Ziele des „AKP“ nicht nur Utopie und deren Realisierung in den nächsten 500 Jahren wohl kaum zu erreichen, das spricht schon für sich. Nein, sie sind auch geeignet, von neutralen, objektiven und mit gesundem Sachverstand ausgestatteten Personen als „Spinnerei“ gesehen und abgetan zu werden, mit der Folge, dass man nichts von dieser Stelle „erst“ nimmt und nehmen wird! Das soll

nicht heißen, dass ich vollends dagegen sei, aber seid mal ehrlich, Leute des AKP, „eine Gesellschaft 'ohne' Knäste“, wo sollte diese sein? Und was wäre die Alternative dazu? Wollt ihr alle die, die sich nicht korrekt verhalten „umarmen und küssen“? Es gibt (leider) auch Sachen, die müssen entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen und haben. Und da kommt es dann aber darauf an, wie die letztlich aussehen und umgesetzt werden.

Ich verstehe die I.v.I. als solche, die völlig andere Ziele als das AKP verfolgt, die den Inhaftierten zumindest aktuell mehr bringen (können), als die utopischen Ziele des AKP! Dabei geht es nicht darum, „bessere Knäste“ zu haben, sondern vor allem erst mal und vorrangig die herrschenden teils katastrophalen und skandalösen Missstände in den Haftanstalten und für die davon aktuell unzähligen Inhaftierten zu dokumentieren, anzuklagen und beendet zu kommen.



Es geht darum, dass entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen der § 2-4StVollzG zunächst einmal neben der ausgesprochenen Freiheitsstrafe, die verbüßt werden soll und muss, keine weitere Übel-Zufügung innerhalb der Haftanstalt, während der Strafverbüßung den Inhaftierten zugefügt wird (was heute praktisch jeden Tag passiert!) und dass dem Gesetz entsprechend das Leben in der Haft, im Übrigen dem wie in Freiheit angepasst sein soll usw! Hier unterscheiden sich bereits die Zielsetzungen gravierend! Der Gefangene hat nichts davon, wenn möglicherweise in 500 Jahren die „Knäste abgeschafft“ worden sind! Den meisten Inhaftierten ist es wichtig, hier und heute, jetzt konkrete Hilfen zu erfahren, sich über die Missstände in den Haftanstalten, denen sie ausgesetzt sind, irgendwo beschweren zu können und Gehör zu finden. Und es ist wichtig, genau diese Missstände zu dokumentieren, dagegen konkret anzugehen, etwas zu tun und zu versuchen, sie beseitigt, beendet zu bekommen. Das hat nichts mit „besseren Knästen“ zu tun, sondern, falls es den Leuten des „AKP“ noch nicht bewusst sein sollte, das hat damit zu tun, dass zahlreiche Inhaftierte heute massiv, teilweise extrem massiv, unter diesen Missständen akut und aktuell in den Haftanstalten zu leiden haben. Diesen Leuten hilft es ganz sicher nicht, wenn man ihnen sagt, wir „kämpfen dafür“, dass die Knäste abgeschafft werden, weil sie wissen, das ist utopisch! Diese Leute suchen Halt und Hilfe bei

Stellen, die sich dafür einsetzen und kämpfen, dass diese Missstände ein Ende finden und erst mal das in den Knästen umgesetzt wird, was das Gesetz doch vorschreibt!

Und genau das versucht ein Pit Scherzl. Die I.v.I. versucht dort zu helfen und kämpft vorrangig erst mal darum und dazu ihren Kampf! „Fernziele“ sind dabei sicherlich nicht ausgeschlossen, aber hier geht es den meisten Inhaftierten erst mal um ihre aktuellen, sehr misslichen Situationen und die Zustände in den Haftanstalten. Und wenn man vor diesem Hintergrund der unterschiedlichen Zielverfolgungen dann die ganze Sache hier betrachtet, die das „AKP“ zum Anlass genommen hat, „mal wieder von sich endlich Reden machen zu können“, dann wird es - zumindest - den ein oder anderen Inhaftierten und Leser außerhalb der Anstalten durchaus verständlicher (erscheinen), warum der Pit Scherzl einen GMV-Vertreter für dessen Handlungen angezeigt hat. Schließlich hat dieser nicht nur dem Pit geschadet, sondern - und das vergisst das „AKP“ auch - hunderten anderen Gefangenen dieser Anstalt! Denn die haben ja nicht mal umsonst die Unterschrift geleistet. Und wer selber schon mal inhaftiert war, der weiß, wie schwer es überhaupt ist, so viele Leute unter ein Dach zu bringen und so eine Liste erstellt zu bekommen. Soweit dazu.

Wer den Pit kennt, der weiß auch schon, was er schon alles für die Leute in Haft geleistet hat, aber auch, welche Nachteile er dafür hinnehmen und ertragen musste. Ich bin da nicht von ausgeschlossen, denn ich erlebe genau das Gleiche: Repressalien, Schikanen etc. pp. bis hin zu Verlegungen in Willkür sind die Folge. Beispielsweise wurde ich Anfang 2008 von der JVA Rheinbach nach Bielefeld-Brackwede verlegt, während man zugleich den Pit von der JVA Bielefeld-Br. nach Rheinbach verlegt hatte. Warum? Weil ich es wagte, in Rheinbach gegen die Missstände anzugehen, zu klagen usw., und umgekehrt Pit in der JVA Biebra!! Zwischenzeitlich wurde ich nach Bochum verlegt. Fragt sich, wohin die nächste „Reise“ gehen wird! Und das alles nur, weil so Jungs wie wir uns gegen die Missstände zur Wehr setzen mit den wenigen legitimen und legalen Mitteln. Das muss man alles hierbei mal bedenken, bevor man hier so auf die „Kacke haut“, wie es das AKP nun getan hat!

Natürlich ist es nicht gut, wenn man einen anderen Gefangenen anzeigt! Aber es gibt auch Grenzen! Zudem keine Alternativen dazu! Bedenkt man - die meisten Gefangenen werden das wissen - was für „Typen“ sich zum Teil bei den GMVlern tummeln (ohne alle zu meinen!), dass es sich dabei überwiegend um „Claqueure“ der Anstaltsleitung handelt, die man in früheren Zeiten auch als „Kappos“ bezeichnet hatte, dann ist hier auch davon auszugehen, dass Pit letztlich „nur die Anstaltsleitung“ angezeigt hat, niemanden anders! Eben gegen das System gehandelt hat! Dieser GMV-Vertreter ist mir selber noch gut in Erinnerung. Es gibt halt (leider) solche Typen im Knast, die sich viel davon versprechen, als „Handlanger“ der Anstaltsleitung zu fungieren und darauf stehen. Die gegen die Mehrheit der Inhaftierten handeln. Und hier ist das auch der Fall. Man hat dann keine andere Wahl. Letztlich muss so ein „Typ“ für das, was er damit ja einer Vielzahl von Inhaftierten antut, sie damit benachteiligt und schädigt, dann eben auch gerade stehen, ist dafür verantwortlich! Und wenn das der einzig verbliebe-

ne Weg ist, dann muss er das auch ertragen. Schließlich hat es ihm auch nichts ausgemacht, die Jungs so zu schädigen, indem er wichtige Sachen von ihnen verschwinden ließ und sich für die Anstaltsleitung einsetzte, dieser zuarbeitete. Bekanntlich werden solche Leute auch gerne als „Zinker“ bezeichnet! Was die Folgen angeht, auch die hat so einer dann zu tragen. Oder fragt das AKP danach, was für Nachteile so ein Vorgehen dieses Typen für die anderen Inhaftierten hat? Nein, redet stattdessen davon, dass dem „armen Kerl!“ deswegen möglicherweise „Vollzugslockerungen“ nicht gewährt werden oder so. Ja, wer so etwas macht, der weiß auch, dass so was auf ihn zukommen kann. Der hat es auch nicht anders verdient (ohne dass mir jetzt Neid oder sonst was unterstellt wird!). Der ist selber Schuld! Hätte er sich ja alles vorher überlegen können! Niemand hat ihn dazu gezwungen, als „Handlanger“ der Anstaltsleitung tätig zu sein, oder? Und so einer der vertritt auch nicht „die Interessen der Inhaftierten“ in einer GMV!

Im Übrigen nur am Rand bemerkt, diese Institution „GMV“ ist eh nur eine solche, die suggerieren soll, dass die Gefangenen doch den Vollzug „mitbestimmen“ können, aber im Gegensatz der irrigen Auffassung des AKP keine Rechte (nicht kaum Rechte) hat. Und wer sich darin tummelt, der verfolgt ohnehin nur eigene persönliche Ziele und Vorteile erwartet er sich nur selbst! Damit meine ich nicht alle GMV-Vertreter, um das klar zu sagen, nur die, die ernsthaft was verändern wollen, sich darum bemühen, sind ohnehin auf verlorenem Posten dort und erkennen es früher oder später, mit der Folge, dass sie sich schnell daraus wieder entfernen (lassen!) usw.!

Dass das AKP sich nicht mal vorher mit dem Pit über diesen Vorfall ausgetauscht hat, ohne jegliche genauere Kenntnis der Umstände nun so auf die Kacke gehauen hat, spricht auch nicht gerade für diese Leute und für eine korrekte Berichterstattung darüber! Mit solch einer Berichterstattung wird das „AKP“ nicht dazu beitragen, dass unter den Gefangenen eine Solidarität entstehen kann, die es doch sicherlich auch gerne haben und sehen würde! Oder ist genau das mit solchen Berichten bezweckt? Ich mag es mir nicht vorstellen (wollen)!



Ich denke auch, dass die Mehrheit der Inhaftierten letztlich und bei genauer Betrachtung und Berücksichtigung aller Faktoren, Pit in diesem Punkt unterstützen und Recht geben werden. Schließlich wissen die nur allzu gut, was es bedeutet, täglich in den Anstalten gegen die dort herrschenden Missstände anzugehen und sie aushalten zu müssen. Und wenn dann so einer, noch dazu jemand, der die Interessen der Gefangenen eigentlich vertreten sollte, dafür sorgt, dass sie ihre Interessen gar nicht erst durchsetzen können, sie mit solchen (bewussten) Handlungen auch noch schädigt, dann kann dies überhaupt nicht unredlich sein, so einen letztlich auch dafür angezeigt zu haben! Niemand weiß ja, was Pit vorher erst mal alles versucht hat, um diesen ultima ratio-Schritt zu vermeiden! Dies hätte vorausgesetzt, dass die Leute vom AKP sich vorher mal mit Pit darüber unterhalten und ausgetauscht hätten. Damit wären die Leute vom AKP bei solchen Auseinandersetzungen glaubwürdiger, nicht aber mit solchen völlig überzogenen propagandistischen Berichten, die letztlich nur allen Beteiligten schaden und niemandem helfen werden!

Solidarität verstehe ich anders und die sollte bei allem im Vordergrund stehen! Auch wenn unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Den meisten Gefangenen ist sicherlich mehr damit geholfen, wenn sich Leute wie Pit oder andere kämpferische Gefangene für die Allgemeinheit derzeit Inhaftierter (auch zukünftiger) einsetzt, und dabei letztlich alle ihnen zur Verfügung stehenden legalen Mittel benutzen und einsetzen! Dafür ist es dann auch legitim, letztlich einen solchen Typen anzuzeigen!

Auch wenn ich persönlich nicht viel davon halte, die Staatsanwaltschaft in so einem Fall anzurufen, ist und bleibt es jedoch letztlich das letzte legale und legitime Mittel gegen solche Handlanger und praktischer der Anstaltsleitung gleichzusetzenden Typen vorzugehen, um die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Gefangenen dadurch nicht länger oder noch mehr geschädigt zu bekommen!

Und darum geht es hier ja letztlich nur! Pit verfolgt sicherlich damit keine eigenen, persönlichen Interessen. Es darf nicht vergessen werden, dieser Typ hat letztlich allen Leuten geschadet, die gegen die Missstände in der JVA Rheinbach angegangen sind und ihre Unterschrift dazu geleistet hatten! So sieht es doch aus! So ein Typ hat sicherlich nicht dafür auch noch „verdient“, Vollzugslockerungen oder „Offenen Vollzug“ zu erhalten, den er offenbar nämlich genau mit solchen Handlungen erreichen und erhalten wollte! Denn genau das ist oft Hintergrund der „Anbiederungen“ gegenüber der Anstaltsleitung unter Ausnutzung der Institution „GMV“!

Die I.v.I. vertritt letztlich die Interessen aller Inhaftierten, die sich gegen die Missstände in den Haftanstalten zur Wehr setzen, die sich damit nicht abfinden und grundsätzlich gegen die katastrophalen, teils skandalösen Haftbedingungen aller Inhaftierten. Und das sollte eine große und breite Unterstützung und Solidarität begründen und zur Folge haben!

In diesem Sinne sage ich nur, es müssten viel, viel mehr Gefangene noch diesem Ansinnen folgen und sich so dafür einsetzen, wie es Pit und viele andere bereits tun! Es spricht doch für sich, dass ich nach fast 19 Jahren zum ersten Male vom AKP überhaupt nur höre, ohne zu

wissen, wer sich dahinter „versteckt“ bzw. verbirgt und dann nur mit so einem „Beitrag“! Während ich von der I.v.I. relativ schnell nach deren Gründung bereits gehört habe!

Das sollte den Leuten vom AKP auch zu denken geben! Ohne dass ich ihren „Einsatz“ in irgendeiner Form kritisieren möchte. Nur, mit gegenseitigen „Vorwürfen“ wird man keine der verschiedenen gesteckten oder gesetzten Ziele jemals erreichen können. Dafür braucht man eben die Solidarität aller, die bereit sind dafür zu kämpfen! Andernfalls sollte man besser den „Mund oder auch das Maul“ halten!

Einen Tipp an Richtung Pit habe ich da aber noch. Jung, zukünftig gib besser nur noch eine Kopie von solchen wichtigen Unterlagen heraus und halte die Originale immer gut bei dir, so ersparst du dir, UNS, doch eine Menge Unannehmlichkeiten wie die hier jetzt auch. Ich denke, dass du inzwischen auch „so schlau“ geworden bist und dir das eine Lehre gewesen ist. In diesem Sinne allen Leuten - ob meiner Meinung oder anderer - einen Gruß, verbunden mit der Hoffnung, weiter miteinander gegen die unhaltbaren Zu- und Missstände in den Haftanstalten zu kämpfen!

Denk daran, GEMEINSAM sind WIR stark!

Erwin Adamczyk,
I.v.I.-Repräsentant/ JVA Bochum

Als kleine Anregung zum Nachdenken für den Mauerfall: „Sie kämpfen hier doch gegen Windmühlen an“, heißt es oft! Da gab ich mal zur Antwort: „Mag sein, aber es kann eines Tages auch mal ein so heftiger Sturm kommen, der einen Flügel der Windmühle beschädigt, was dann?“ Das Rad fängt an zu „eiern“, der Flügel bricht ab, die ganze Windmühle kann zusammen brechen!“ (Daran sollten alle denken, die sich einsetzen und kämpfen, aber auch die, die bereit sind und kämpfen wollen!)

Nachfolgend ein Leserbrief von Pit Scherzl. Er schreibt dazu: "Ich weiß, er ist lang ... aber es ging nicht kürzer ... und auf die Schnelle auch nicht schöner ..."

Vor den Mauern, hinter den Mauern

Zur lautstarken und gelungenen Demo des AKP Köln (Kalk-Mülheimer Str.210, 50677 Köln) am 26.09. hier vor der JVA Rheinbach sprechen wir allen Teilnehmer/innen unseren Dank und Respekt aus. Klasse gemacht !! Die Aktion hat in den Reihen der Schergen viel Wirbel verursacht. Leider war das Gros der hiesigen Gefangenen über die Aktion als solche nur unzureichend informiert. Auch wir selber haben es rein zufällig erst 2 Tage zuvor aus dem Gefangenen-Info erfahren und somit war die verbleibende Zeit viel zu knapp, um innerhalb des Knastes ein adäquates "Echo" als "Gruß von innen nach außen" zu organisieren. Derartige bedarf gewisser Vorbereitung und Vorlaufzeiten. Aber wir haben das uns Mögliche getan. Wir empfinden es nicht als Zufall, dass die hiesige Presse über die AKP-Aktion nicht berichtet hat. Derartiger Protest wird gern verschwiegen.

An dieser Stelle wollen wir auch dem UJZ Hannover (bzw. der diesbezüglich aktiven Gruppe) danken für deren ebenfalls sehr gelungene Solidaritätsbekundung vor dem Knast Hannover, durch die den dort

widerständigen Gefangenen Mut gemacht wurde. So weit wir es aus der Entfernung von hier aus beurteilen können, war auch das eine Klasse Aktion !! Den 60 widerständigen Gefangenen haben wir in unserem vorletzten Iv.I-Rundbrief unsere Hochachtung gezollt. Endlich ... mal wieder Gefangene, die tatsächlich aufstehen ... mit (wie man es im Jargon bezeichnet) E... in der Hose !! Leider sind die Folgen für die "Rädelsführer" solcher Aktionen stets absolut übel !! An ihnen wird meist ein abschreckendes Exempel statuiert, sie haben mit Willkür, Schikanen und Psychoterror zu rechnen. Und auch mit Strafanzeigen wegen Aufrufs zur Meuterei, als die solche Aktionen gewertet werden. Und mit Zorn (Wut!!) haben wir gelesen, was die Anstaltsleitung der JVA Hannover in der dortigen Presse verlauten ließ. Wieder einmal mehr wurden übelste Miß- und sonstige UN-Stände schön geredet. Es ist übel, mit welcher perfider Verschleierungstaktik die berechtigten Klagen Gefangener unter den Teppich gekehrt werden und die Öffentlichkeit verarscht wird. Diesbezüglich arbeitet die Vollzugs- und Justizmafia sehr eng und äußerst effizient zusammen!

In Sachen Strafanzeige der Iv.I.

gegen den von uns als "Doppelagenten" bezeichneten ehemaligen (!) GMV-Gesamt-sprecher M.N. haben wir die Hintergründe innerhalb unseres Rundbriefes ausführlich erläutert. Wir (die Rheinbacher Iv.I.-Repräsentanz) stehen zu unserem Vorgehen und erklären ganz ausdrücklich, dass wir bei Vorliegen gleicher Umstände immer wieder ganz genau so vorgehen würden/werden.

Das AKP Köln kritisierte unser Verhalten, ohne die zur Anzeige führenden Fakten auch nur ansatzweise bei uns hinterfragt zu haben ... ein Umstand, der uns sehr missfällt. Auch hierzu haben wir im Iv.I.-Rundbrief unseren Standpunkt ausführlich dargelegt. Abschließend möchte ich hierzu sagen: Nicht jeder kann ... und /oder will so vorgehen und arbeiten, wie es dem AKP gefällt. Wir lassen uns nicht vorschreiben, was denn angeblich falsch oder richtig zu sein hat. Auch das AKP macht Diver-ses in einer Art und Weise, die nicht unseren Vorstellungen entspricht. Aber deswegen gleich von "uns dreht sich der Magen herum ..." zu schreiben, wäre zum einen nicht "unser Ding" und gehört sich zum anderen ganz einfach nicht. So was fiele uns "im Traum" nicht ein. Derartiges Vorgehen schadet der gemeinsamen Sache, denn es spaltet und schwächt. "Selbst die sind sich nicht einig" hört man dann oft von Gefangenen. Und auch das motiviert sie nicht zu Widerstand. Uns wirft das in unserem Bemühen jedes Mal ein Stück zurück! Wir haben weder Lust noch Kraft, uns an mehreren "Fronten" aufzureiben. Wir stehen mit niemandem in Konkurrenz und sind auf jede Unterstützung angewiesen, so es sich denn um tatsächliche Unterstützung handelt.

Was ist und was will die Iv.I.?

Das AKP schrieb innerhalb seines Briefes im Mauerfall 21, wir wären unseren Anspruchs nach "kämpferische Selbstorganisation Gefangener". Na ja ..., es kommt immer darauf an, wie die Begriffe "Kampf" und "Selbst-organisation" definiert werden. In DER Form haben wir dies (wörtlich) noch nie von uns selber behauptet. Das zum einen !!! Und zum anderen: Diese Klassifizierung ist einerseits ebenso richtig, ... wie sie andererseits aber

auch völlig falsch ist, wenn man bzgl. unserer generellen Vorgehensweise(n) zwischen Widerstand, Kampf und der Realität in den Knästen differenziert. Unserem Verständnis nach ist "Kampf" etwas ganz anderes als das, was wir praktizieren. Warum wir "nur" zu völlig legalem Widerstand aufrufen, ist in diversen Rundbriefen der Iv.I. ausführlich geschildert. Nichtsdestotrotz hier eine sehr verkürzte Begründung/Erklärung hierzu:

Würden wir zu Kampf aufrufen und verhielten wir uns anders, nähme Vollzug dies sofort als sehr willkommenen Anlass, um die Iv.I. wegen Aufrufs zur Gefangenenmeuterei bundesweit generell zu verbieten. Wir wissen, dass sie darauf geradezu sehnsüchtig warten. Wir sind denen mit unserer Dokumentationsstelle (u.a.) nicht nur "Dorn im Auge", sondern vielmehr ein richtiger "Balken im Fleisch". Vollzug verschleiert die realen und überwiegend rechtswidrigen Zustände in den Knästen. Gefangene haben so gut wie nie Zeugen ... Und zu 99% wird alles mit Hilfe von "oben" unter den Teppich gekehrt. Durch die Dokumentationsstelle und die Schilderungen Hunderter Gefangener wird offensichtlich, was Vollzug flächendeckend an Willkür, Schikane, Psychoterror, Rechtsbeugung, Körperverletzung, unterlassener Hilfeleistung u.v.a.m. betreibt. Sie hätten uns liebend gern eher heute als morgen verboten, aber wir bieten denen keinen Grund. Aufruf zu Kampf und zum Boykott dieses Dreckssystems wären gemäß geltenden Rechtes innerhalb von Knästen Aufruf zur Gefangenenmeuterei und somit ein Straftatbestand. Würden wir denen derart ins offene Messer rennen ..., wäre es mit der Iv.I. sofort und endgültig vorbei. Auch würden dann alle an uns gerichtete Briefe aus den Knästen angehalten. Weil wir genau wissen, was wir tun ... und was wir zu lassen haben, rufen wir nicht zu realem Knastkampf auf. Wir wollen weiter arbeiten. Und uns ist der "Spatz in der Hand" zwangsläufig viel lieber als "gar keine Taube auf dem Dach" !!! Irgendwie scheinen einige Leute diese Zusammenhänge nicht zu begreifen. Immer wieder mal werden wir "angemacht" und es wird behauptet, wir würden zu sehr mit diesem Scheißsystem konform- und auch ansonsten nicht weit genug gehen. Dies ficht uns eigentlich weniger an, zumal wir wissen: Es kommt von Leuten, die sich mit der Knastrealität wohl nicht allzu gut auskennen und die dem, was Vollzug mit "solchen wie uns" alltäglich abzieht, nicht ausgesetzt sind. Uns ärgert die Verbreitung derart bescheuerter Statements aus dem Grunde, weil sie uns eine Unmenge an zusätzlicher Arbeit verschafft. Es kommen dann jedes Mal zig-Dutzende Anfragen, an denen wir uns dann abarbeiten müssen. Kostet nicht nur Geld, sondern auch immens viel Zeit und Kraft.

DIE VIER AFFEN



Uns wird auch vorgeworfen, uns ginge es primär "nur" um Haftbedingungen und beileibe nicht um die Abschaffung der Knäste. Tja, für Leute, die nicht nachfragen ..., scheint es auf

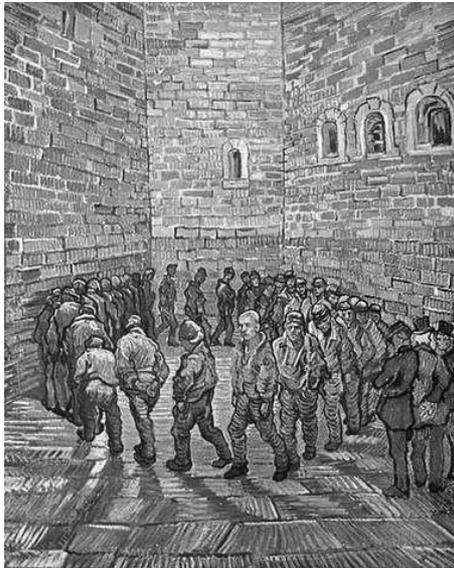
den ersten und sehr oberflächlichen Blick tatsächlich so zu sein. Ist es aber nicht. Klar geht es uns auch um Verbesserung der Haftbedingungen, und auch wenn das ein ganz wesentlicher Teil unserer Forderungen ist, so steht primär eine ganz andere Absicht unsererseits dahinter. Wer Knast kennt, die/der weiß leider auch zu gut, dass es keine Solidarität unter Gefangenen gibt. Die Regel ist leider die, dass sich in den Knästen zu 99% jede/r selbst die/der Nächste ist. Bitter, aber wahr!! Über das Fördern von besseren Haftbedingungen und über Klagen gegen die viel zu teureren Kaufleute bringt man Gefangene überhaupt erst zusammen und motiviert sie über diese Schiene, Widerstand zu leisten. Fakt ist: Sicherlich 95% aller Gefangenen sind gleich einer Herde hintrottender Schafe. Mindestens 50% dieser Leute haben überhaupt kein Interesse an Politik. Die andere Hälfte dieser 95% hat nur Drogen, Alkohol und andere ähnliche Scheiße im Schädel. Sowohl mit den einen, als auch mit den anderen ist derzeit kein Kampf zu be- oder gewinnen. Genau das ist die Basis, von der aus wir operieren. Bevor über Widerstand (geschweige denn Kampf) auch nur ansatzweise ernsthaft geredet werden kann, bedarf es sehr langwieriger, mühseliger und auch gefährlicher Überzeugungsarbeit.

Widerstand mit wem?

Mit wem sollte man Widerstand leisten, wenn 95% aller Gefangener mit dem Arsch nicht hochkommen? Wenn diese sich noch nicht einmal gegen grösste Rechtsbeugungen auf völlig legale Art und Weise zur Wehr setzen, u.a. auch, weil sie leider berechnete Angst vor Repressalien haben? Diese Barrieren gilt es abzubauen. Und das geht am besten und einfachsten über Klagen gegen rechtswidrige und unmenschliche Haftbedingungen. Klar, irgend jemand kann von Knastkampf fabulieren - ..., aber jeder, der Knast kennt, weiß, dass so was derzeit und innerhalb der geschilderten "Gegebenheiten" ein zum Scheitern verdammtes Bemühen wäre. Und damit haben wir uns abzufinden. Aber wir arbeiten tagtäglich daran, diesen Zustand zu verändern. Weshalb wohl fordern wir in unseren Rundbriefen Gefangene immer wieder dazu auf, sie mögen doch einmal ... darüber nachdenken, was geschehen würde, wenn sich ALLE urplötzlich dem Knastsystem durch Boykott entziehen würden? Der logische Schluss ist, dass innerhalb von 1 - 2 Stunden die Knäste nicht mehr funktionieren würden. Das muss Gefangenen klar gemacht werden. Wir schreiben immer (natürlich!), dass wir zu derartigem nicht aufrufen, ... halt eben damit Vollzug uns nicht an "die Karre pissen" kann - was sie liebend gerne täten. Wir als Gefangene können und uns nicht noch weiter "aus dem Fenster hängen". Wir agieren tatsächlich ganz hart an der Grenze des eben noch Möglichen. .

Wir fordern Gefangene auf, sich völlig legal mit "Hunderttausenden" Klagen und Strafanzeigen gegen das zu wehren, was ihnen Vollzug tagtäglich antut. Damit kann man dieses System nicht nur "outen" und Öffentlichkeit herstellen, sondern auch lahm legen. 70.000 Gefangene könnten sehr schnell Hunderttausende Klagen und Strafanzeigen verfassen, kein Problem!!! Das würde dieses System auch ganz genau dort treffen, wo es am allermeisten weh tut: am Geld!!! Hunderttausende Klagen würden immens Arbeit ... und Hunderte Millionen kosten. Auch das wäre ein Weg. Und wir halten ihn für sinnvoll. Wenn Gefangene schon nicht kämpfen ... oder boykottieren, so sollten wir sie

wenigstens dazu bringen, endlich aufzuwachen und derart für ihre Rechte zu streiten, in einer Art und Weise zu streiten, bei der niemand Angst haben muss, dafür strafrechtlich belangt zu werden. Und wenn das Gros der Gefangenen endlich zu klagen beginnt ..., tja, dann haben wir sie ganz genau da ... und so, wie wir sie haben möchten: nicht mehr im "Herdentrott", sondern in tatsächlicher Opposition!!! Und genau das wäre dann der Punkt, an dem es interessant würde :) Gemeinsames und gefahrloses Klagen und das Verfassen von Strafanzeigen schafft Solidarität, ohne die auf allen Ebenen rein gar nichts geht. Dieses Gefühl von "wir wehren uns ... und die können uns nix dafür anhaben" wird Gemeinschaftsgeist entwickeln und weite Kreise ziehen. Ohne all dies gibt es in den Knästen niemals etwas Weiterführendes.



Van Gogh -- die Runde der Gefangenen

Wir versuchen eine reale Basis für all das zu schaffen, versuchen eins mit dem anderen zu verbinden. Unseren Kritikern sagen wir immer wieder: "Viele Wege führen nach Rom. Und jede/r macht's nach eigener Facon und Möglichkeit!" Wir machen nichts nur um des Kampfes willen, sondern vielmehr, weil wir etwas bewirken wollen. Oft genug haben wir geschrieben, dass wir gern ganz ganz anders formulieren und fordern würden. ... und sollte es irgendwo innerhalb der Knäste zu "Revolte" kommen: wir wären ganz bestimmt nicht die, welche dann zur "Mäßigung" aufrufen!!

Natürlich sind Klagen und Strafanzeigen (selbst zu Hunderttausenden) nicht das "Allheilmittel", mit dem Knäste ausgemerzt werden können. Wir werden das System als solches dadurch nicht verändern. Aber innerhalb der Knäste wäre es die absolut notwendige Vorstufe. Derartige Klagen sind für uns Mittel zum Zweck, um Gefangene überhaupt zu motivieren etwas zu tun. Unter den knapp 70.000 Gefangenen gibt es vielleicht 100 - 200 Gefangene, die sich den ureigensten Selbstschutz geknackt haben und die ohne Rücksicht auf persönliche Konsequenzen gegen Vollzug und dieses System vorgehen. Solchen wie "uns" zeigt Vollzug, wo deren 'Hammer' hängt. Wir werden stets von Knast zu Knast weiter verlegt. Wir werden in jedem Knast durch unzählige Willkür- und Schikaneakte psychoterrorisiert (u.v.m.).

Man ist diesem System zu 100% ausgeliefert.

Und alles, was sie auch immer machen, wird 'von oben' gedeckt. Solche wie wir, macht Vollzug für alle anderen zu 'warnenden Exempeln'. Und auch das verfehlt seine Wirkung auf das Gros der Gefangenen nicht. Seit Jahren werde ich (und werden einige andere) immer wieder mal gefragt, warum wir denn nicht ganz einfach mit dem "Strom" schwimmen, dann hätten wir es doch viel viel einfacher. Ich sage denen jedes Mal, dass sie mich erst dann mundtot und kirre bekämen, wenn sie mich töten oder ihr Verhalten ändern. Aber das soll hier und jetzt nicht Thema sein. Wir werden auch weiterhin Beweise sammeln und Öffentlichkeit schaffen. Leider sind nicht immer nur die beamteten Schergen dieses System die allergrössten Feinde; es sind leider auch die Mitgefangenen. Was wir mit solchen Typen schon erlebt haben, ist vielfach nur als schlimm zu bezeichnen. Man wird angemacht, denunziert und bedroht. In solchen Fällen ist es immer ganz leicht, sich wieder und wieder zu motivieren und verstärkt weiter zu machen. Jedoch ... und um wieder aufs eigentliche Thema zurück zu kommen: Wir sind weder karitative Hilfsorganisation (das können wir auch gar nicht leisten) noch kämpferische Selbstorganisation. Wir sind eine stets wachsende Gruppe Widerständiger. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ein Mehr ist uns im Hier und Jetzt und innerhalb des völligen Ausgeliefertseins nicht möglich. Wem das zu wenig erscheint ..., wir sind die Allerletzten, die jemanden davon anhalten, etwas "Eigenes" auf die Beine zu stellen und es auf völlig anderen Wegen zu machen. Für uns gilt: Das, was wir machen, versuchen wir gut zu tun, auch wenn es oftmals eine tatsächlich gefährliche Gratwanderung ist.

Abschaffen? Wie denn?

Abschließend schnell noch einige grundsätzliche Worte bzgl. des Anti-Knast-Kampfes und der Forderung nach genereller Abschaffung der Knäste. Vieles von dem, was wir dbzgl. lesen, würden wir sofort und sogar dreimal mit unterzeichnen. Vieles, aber beileibe nicht alles. Fakt ist: Es gibt innerhalb der Knäste leider auch eine Menge tatsächlich kranker, gemeingefährlicher Menschen, Leute, die Kinder oder Frauen vergewaltigen und dann bestialisch töten. Wir müssen uns nicht darüber streiten, dass solche Kranke gar nicht in Knästen sein dürften. Aber: So lange das nicht geklärt ist, sind wir nicht für die generelle Abschaffung der Knäste. Ansonsten fordern wir auch seit Jahren, dass mindestens 75% aller Inhaftierter sofort entlassen werden sollte. Knast erfüllt nicht den Zweck, der dem Volk so dreist vorgegaukelt wird, sondern eher das Gegenteil. Jedoch, um beim Thema Abschaffung zu bleiben: Fakt ist, dass das Knastsystem nur dann ernsthaft in Frage gestellt wird, wenn breite (wirklich breite !!) Schichten der Bevölkerung zur Überzeugung gelangen, dass Knäste kontraproduktiv sind. Da bedarf es dann mehr, viel mehr als 100- oder 500.000 Befürworter/innen, die es derzeit aber auch noch nicht gibt. Wer sich im Hier und Jetzt einfach hinstellt und lediglich mit 'Schlagworten' pauschal die "Abschaffung aller Knäste" fordert, die/der wird vom Gros der Bevölkerung erst einmal nicht nur nicht ernst genommen, sondern auch als Spinner abgetan. Diese Gesellschaft ist leider derzeit noch Lichtjahre weit davon entfernt, zukünftig ohne Knäste auskommen zu wollen. Und nicht nur das!

(weiter: Was steht an?)

Was steht an?

Mindestens 75% vertritt zudem die Meinung, dass es uns "Kriminellen" doch noch viel zu gut ginge ..., und dass die Haftbedingungen deutlich verschärft werden sollten. Das, liebe Leute, ist die Realität!!! Und deswegen gilt es doch erst einmal darüber aufzuklären, dass Knast beileibe nicht das ist, als das er dem verarschten Volk in geschönten Filmchen und sonstigen Berichten vorgegaukelt wird. Es ist unsere feste Überzeugung, dass wir daran etwas ändern müssen. Dann - und erst dann - wird sich das Bewusstsein in den Köpfen der Menschen ändern. Ohne ganz breite Zustimmung von diesen Leuten wird sich ansonsten nie etwas tun. **Wir müssen dieses System anprangern, als das anprangern, was es real ist: Teuer, aber nicht sinnvoll, als zwecklos.**

Wir planen für die Zukunft eine Anzahl sehr Aufsehen erregender Aktionen. Z.B. werden wir mit über 50 ehemaligen Gefangenen vor dem Justizministerium einen öffentlichen Hungerstreik beginnen. Gleichzeitig werden wir die Dokumentationen ins Netz stellen. Wir müssen die Leute motivieren, zu Hunderttausenden (und vielleicht zu Millionen) unsere Website anzuklicken, sie neugierig und wütend zu machen. Wir brauchen diese Leute, um etwas zu bewegen. Es wird ein langer Weg unendlich kleiner Schritte sein. Wir haben unseren ersten mit Gründung der Iv.I. 2005 in Werl getan. Wir prangern an!!! Das ist unser "Kampf"! Wir würden sehr gern sehr viel mehr tun, aber uns als Gefangenen ist es im Hier und Jetzt nicht möglich. Uns sind im wahrsten Sinne des Wortes die Hände gebunden. Wer mehr und anderes machen will, soll dies gerne tun! (So sie/er es denn kann!) Und soll uns doch bitte nicht mit irgend welchen Vorwürfen nerven ... angreifen und somit einer guten Sache schaden.

Wir gründen gerade einen Bundesverband bzgl. aller mit Strafvollzug befasster Vereine, Institutionen und sonstigen Organisationen, auf dessen Website sich alle diese Gruppen eintragen, kurz vorstellen und auf deren eigene Homepage hinweisen können. Der B.S.B. geht bald ins Netz:

Homepage: www.bsd-info.de, Email: kontakt@bsd-info.de

und soll es den an Strafjustiz interessierten Menschen ermöglichen, sich einen schnellen, einfachen Überblick über die gesamte Anti-Knast-Szene zu verschaffen. Für uns ist das auch ein Versuch, die vorhandenen Möglichkeiten/Kräfte zu bündeln. Was daraus wird, werden wir alle ja sehen. Nach wie vor suchen wir engagierte Mitstreiter/innen. Nach wie vor benötigen wir Unterstützung jeglicher Art. Nach wie vor werden wir uns aufrichtig bemühen. Solidarische Grüße

Iv.I./Pit Scherzl

(diskussionsbereit abgetippt von einem AKP-Mitglied :))

Noch was zum „Streit“ über Ziele und Prinzipien des Widerstands im Knast und gegen diesen bzw. zum Umgang miteinander

Ich will mich nicht an einer Auseinandersetzung mit Pit Scherzl festkrallen. Von dem her, was wir an Öffentlichkeitsarbeit machen, sind wir erst einmal auf der gleichen Seite. Es besteht sicher kein Interesse unsererseits, eine gefängniskritische Initiative, zumal eine, die von drinnen ausgeht, zu schwächen. Aber

gerade weil wir annehmen, wir könnten punktuell zusammen arbeiten, uns ergänzen, sind wir in einen Konflikt geraten. Wenn es Zusammenarbeit zwischen drinnen und draußen (und auch zwischen verschiedenen Positionen drinnen) geben soll, müssen wir - also alle im Mauerfall-Verteiler - aber auch überlegen, wie wir denn miteinander diskutieren können. Ob wir trotz teilweise unterschiedlicher Positionen manches Handeln miteinander koordinieren können. Pits Reaktionen enthalten zudem Anspielungen und Urteile. Oft ist nicht klar, ob wir uns "einen Schuh anziehen" sollen, wenn Kritiker/innen der Iv.I. erwähnt werden. Ginge es nur darum, wie wir seinen Text verstehen, könnten wir die unpassenden Schuhe einfach stehen lassen. Aber all diejenigen, die noch kaum Eindrücke von uns haben, wissen halt nicht, welche Schuhe uns passen. Deshalb müssen wir wohl einiges klar stellen, damit die, die nicht allzu weit von unserem Ansatz entfernt sind, uns als Ansprechpartner ernst nehmen können.

Streitpunkte

Aus öffentlichen Verlautbarungen der Iv.I., die alle von Pit Scherzl stammten, war uns bewusst, dass wir zwar manche Etappenziele teilen, hinsichtlich Strategie und Taktik aber anders drauf sind. Es war für uns auch erkennbar, dass die vorgeschlagenen "Rezepte" aus der Defensive der Knastsituation entstanden sind. Und daraus, dass es in Deutschland keine starken Widerstandsbewegungen von "unten" gibt, weder drinnen noch draußen. Uns wurde auch klar: Da bemüht sich jemand, vereinzelte Gefangene, die sich nicht alles gefallen lassen wollen, zu gemeinsamer Interessenvertretung zu sammeln und in der Öffentlichkeit draußen die Fragwürdigkeit des Knastsystems sichtbar zu machen. Beides halten wir für wichtig.

Wo hingegen wir nicht an den Sinn der propagierten Klagewellen glauben. Gesetze sind dazu gemacht, unangepasste Leute aus den benachteiligten Schichten (Klassen) in Schach zu halten. Gleichzeitig dienen sie dazu, die Illusion der "Gleichheit vor dem Recht" aufrecht zu erhalten. Sie sind also eine raffinierte Herrschaftsakrobatik.



KaWe Schwarzfärber - Menschenrechte

Unbestreitbar ist das, was sich derzeit als vermeintliche oder tatsächlich erklärte Rechte der Gefangenen darstellt und im StVollzG festgehalten ist, erkämpft worden, als größere Teile der Bevölkerung, auch sehr bürgerliche, Strafjustiz und das Einsperren als problematisch erkannt hatten. Das Gesetz ist aber - wie alle Gesetze - dehnbar. Vieles sind nur Kann-Bestimmungen. Sie hören sich besser an als sie sind. Außerdem haben Gefangene tatsächlich fast nie Zeugen. Und wenn, dann sind es "nur" Gefangene, denen kumpanenhafte Falschaussagen unterstellt werden. Die anderen sind Vertrauen erweckende Staatsdiener, deren Absprachen nicht aufgedeckt werden, selbst wenn sie sich verhaspeln. Unserer Erfahrung nach bekommen Gefangene fast nie Recht. Meist war es z.B. sogar so, dass jemand, der von einem Rollkommando zusammengeschlagen worden war und danach eine Anzeige gemacht hatte, sich selbst als Angeklagter wiederfand. Und als angeblicher Angreifer auch verurteilt wurde.

Da unserer Meinung nach das "Recht" also Legitimation für Herrschaft darstellt und gegen die Einsitzenden und alle Nicht-Bonzen, die draussen aus der Reihe tanzen könnten, gerichtet ist, halten wir den Versuch für fragwürdig, dieses Instrument gegen die Verwalter desselben zu verwenden. Wir kennen die Argumentation "sie mit ihren eigenen Waffen schlagen" seit langem. Wir halten diese Waffen in unseren Händen für stumpf. Und wir geben damit den "Organen der Rechtsprechung" den Auftrag für uns Recht zu sprechen, erkennen diese also an.

Zusammenarbeit?

Angesichts dieser unserer Vorbehalte gegenüber Versuchen, das Strafsystem für verbliebene angebliche Rechte der Bestraften zu nutzen, hatten wir die größte Motivation uns praktisch mit der Iv.I. zu solidarisieren aus Anlass des siebentägigen Hungerprotestes. Das war mal was anderes. Hätten wir diesbezüglich konkretere Informationen von mehreren Beteiligten erhalten, wären wir auch zu auffälligeren Aktionen bereit gewesen als zu einer Protestkundgebung in der Kölner Innenstadt vor der "Bewährungshilfe" und "Führungsaufsicht". Was wir am Ansatz der Iv.I. gut und wichtig finden, was das AKP auch schon seit fast 30 Jahren - überwiegend mit Texten von Gefangenen - macht, ist Öffentlichkeitsarbeit gegen Knast und Strafjustiz. Dabei geht es durchaus um den ganz alltäglichen Terror, als der der "Vollzug" von Strafe haufenweise organisiert ist. Da geben wir Pit Scherzl Recht: Immer wieder ähnliche Vorfälle an unterschiedlichen Zeiten und Orten dokumentieren die strukturelle Gewalt des Knastsystems. Das als Gegenpol gegen herrschende Propaganda über den "Hotelvollzug" und die allemal so "gefährlichen" Gefangenen. Hier sahen wir eine Möglichkeit der praktischen Zusammenarbeit mit der Iv.I. Solches wurde bei einem Besuch in Rheinbach angedacht.

Ein spezielles Projekt kam nicht zustande, weil dessen Verwirklichung nicht allein von uns abhing. Von Leuten draußen, deren Einverständnis notwendig gewesen wäre, wurden wir mit legalistischen Argumentationen abgeblockt. Durch den Besuch hatten wir aber von dem Konflikt mit der Rheinbacher Knastkauffrau und dem Engagement vieler Gefangener gegen deren Praktiken erfahren. Wir hielten diesen Kampf - ich nenne so etwas Kampf - für wichtig und exemplarisch, wollten dazu etwas machen.

Gerne hätten wir das noch mehr mit einem Rheinbacher Iv.I.-Mitglied inhaltlich abgestimmt. Aber Pit teilte uns mit, dass er keinen Besuch frei habe. Nachvollziehbar, da er ja offensichtlich viel unternimmt. Es stehe auch kein anderer engagierter Gefangener zur Verfügung. Was wir bedauerlich fanden.

Naja, die Grundinformationen hatten wir immerhin. Wir wussten von der Unterschriftenaktion der Gefangenen. Und das Monopol der Knastkaufleute ist ja überall gleich problematisch. Uns war auch der Querschläger durch den GMV-Vertreter bekannt, nicht aber, dass daraufhin Anzeige erstattet worden war. Diesen "Nebenkriegsschauplatz" wollten wir aber sowieso nicht öffentlich darstellen.

Das Hindernis.

Notwendigkeit zur Auseinandersetzung

Wenigstens einen kurzen Radiospot - statt einer Halbstunden-Sendung - würden wir auch ohne weitere Absprache zum Thema "Gefangene gegen Handelsmonopol in Rheinbach" zustande bringen. Vorher wollten wir noch auf der Iv.I.-Homepage nach weiteren Informationen suchen, besonders nach dem Text der Unterschriftenliste, um diesen zu zitieren. Dabei stieß Gerhard, unser besonders hafterfahrenes Gruppenmitglied, auf die Anzeige gegen den G(efangenen)M(auschel)Verräter. Und war entsetzt. Abgesehen davon, dass das Anzeigen sowieso nicht "unser Ding" ist, widersprach das Anzeigen Mitgefänger ganz dem, was er als alte "Ganovenehre" mitbringt. Auch die anderen Gruppenmitglieder meinen, Konflikte sollten anders geregelt werden. Aber Gerhard drehte sich ganz besonders "der Magen herum". Diese Formulierung stammt also von ihm. Grinsen muss ich etwas über Pit Scherzls Urteil, so was "gehört sich ... ganz einfach nicht". Es wäre nicht mein "Ding" ein solches Benimm-Urteil auszusprechen. Was ist schlimm daran, sich so auszudrücken? Dies besagt, dass da eine tief sitzende gefühlsmäßige Reaktion ist. Das ist weniger eine "ich-hab-Recht-Position" als ein Anzeichen, dass man etwas kaum ertragen kann. Also eine betont persönliche, subjektive Äußerung. Und es wurde vorgebracht als Ausrufezeichen. Als Versuch, eine breitere Auseinandersetzung (nicht nur mit Pit Scherzl, sondern mit engagierten Gefangenen) herbei zu führen. Die von Pit befürchtete Reaktion "selbst die sind sich nicht einig" wäre eine sehr dumme. Wer kann schon erwarten, dass Menschen, die in Bewegung sind, die nach Lösungen für Probleme suchen, sich immer einig sind? Darüber hinaus empfinde ich uns innerhalb des kleinen Mauerfall-Verteilers als ein "WIR". Wir sind doch alle Menschen, die von Knast betroffen sind, die sich kritisch dazu verhalten. Es gibt kaum einen Blick von außen (außer dem der kein Briefgeheimnis achten müßenden Anstaltsverwaltungen), keine völlig Teilnahmslosen, welche uns als "DIE" betrachten.. Es gibt Gemeinsamkeiten zwischen UNS. Jedoch auch Unterschiede. Darüber müssten wir UNS austauschen können. In diesem konkreten Fall sind wir **BEI DEM VERSUCH KONKRETER UNTERSTÜTZUNG** auf ein Hindernis gestoßen. Wir haben dann trotzdem noch einen 4-Minuten-Spot über den Protest Rheinbacher Gefangener gegen die Knastkauf-frau gemacht. Über den GMV-Verräter von Gefangeneninteressen gab es da kein Sterbenswörtchen. Aber in diesem unserem internen Rundbrief mussten wir doch mitteilen, was unsere Zusammenarbeit behindert. So weit zu angeblich fehlender Nachfrage, dazu, woher wir unsere Informationen bezogen haben.

(*durchaus zuverlässige Quellen!* :-)) , warum wir das im Rundbrief zur Diskussion stellten. Zusammenarbeit kann für uns nur in einer Begegnung auf Augenhöhe erfolgen. Natürlich wollen wir niemandem etwas verbieten. Aber wir sind auch keine blinden Erfüllungsgehilfen. Fragezeichen und unterschiedliche Positionen müssen u.E. ausgetragen werden, gerade wenn wir uns vernetzen, damit wir wissen, was wir in welchem Ausmaß mit wem zusammen unternehmen können und wo wir grundsätzlich verschiedene Wege gehen. Was Möglichkeiten der Zusammenarbeit begrenzt, macht uns noch lange nicht zu Gegnern. Wenn viele Wege nach Rom führen, müssen wir auch über solche diskutieren können. Wieso schadet das der gemeinsamen Sache?



Verständigungsschwierigkeiten

Ich will jetzt nicht weiter auf einzelne Punkte eingehen, die mich in den Argumentationen von Pit Scherzl stören bzw. denen ich nicht folgen kann, auch nicht auf alle, die uns in ein schlechtes Licht rücken sollen. Eines noch : Dass die Iv.I. nicht direkt von uns über die für Ende September vorgesehene Rheinbach-Kundgebung unterrichtet war, hat damit zu tun, dass während unserer Vorbereitung kein geeigneter Gefangener für einen Besuch zur Verfügung stand. Und wir wollten nicht schriftlich nachfragen, welche Inhalte bezüglich der Iv.I.-Aktivitäten sinnvollerweise auch von draußen vor der Mauer nach drinnen zu posaunen seien. Wir nahmen an, dass die Knastverwaltung, der die Iv.I. bestimmt zumindest ein "Dorn im Auge" ist, auf ein solches Bündnis besonders "sensibel" oder nervös reagieren würde. Aber wir hatten großes Interesse daran gehabt, auch Alltagsfragen, die viele Gefangene betreffen, von außen aufzugreifen. Vielleicht waren unsere vorsichtigen Andeutungen vom Briefempfänger nicht verstanden worden. Sicher arbeitet Pit Scherzl engagiert für seine Art der Weiterentwicklung einer "Gruppe Widerständiger". Vielleicht hat er dann zu ausschließlich sein ureigenes Programm im Kopf, kann er Angebote möglicher Bündnispartner nicht immer erkennen oder aufgreifen. Abgesehen von einigen tatsächlich unterschiedlichen Vorstellungen sprechen wir manchmal wohl auch eine unterschiedliche Sprache, meinen aber was Ähnliches. Ich halte z.B. eine "Gruppe Widerständiger" ganz und gar nicht für zahmer als eine "kämpferische Selbstorganisation Gefangener". Nehmen wir das Beispiel der (zumindest in Deutschland) sehr zahmen Gewerkschaften. Bürokratisiert und reglementiert sieht man es ihnen kaum noch an, dass sie mal eine "kämpferische Selbstorganisation der Arbeiter/innen" waren, aber als das sind sie doch entstanden. Und abgesehen von den Schaukämpfen auf der Führungsebene gibt es immer noch Basiskämpfe von solchen, die sich als Gewerkschafter/innen kennen lernen. Ich habe zudem einen sehr ausgeweitete Vorstellung vom Begriff "Kampf". Das schließt alle Alltagskämpfe ums erträgliche Leben ein, sogar ganz

kleine Schlitzohr-Taktiken von Vereinzelten. Und solche, die sich zusammen schließen zu gemeinsamer Interessenvertretung, betreiben in meinen Augen halt Selbstorganisation. Ich kann aber nicht umhin zu betonen, dass mir Pits Bezeichnung "Gruppe Widerständiger" durchaus gefällt: Es betont ja die Notwendigkeit der Gegenwehr gegen ein tendenziell terroristisches System. Wie gesagt, die Definition ist mir sympathisch. Und ich teile einen großen Teil der Aussagen über das Funktionieren des Knastsystems. Wobei ich zugebe, dass meine Einschätzungen kaum auf unmittelbarer Erfahrung beruhen, sondern auf Jahrzehnte langer Anti-Knast-Arbeit, also auf übereinstimmenden Berichten vieler Gefangener. Das AKP hatte seit seiner Gründung 1981 immer auch Gefangene und/oder Ex-Gefangene als Mitglieder. Ohne Konkurrenz zu anderen Initiativen suchen wir weiterhin Austausch und Zusammenarbeit mit Gefangenen, die Nähe zu unseren Ansätzen empfinden.

H.Bix
vom AKP

Wer oder was ist das AKP?

Nachdem wir uns erdreistet hatten, in den letzten Mauerfällen einige unbequeme, für manche auch provokante Fragen zu stellen, tauchte wohl die Frage auf, wer wir überhaupt sind. Manche von uns haben Schwierigkeiten damit, jetzt über die Zensur den GegnerInnen all unsere Strukturen offen zu legen. Obwohl ich diese Bedenken teile, will zumindest ich als ehemaliger Gefangener Euch etwas Hintergrund darlegen. Grade weil ich die Diskussion mit Euch will

Also, ich hab etwa 10 Jahre Knast hinter mir, davon 4 Jahre, wegen irgendwelchem Scheiß. 9 Monate Jugendknast wegen 5 Gramm Shit und ähnliche Kinkerlitzchen, bei denen mensch sich fragt, wie bekloppt die denn sein müssen, einen dafür einzusperren. In diesen 4 Jahren habe ich mich nicht besonders engagiert, war einer dieser unpolitischen Gefangenen, die einfach nur drauf warten, bis ihre Zeit rum ist. Zuletzt hatte ich dann 6 Jahre wegen Bankraubs. Ich kam in den Straubinger Knast (*wer's nicht weiß, das ist der Langstrafenknast in Bayern*). Zu Beginn war ich auch dort noch nicht der "große Revolutionär". Hatte mich eher darauf eingestellt, die Zeit irgendwie zu überstehen. Sehr schnell geriet ich aber wegen der Zensur in Konflikt mit der Knastleitung. Ich bin ein gutmütiger Mensch, aber den Mund lasse ich mir von niemandem verbieten. Die erste Zeit versuchte ich mit sogenannten 109ern (*Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Strafvollstreckungskammer*) dagegen vorzugehen. Die Illusion, mit diesem Instrument irgendwas zu erreichen, war natürlich sehr schnell verfliegen. Aus Gewohnheit und weil mir nix anderes einfiel, schrieb ich diese Anträge weiter, allerdings immer mit dem sarkastischen Nachsatz, dass ich der geschätzten Ablehnung "freudig" entgegensehe. Nach eineinhalb Jahren war mir dies aber alles zu blöd und ich suchte nach neuen Wegen. Ich suchte nach Mitstreitern für eine unzensurierte Gefangenenzeitung. Nach einigen Gesprächen mit meinem Freundeskreis im Knast hatte ich dann einen Mitgefänger gefunden, der mit mir das Projekt angehen wollte.

Kleiner Zwischeneinschub: *In dieser Zeit hatte ich auch schon Kontakt zum AKP. Die hatten auf einen Leserbrief von mir in der taz reagiert. (... entlassen kam G nach Köln, um aus dem strafwichtigen Bayern zu „emigrieren“ und wegen bestehender Zusammenarbeit im AKP /die Setzerin)*

Unzensurierte Antiknastzeitung aus dem Knast heraus, das geht natürlich offiziell überhaupt nicht. Die Zensur ist schließlich dazu da, dass die Gefangenen sich nicht öffentlich äußern können, zumindest, wenn sie kritische Positionen vertreten. Wir fanden aber mit Hilfe von Draußen-UnterstützerInnen doch einen Weg. Wir produzierten 2 relative "zahme" Ausgaben um zu testen, ob die wieder in den Knast reinkommen, nachdem sie draußen gedruckt wurden. In den meisten Bundesländern klappte dies auch, allerdings nicht bei uns in Bayern. Von Meinungsfreiheit sind die fast soweit entfernt wie die Chinesen. Unsere Zeitung beschäftigte sich sehr wohl mit dem Hier & Heute, was in Straubing bedeutete Isolationshaft und Zwangspneumonie. Allerdings leisteten wir uns auch den "Luxus" über weitergehende Perspektiven zu diskutieren. Die Frage, wie eine Gesellschaft ohne Knäste aussehen könnte, war immer wichtiges Thema im Haberfeld (so hieß unsere Zeitung). Dazu stehe ich auch heute noch, auch wenn manche mich dadurch am liebsten nach Wolkenkuckucksheim schicken wollen. In relativ kurzer Zeit hatten wir einen Verteiler von über 800 AbonnentInnen. Angesichts dieser ständigen Verbreitung und der damit verbundenen Diskussion stellte sich die Frage, wie aus so einem Zeitungsprojekt eine Bewegung entstehen könnte. Zu dieser Zeit existierte auch die sog. "Gefangenengewerkschaft Solidarität" an der wir wegen ihrer zentralistischen Organisation und ihrer reformistischen Forderungen heftige Kritik übten. Es gab damals auch schon Kritik in der "Solidarität" selbst unter dem Motto "eine linke SOL aufbauen". Wir meinten, dass eine linke Alternative unter diesen Strukturen auch keinen Sinn machen würde und entwickelten unser Konzept vom Netzwerk Knast, das wir schon mal im Mauerfall vorgestellt haben (ohne dass darauf 'ne Reaktion kam). So weit, so gut.

Was nun an Fehlern kommt, geht zum guten Teil auf meine Kappe. Je erfolgreicher Haberfeld wurde, desto stärker wurde natürlich auch die Repression. Viele meiner BriefpartnerInnen bekamen grundsätzliches Schreib- & Besuchsverbot. Statt damit spielerisch umzugehen und Haberfeld (ätsch, bätsch) einfach weiter raus zu bringen, begann ich in meiner Wut einen unbefristeten Hungerstreik. Nach ca. 6 Wochen Hungerstreik kamen einige Mitgefangene auf mich zu und sagten: „Wir wollen nicht, dass du dich zu Tode hungerst, wir brauchen dich noch, lass uns was gemeinsames machen!“ Nun kommt der nächste Fehler. Statt nach einer gemeinsamen Aktion zu suchen, die niemand überfordert hätte, schlug ich eine Dachbesetzung vor. Langer Rede kurzer Sinn: zwei Stunden vor der Aktion wurde diese verraten. Ich wurde in einen anderen Knast verschleppt und kam dort ein Jahr in Isohaft. Dem Mitgefangenen, der unsere Aktion verraten hat, bin ich nicht mal böse. Es war ja mein Fehler, dass ich die anderen überfordert hatte. Der immer geäußerte Vorwurf der IV1, wir würden zur Revolte aufrufen, ist völlig absurd. Ich bin der Allerletzte, der von Euch irgendwas erwartet, was Ihr nicht leisten könnt und wozu die UnterstützerInnen draußen selber nicht bereit sind. Aber kritisches Bewusstsein für die gesellschaftlichen Verhältnisse über kleine reformistische Schritte hinaus - ja das erwarte ich, wenn wir zusammen arbeiten wollen.

Gerhard
Autonomes Knastprojekt
Kalk-Mülheimer Str. 210, 51103 Köln

Diskussion 2.0

Wegweiser oder Luftschloss? Plädoyer für eine Parole mit Fleisch auf den Knochen!

"Was willst du denn mit den Vergewaltigern und Kinderschändern machen?" - "Das gibt ja Mord und Totschlag!" Das sind Standard-Reaktionen auf unser Ziel: "Gesellschaft ohne Knäste!" Das sind auch Ausgangspunkte für Diskussionen.

Ich will mit niemandem "etwas machen". (Außer mich halt verteidigen, wenn ich angegriffen werde.) Ich weiß auch, dass die Kräfteverhältnisse ganz und gar nicht so sind, dass morgen (oder nächstes Jahr) alle Knäste dicht gemacht würden. Doch wenn wir herrschende Verhältnisse nicht in Frage stellen, bin ich sicher, dass wir NIE heraus kommen aus dem Teufelskreis: Benachteiligungen, gewaltsame Reaktionen darauf, Bestrafung, verschärfte Chancenlosigkeit, Resignation im Elend oder erneute Revolte, erneutes Strafen. Wir können unser eingeknastetes Bewusstsein befreien von dem "ist halt immer so".

Strafen kann nur, wer Macht hat. Erwachsene gegenüber Kindern und Jugendlichen. LehrerInnen gegenüber SchülerInnen. Der Staat (als gesetzgebend, urteilend und vollziehend) gegenüber allen besonders Abhängigen (z.B. Erwerbslosen) und den besonders "Aufmüpfigen" alias Gesetzbrechenden. Strafen soll Unterwerfung hervorbringen, Anpassung an gesetzte Normen. Gleichberechtigte Menschen können Konflikte miteinander haben. Sie können versuchen, sie zu klären. Sie können auch versuchen, sich aus dem Weg zu gehen oder sich immer wieder gegenseitig zu schaden und den Konflikt damit hochschaukeln. Strafen können sie nicht.



Finni - 'Haben oder müssen...'

Ich bin **gegen alle Macht und Herrschaft**. Bin für gleiche Chancen und gleiche Rechte. Nicht nur auf dem Papier, wie in den bürgerlichen Demokratien, sondern in der Wirklichkeit. Aber das gibt es doch nirgendwo! Zugegeben. Um so wichtiger ist es, Wege dahin zu erproben! Hier und jetzt! In unserem Alltag. Die Ziele sind Wegweiser. Einzelne Schritte, ganz konkrete, sind zu gehen. Aber halt in der Richtung, die den Zielen entspricht.

Dazu gehört, dass wir **Konflikte untereinander austragen**, ohne die Verantwortung dafür an "höhere" Instanzen abzugeben. Was nicht heißt, dass sich zwei Menschen im Konflikt ohne jeglichen sozialen Beistand befinden. Es kann durchaus helfen, wenn Befreundete oder Bekannte um die entgegengesetzten Pole herum etwas vermitteln helfen. So, dass die direkt Beteiligten nicht zu verbissen werden. Der Staat nimmt uns ja die Aufgabe der Konfliktlösung oft aus der Hand mit der Begründung, geschädigte Betroffene seien aus überschäumenden Rachegefühlen zu dieser nicht fähig. Dem widerspricht sogar aktuell ein Protagonist des Systems, klinischer Chef der neuen Kölner Forensik: Zitat: "Dürfen die Patienten Besuch empfangen?" fragt ein Mann. Zwar bekämen die meisten der Insassen fast nie Besuch, sagt Meurer, aus therapeutischer Sicht aber sei Besuch willkommen. Ob dann nicht die Gefahr bestehe, dass sich Opfer an den Tätern rächen wollten. Die Antwort überrascht: "Meistens sind die Opfer von Gewaltverbrechen die ersten, die den Kontakt zu ihren Peinigern suchen." Den Tätern gehe es danach oft deutlich besser. Zitatende

(www.wdr.de/themen/gesundheit/psychologie/forensik)

Doch da wir in eine Gesellschaft der Konkurrenz und der Hierarchien hinein geboren wurden, haben wir tatsächlich vieles nicht gelernt, was zur Konfliktlösung zwischen Gleichberechtigten gebraucht wird. Wenn wir aber das langfristige Ziel realer Gleichwertigkeit und Herrschaftsfreiheit haben, müssen wir uns fehlende, wenig entwickelte Fähigkeiten aneignen. Um für uns selbst zu erproben, wie es geht. Und um es noch Entmutigten um uns herum zu zeigen. Je mehr Menschen auf das "Verpetzen", Denunzieren, Anzeigen verzichten und statt dessen verantwortbare Formen der Konfliktlösung finden, je mehr kleine Gemeinschaften dafür handhabbare "Rezepte" erproben, um so denkbarer wird es, dass strafende Instanzen überflüssig sind

Natürlich geht es beim Ziel der Überwindung von Macht & Herrschaft nicht nur um die Überwindung des Strafens. Es bedarf der **Fähigkeit, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen**, dabei kooperativ zu sein statt Befehle zu empfangen (oder auszuteilen), die eigene Freiheit zu leben ohne die Freiheit anderer zu beeinträchtigen. Von all dem sind wir noch weit entfernt. Aber all diese Ziele stellen uns direkt vor Aufgaben, können Maßstäbe sein, an denen wir unser Handeln ausrichten. Das heißt auch, dass es grundlegend freiheitlich-solidarischer Bewegungen in vielen Bereichen der Gesellschaft bedarf. Denn Macht und Herrschaft sind überall verankert. Wenn aber deren Überwindung das weit gesteckte Ziel ist, dann ist es überall notwendig, die jeweiligen Ausformungen der Macht anzugreifen, innerhalb der Bewegungen aber schon zu erproben, wie es anders geht. Die verschiedenen Bewegungen können sich so gegenseitig ergänzen, von einander lernen, brauchen bei ähnlichem Ziel auch ähnliche Fähigkeiten.

Wenn wir eine Gesellschaft ohne Bonzen wollen, brauchen wir ja nicht nur die Fähigkeiten, die irgendwie zu vertreiben. Wir brauchen eine Gesellschaft, die ohne "Bonzerei" funktionieren kann. Damit sich keine neuen Bonzen nach vorne drängen. Das geht ganz sicher nicht von heute auf morgen. Noch nicht mal innerhalb einer Generation. Da bedarf es zahlreicher, sich weiter entfaltender Erfahrungen und Lernprozesse überall. Nur dann gibt es die Chance zu einer Revolution, die diesen Namen verdient. Die mehr ist als nur ein Putsch neuer Herrschender.

"Gesellschaft ohne Knäste und ohne Strafen" ist also ein revolutionäres Ziel, das die Abwesenheit vieler anderer Machtausprägungen, eben der Macht Weniger über Viele insgesamt, beinhaltet. Wie schon oben gesagt, bedeutet das ganz und gar nicht, auf den Sankt Nimmerleinstag zu warten. Die Machtausprägungen können und müssen wir immer auch im Detail angreifen. Unserer Meinung nach sollten wir die Details aber auch in einen größeren Zusammenhang stellen. Wenn wir die immer wiederkehrenden Willkürakte der Gefängnisverwaltungen anklagen, sollten wir aufzeigen, dass dies in der Organisationsstruktur und Logik der Institution vorgegeben ist. Wenn wir darlegen, dass sie nicht einmal ihre eigenen Gesetze einhalten, zeigt das auch, dass Gesetze oft einen Alibi-Charakter haben, dass sie Rechte vortäuschen, die sie nicht gewähren. Wenn wir die Abschaffung der Sonder-Isolation in den sowieso schon isolierenden Knästen fordern, dann nur als einen Schritt, um die Isolationsinstitutionen grundsätzlich in Frage zu stellen. Wenn wir skandalisieren, wie viele Gefangene sich im Knast umbringen, wie viele Todkranke nicht entlassen werden, stellt das das beschönigende Gefasel über die Funktion der Gefängnisstrafen in ein anderes Licht. Wenn wir die Überbelegungen und den eifrigen Neubau von Knästen darlegen im Zusammenhang mit Verarmungstendenzen für einen Teil der Bevölkerung, höherer Anzahl von Gefangenen, längeren Gefängnisstrafen, ohne dass prozentual die Anzahl der bestrafbaren Taten gewachsen wäre, zeigt das, welche Funktion Knast im Kapitalismus hat: einen Teil der "Überflüssigen" wegsperren, um die anderen ganz klein und unsichtbar zu halten, um Aufbegehren zu verhindern

Gerade wenn wir Zusammenhänge herstellen zwischen Repression draußen und drinnen, können wir vielleicht etwas mehr Menschen gewinnen, die - (noch) draußen befindlich - in immer knastähnlichere Strukturen geraten. Es gilt also all das aufzugreifen, an dem wir das Asoziale und Machtgetriebene der Institution Gefängnis aufzeigen, bei dem wir auch etwas Solidarisierung und Bewusstwerdung draußen erhoffen, bei dem wir dem Machtgefüge etwas abzurufen versuchen können. So lange wir noch nichts oder nicht viel konkret durchsetzen, kann das zumindest die Glaubwürdigkeit, das Vertrauen in die Nützlichkeit des Strafsystems mindern. Die großen Massen werden wir vorerst nicht erreichen. Es gibt viel zu viele gegenläufige Tendenzen. Es gibt immer wieder die Sensationsberichterstattung über die "Monster". Es wird Angst geschürt vor den gefährlichen Gefangenen. Und gerade, wenn in der Gesellschaft vielen Menschen Sicherheiten genommen werden, sie vom Abrutschen bedroht sind, schauen sie wenig über den eigenen Tellerrand bzw. brauchen sie noch Leute, auf die herabschauen zu können sie glauben. Trotzdem, die, die ihre Gedanken und Gefühle nicht ganz verbarrikadieren, sollten wir zu erreichen versuch-

en mit Nachrichten über die Wirklichkeit in den Knästen. Halt mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Wenn ich "wir" und "uns" sage, dann bedarf es auch noch eines größeren Anteils Gefangener, die über eine jeweils unmittelbare Situation und den eigenen Tellerrand hinaus schauen, die ihren "Fall" im Zusammenhang mit dem anderer sehen. Es bedarf einer breiteren, aktiveren Gefangenenbewegung. Es bedarf des Austauschs, der Diskussion um Etappenziele. Sicher, es gibt die Zensur. Es ist nicht alles diskutierbar. Aber viele Jahre Anti-Knast-Arbeit haben uns gezeigt, dass das nicht das einzige Problem ist. Es gibt immer wieder Anfänge, Aufbrüche, denen die Langfristigkeit fehlt, die aus dem einen oder dem anderen Grund wieder zusammenbrechen. Unser langfristiges Ziel braucht langfristiges Engagement, immer gegen die gleiche miese Grundstruktur, an immer wieder neuen Ecken und Kanten.

Jetzt habe ich aber immer noch nicht reagiert auf die Standardsätze, die einem entgegen schnellen, wenn die Leute (*fast egal ob draußen oder drinnen*) das Ziel "Gesellschaft ohne Knäste" hören. Oder doch? Ist es ein ausweichend, wenn ich sage:

- * Die Frage, was mit den wenigen Gefährlichen zu tun sei, stellt sich vorerst gar nicht, weil wir weit vom Ziel entfernt sind.
- * Bei diesem Ziel ist es eine logische Konsequenz, in den Bewegungen jetzt und langfristig Fähigkeiten zu entwickeln, die nicht auf "Mord und Totschlag" hinaus laufen, sondern zu selbständigen gemeinsamen Konfliktbewältigungen führen können.
- * Wir halten Knast und Strafjustiz für ein Instrument der Herrschaft, also zur Absicherung sozialer Ungleichheit. Als solches greifen wir es grundsätzlich an, sehr wohl wissend, dass gleichzeitig vieles andere verändert werden muss. Und wir greifen konkret da an, wo die Herrschaftsfunktion der Institution besonders sichtbar wird.

Das ist zusammengefasst, was ich bisher geschrieben habe. Und ich meine, es zeigt etwas, dass wir durchaus bestehende Kräfteverhältnisse sehen, von denen aber weder das Denken noch das Handeln abgewöhnen lassen wollen. Jetzt aber trotzdem noch zur Frage nach den wenigen Gefährlichen, die immer als Rechtfertigung herhalten müssen, dass Knast sein muss. Ok, es gibt sie, die wirklich Gefährlichen. Zunächst mal sind das für mich die, die nicht im Knast sitzen, sondern an den "Drückern" der Gesellschaft. Die ihren Nutzen ziehen aus dem So-Sein derselben.

Dann gibt es viele Gefährliche, gerade was sexuelle Gewalt betrifft, die nie auffallen, weil sie im "Schutz der Familie" handeln. Die wenigen Gefährlichen, die in den Knästen sitzen, halte ich für kranke Produkte einer kranken und krank machenden Gesellschaft. Der weitaus größte Teil der Gewalttäter war selbst Opfer von Gewalt, hat kaum andere soziale Umgangsformen gelernt als die der Gewalt. Sicher KANN ein Gewaltopfer auch ein völlig friedfertiger Mensch werden. Oder ein psychisches Wrack, ein Psychiatrie-Opfer, wie es oft Frauen geschieht. Männern reagieren öfter so, dass sie Gewalt aktiv weitergeben, sobald sie körperlich dazu fähig sind.

Doch schon mehrmals gesagt, keine Chance für die derzeit einsitzenden als gefährliche Ver-

urteilen, früher entlassen zu werden, als der noch herrschende Apparat beschließt. Im Gegenteil wird ja gerade derzeit sehr inflationär - und kritikwürdig, nicht nur für nachvollziehbar Gefährliche - Sicherungsverwahrung verhängt bzw. bestehen Tendenzen, auch deren nachträgliche Verhängung zu erleichtern. Aus Angst vor einem Fehlurteil und der dann zu erwartenden Sensationsberichterstattung trauen sich Gutachter kaum noch, Sicherungsverwahrte mit einschlägigem Faktum irgendwann zu entlassen.



Falls es uns aber mit der Zeit gelingen sollte, in einem breiten Spektrum sozialer Bewegungen und selbstverwalteter Projekte Wurzeln einer freieren Gesellschaft Fuß fassen zu lassen, gäbe es auch weniger Gewaltopfer. Und es beständen mehr Chancen für immer noch der Gewalt ausgesetzte Kinder und Jugendliche, solcher Gewalt zu entfliehen und positivere Erfahrungen zu machen. Das heißt, es gäbe im Laufe einer Entwicklung, die uns unserem Ziel näher brächte, auch weniger erkannte und unerkannte "Zombies". Wer Zuwendung, Anerkennung und positive Entfaltungsmöglichkeiten bekommt, hat es nicht nötig andere zu quälen. Zugegeben, wie viel krass fehlgeleitete Gefährliche dann dennoch verbleiben könnten, kann ich nicht einschätzen. Meinem Menschenbild entsprechend wären es sehr wenige. Und eine Gesellschaft, deren Mehrheit Kooperation und Konfliktbewältigung erprobt hätte (*was ja Bedingung fürs Erreichen unseres idealtypischen Zieles ist*), würde dann sicher **andere Möglichkeiten** finden, sich vor diesen Ausnahmen zu schützen als ein Wegsperrern unter Bedingungen, wie sie derzeitigen Knast charakterisieren. Lösungsstrategien entwickeln sich mit voranschreitender gemeinsamer Erfahrung.

Ich bin noch nicht Teil einer dermaßen weiter entwickelten Gesellschaft. Ich werde eine solche auch nicht mehr erleben. Aber ich kann Schritte machen. Kleine konkrete Schritte. Und dabei von mir selbst fordern, keine hohlen Parolen zu dreschen, sondern mein Handeln auszurichten an weit entfernten Zielen. Das, was ich als zukünftige Gesellschaft anstrebe, in meinem Alltag schon so weit wie möglich zu erproben. Das schaffe ich nicht immer. Ich stolpere, verhaspele mich, falle auch mal auf die Schnauze. Aber da sind Wegweiser: "Für Gesellschaft

ohne Knäste, ohne Macht, Ausbeutung und ohne Herrschaft!" "Für gesellschaftliche Kooperation, Solidarität und persönliche Freiheit!"

Wenn jemand plump behauptet, ich sei eine Spinnerin, kann ich das wegstecken. Wenn jemand mir die Standard-Einwände entgegen-schleudert, bin ich gern bereit zu diskutieren. Es sei denn, mein Gegenüber will das nicht oder wird zu beleidigend und menschenverachtend in der Argumentation. Den oder die lass ich einfach stehen. So können wir uns halt (vorerst) gegenseitig nicht erreichen. Dann suche ich weiter nach Menschen, für die meine Wegweiser verständlich werden bzw. hecke ich was aus mit denjenigen, die diesen auch schon seit einiger Zeit folgen.

h.bix



p.s.: Auch eine alte Freundin, die ganz und gar nicht reaktionär ist, reagierte am Telefon mit dem Standard-Einwand, nachdem sie unsere Radio-Sendung über den Knastaktionstag gehört hatte. Sie will aber weiter darüber diskutieren. Ich wünsche mir, dass sie das öffentlich tut, in einer folgenden Radiosendung. Denn es sind ja fast alle, die erst mal so denken. Also ist es wichtig, diese "normalen", nahe liegenden Fragen aufzugreifen, wo sich eine Möglichkeit dazu bietet.

Ein immer wiederkehrendes Thema bei der Beschäftigung mit Knast und Strafvollzug ist und bleibt die Auseinandersetzung, die Debatte um die Beschäftigung bzw. 'Zwangsarbeit' in Haft. Dieses Thema ist sehr vielschichtig und betrifft alle Inhaftierten. In der letzten Ausgabe gab es im Schwerpunkt zur medizinischen Versorgung ja schon einen Beitrag vom Markus aus der JVA Werl bezüglich der Arbeitsfähigkeit. Ich möchte hier nun mit einem Beitrag vom Maik aus der JVA Sehnde eine mögliche Diskussion anregen. Mit ihm habe ich mich persönlich schon ein wenig über das Thema gestritten. Bei einigen Punkten gebe ich ihm recht, anderes sehe ich differenziert. Ebenso wurde über einige Aussagen vom Werner Braeuner in der Radiosendung „Wieviele sind hinter Gittern, die wir draußen brauchen“ diskutiert. Das Interview gibt es zu beziehen über Radio Flora:

Radio Flora
Zur Bettfedernfabrik 3
30451 Hannover

Der Mauerfall bietet allen, die sich zum Thema 'Zwangsarbeit'/Beschäftigung im Knast äußern möchten und etwas zu berichten haben an das hier im Rundbrief zu tun! -

Michel



Diskussion...

Eine andere Sicht **auf die „Zwangsarbeit“**

Ich möchte hier meine Sichtweise aus den gemachten Erfahrungen in niedersächsischen Anstalten und meinem Verständnis grundsätzlich verdeutlichen.

Viele, welche sich mit dem Thema Strafvollzug beschäftigen, sind nicht zufrieden mit der Thematik Arbeit und Entlohnung im Vollzug. Oft höre ich, dass man gezwungen wird, einer Tätigkeit nachzukommen und das auch noch mit einem Witz an Entgelt. Allen voran die Tätigkeit in einem Unternehmerbetrieb auf Basis des Leistungslohns, welcher sich aus dem Heimarbeiterarif ergibt.

Kommt der Inhaftierte dieser Anweisung nicht nach, so hat der Vollzug das Instrument eines Disziplinarverfahrens, um die Person zur Arbeit zwingen zu können. Nur um Missverständnisse auszuräumen sind wir uns einig, dass wir den Fokus auf die Inhaftierten richten, welche nicht im S-Trakt sitzen.

Wir lassen auch außer Acht vorherige Erziehung, Motivation und Möglichkeiten der jetzt einsitzenden Personen. Vorerst zumindest!

Doch ich kann annehmen, dass wenige einer regelten Arbeit nachgingen. Wie also den Lebensunterhalt finanziert? Oder welchen Einfluss übten evtl. aufgrund der beschriebenen Tatsache und der daraus resultierenden Zeit Verzweiflung, sich leer fühlen, soziale Unzufriedenheit mit Folgeerscheinungen auf die aus, welche keiner geregelten Tätigkeit nachgingen? Unerheblich, warum sie es nicht taten. Jetzt sind sie jedenfalls alle in Haft. Auch in JVA wird gearbeitet. Sei es in Unternehmerbetrieben, Eigenbetrieben oder als Kalfaktor. Nicht zu vergessen: Schule.

Jede JVA hat ihre eigenen Beschäftigungsmöglichkeiten. Also gibt es mal mehr mal weniger verschiedene Einsatzmöglichkeiten. Am Anfang ist es oft so, dass einem der Betrieb vorgesetzt wird. Nach einer gewissen Zeit hat man jedoch die Möglichkeit den Betrieb zu wechseln. Unternehmerbetriebe bieten sicherlich keine anspruchsvollen Arbeiten an. Aber es gibt meist mehrere mit unterschiedlichen Aufgaben. Zu den Eigenbetrieben gehören Schlosserei, Tischlerei, Arbeitstherapie gewissermaßen, Küche, Kammer, Baukeller mit oder ohne Maler, Wäscherei und Oberflächenbeschichtung (Sehnde/Werl). Oftmals gibt es Ausbildungsmöglichkeiten zum Metallberuf (Schlosser, Metallbauer, Konstruktionsmechaniker, Schweißer), zum Tischler, zum Koch, zum Gebäudereiniger, zum Bäcker, zum Kfz-Mechaniker, zum Maurer und vielleicht noch mehr. Auch andere berufsbezogene Dinge wie Logistik oder Staplerschein werden angeboten. Schule gibt es auch, wie Förder- oder Elementarkurs, Hauptschule, Realschule oder erweiterter, EDV-Kurse und einer möglichen Fernstudium Unterstützung.

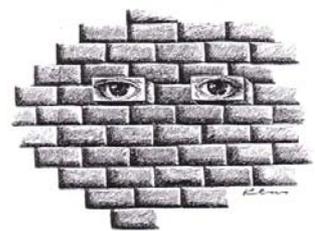
Jetzt komme ich in einen Zwiespalt – Ist das ALLES nur Zwangsarbeit oder vielleicht auch eine Chance? Gab es diese Chance auch außerhalb der Mauern? Mit dem Alter, mit den Macken? Natürlich steckt dahinter ein Sinn. Und das ist auch gut so.

Nun gibt es noch das Argument des geringen Verdienstes. Aber was erwarten die Leute? Es kann doch nicht vergessen werden, dass hier eine Strafe vollzogen wird. Kosten verursacht der Einzelne auch. Und als Dank soll noch ein üppiges Entgelt bei rumspringen? Das Argument einer möglichen Schadenswiedergutmachung oder finanzielle Unterstützung kann ich nicht gelten lassen. Doch ich will damit nicht aussprechen, dass sich dieses jeder vorher überlegen konnte.

Für viele bietet die Abgeschiedenheit eine Möglichkeit der Weiterentwicklung. Die psychologische Wirkung auf Einige, die jetzt eine Bestätigung und Anerkennung in der Arbeit finden, ist doch nicht verkehrt. Kompensiert mit einer erworbenen Qualifikation und der daraus gewonnenen neuen Denkstruktur führt es zu einer Verhaltensweise, die einen vielleicht besser klar kommen lässt in der weiten Welt. Arbeit heißt nicht nur knechten. Arbeit ist auch Beschäftigung. Vielleicht auch nur um den Tag auszufüllen? Oft denke ich dabei auch an die Menschen draußen. Wie steht es um die Jugend in der Provinz? Manchmal geht es eben nicht darum, seinen Talenten und Neigungen nach zu gehen. Manchmal ist es eben wichtig das Machbare möglich zu machen. Wie viele habe ich gesehen, die nicht arbeiten wollen? Was machen sie mit und in der verfügbaren Zeit? Womit werden sie später ihren Lebensunterhalt finanzieren? Das fragen sich sicher auch andere!

Mich würde noch interessieren wie das Thema Arbeit im Vollzug konzeptioniert werden soll, wenn es eine andere Möglichkeit zu entscheiden gäbe? Mehr möchte ich heute nicht los werden:

Maik,
JVA Sehnde



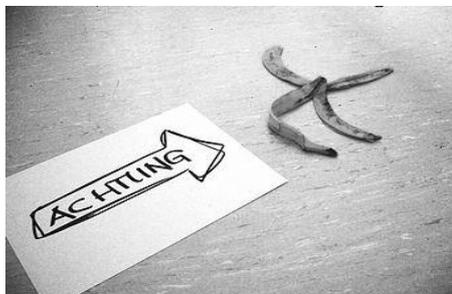
Wichtige Information!

Unfallversicherung **in der Gefangenenvertretung**

Auch wenn in Bezug auf die Gefangenenmitverantwortung (GMV) die Ansichten geteilt sind (vgl. die grundsätzliche Kritik im Mauerfall Nr.21), hier eine Information für alle, die in der GMV tätig sind, in Bezug auf ihren unfallversicherungsrechtlichen Status.

Nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit (Rochusstrasse 1, 53123 Bonn, Az.: Iva 4-45-Meyer-Falk/09, Bearbeiterin: Frau Zinnkann), wie auch der Unfallkasse Baden-

Württemberg (Augsburger Str. 700, 70329 Stuttgart, Az.: 311.01 Sie, Frau Siegle), sind Gefangene im Rahmen ihrer GMV-Arbeit gesetzlich gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 10a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VII) gegen Unfälle versichert. Was heißt das?



Während der konkreten Amtsausübung (als z.B. einer Sitzung) oder auf dem Weg von der Zelle in den Sitzungsraum (und nach der Sitzung auf dem Weg zurück zur Zelle) ist man gegen Unfall versichert. Sollte man beispielsweise stolpern, sich ein Bein brechen oder verstauchen und dann arbeitsunfähig sein, erhält man Verletztengeld. Auch entfallen Zuzahlungen beim Arzt (denn mittlerweile machen jene Länder mit eigenem Strafvollzugsgesetz von Regelungen Gebrauch, die ihnen erlauben Gefangene zur Kasse zu bitten, wenn diese den Anstaltsarzt konsultieren und dann Medikamente erhalten).

Freilich sind auch alle arbeitenden Gefangenen unfallversichert. Nähere Informationen erteilt zum einen das Referat Information des oben erwähnten Ministeriums für Arbeit, aber auch die „Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung“ (Mittelstrasse 51, 10117 Berlin). Einfach hinschreiben, mitteilen, dass man in Haft sitzt und deshalb nicht deren Webseite nutzen kann und um schriftliche Informationen bitten.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt.: JVA Bruchsal

Ermutigen und nicht entmutigen lassen!

Ein Erfahrungsbericht...

Aus eigener leidvoller Erfahrung weiß ich, was es heißt, den „Rechtsweg ausschöpfen (zu müssen)“ oder aber den „Rechtsweg zu gehen“!

Viele von uns wissen aber noch nicht mal, was sie tun können oder müssen, wenn sie mal wieder in ihren Rechten durch die Anstalt verletzt worden sind. Einige sind aber auch zu faul, was dagegen zu tun und jammern nur rum. Andere wiederum sehen keinen Sinn darin, weil sie „eh nichts erreichen“ würden! Denen kann ich nur sagen, dann müsst ihr aufhören zu „jammern und zu jaulen“ und euch in die Ecke setzen und das hinnehmen, was ihr als Unrecht seht! Nichts kann umsonst sein. Wer sich das vor Augen hält, der wird auch den „Rechtsweg“ gehen und ist er noch so lang und schwer! Es ist doch so, dass man uns diesen „Rechtsweg“ bewusst so steinig und lang gemacht hat, damit, wer ihn geht, unterwegs möglichst bald „zusammenbricht“ und resigniert. Das gehört mit zum System der „Rechtswegausschöpfung“:

Mit zum Teil Willkür pur, ermutigen oder fördern geradezu einige Strafvollstreckungskammern (StVK'en) das, was die Obrigkeit in der JVA tagtäglich an Rechtswidrigkeiten gegenüber dem Gefangenen begeht!

Anhand eines Beispiels, das ich erst kürzlich selber erleben musste, kann ich das beschreiben. So wendete ich mich in einer äußerst eiligen Sache an die StVK Bochum, wo eine Richterin Lichtleitner dafür zuständig war. Ich bin krank, diagnostiziert seit 2000, unter anderem schwere und gefährliche Erkrankungen wie allergischer und Asthma bronchiale. Zudem bin ich anerkannt schwerbehindert seit 2000! Mehrfach in der Vergangenheit hatte ich wegen dieser schweren und gefährlichen Erkrankungen auch auf der Intensivstation gelegen, anaphylaktische Schocks erlitten und musste notärztliche Soforthilfemaßnahmen ertragen. Alles aktenkundig bekannt. Einen Allergiepass auch, den ich von einer Universitätsklinik ausgestellt bekommen hatte. In der JVA Bochum angekommen, wurde ich dort kurze Zeit später in die Pflegeabteilung verlegt und wochenlang in strenger Einzel- und Isolationshaft gehalten. Behandlungen erfuhr ich dort keine. Den „Arzt“ sah ich nur zwei Mal in dieser Zeit, 1x am Anfang, 1x Wochen später, kurz nur!

Da diese Unterbringung völlig überflüssig, grundlos und rechtswidrig erfolgte, stellte ich u. A. dazu einen Eilantrag bei der StVK Bochum zur sofortigen Unterlassung usw.! Wochen später entschied diese Richterin (man mag den Namen Richterin gar nicht mehr benutzen wollen) und lehnte meinen Eilantrag dazu mit der Begründung ab: „Diese Unterbringung in der Pflege diene doch nur der Abklärung und Behandlung meiner Erkrankungen“, erfolgte aus „medizinischen Gründen!“ Und wenn die mit „gewissen Umständen“ für mich einhergeht, die nachteilig sind, so hätte ich das für eine gewisse Zeit hinzunehmen! Dass das bei dieser Begründung einer medizinischen Zwangsbehandlung gleichkommt, nur am Rande erwähnt! Und dass ich hier keine Behandlung erfahren habe, man meine gesamten Erkrankungen als „nicht existent“ bezeichnet und sieht, mich stattdessen des Betrages, der Manipulation bezichtigt und die Verlegung in die Pflege damit gegenüber der StVK auch „begründet“ hatte, auch nur am Rande noch dazu.

Nun stand ich aber da, alles abgelehnt. Der Rechtsweg ist dazu noch nicht ausgeschöpft, nach § 109, 113 StVollzG ist ja noch gar nichts in der Hauptsache entschieden worden. Aber so sieht das auch da nicht toll und erfolgversprechend aus. Dann, zwei Monate später habe ich durch einen „dummen Zufall“ aber in Erfahrung bringen können, und das ist nun nachweisbar (!), dass sich diese Richterin Lichtleitner vor dieser Entscheidung mit dieser Begründung stillschweigend mit der Anstaltsleitung in Verbindung gesetzt hat. Und bei diesen Gesprächen wurde dann vorab, bevor überhaupt die Entscheidung ergangen war, bzw. erging, bereits alles dazu besprochen, abgeklärt und vereinbart!

Das heißt, die Richterin Lichtleitner wusste zum Zeitpunkt der Entscheidung ganz genau, dass ich aus anderen Gründen als „medizinischen“ dorthin verlegt und so dort wochenlang gehalten worden bin. Dass dies nicht der „Abklärung und Behandlung“ meiner Erkrankungen diene (da musste gar nichts abgeklärt, sondern, wenn überhaupt, nur beachtet werden!) und dass das auch nicht in meinem Interesse sein könne, wie sie noch ausgeführt hatte. Denn in diesen vorab

getätigten, stillschweigend geführten Gesprächen wurde vereinbart, dass ich nur aus „Absonderungsgründen“ in die Pflege verlegt worden war. Eben weil man mir überbelte Sachen unterstellt hat und so versucht zu beweisen, wie „gesund“ ich doch eigentlich bin!

Das heißt, als diese Richterin Lichtleitner diese Entscheidung erlassen hatte, wusste sie ganz genau, dass die Gründe, die sie dazu nun angeführt hatte, schlichtweg frei erfunden und gelogen waren und nicht die Gründe waren, weshalb man mich in die Pflege verlegt und dort wochenlang isoliert gehalten hatte! Sie wusste, dass dies nur aus „Absonderungsgründen“ erfolgte, nichts anderes, und das war mit ihr sogar vorab vereinbart und abgeklärt worden! Ich möchte hier nicht über die Strafbarkeit des Vorgehens der Richterin Lichtleitner oder ihrer Objektivität und Neutralität schreiben, dies dürfte jedem einigermaßen bewanderten Menschen klar sein.

Hier kommen ganz andere Gesetze zum Tragen und ins Spiel, nämlich die der § 89 (Strenge Einzelhaft) iVm. 88 Abs. 1+5 (Voraussetzungen dafür nur!) und 81, 96 als Verhältnismäßigkeitsgrundsatzgebote dazu nach StVollzG! Von den Artikeln des GG, 1, 2, 3, 104 z.B. will ich erst gar nicht hierzu reden. Fakt ist, dass diese Richterin bewusst eine falsche Entscheidung zu meinem Nachteil, der Wahrheit zuwider, auch noch getroffen hatte, um mir kein Recht zusprechen zu müssen, was sie ansonsten, bei richtiger Anwendung von Recht und Gesetz und er tatsächlichen Gründe hätte tun müssen! Dass ich das aber Monate später erfahren habe und nun beweisen kann, ist eben der Tatsache zu verdanken, dass ich mich von so etwas schon lange nicht mehr entmutigen lasse und den Rechtsweg weiter gehe. Denn nur weil ich das tue, habe ich von diesem Beweis und auch einmalig beispiellosen Skandal erfahren können, der sicher noch Gerichte beschäftigen wird.

LIEBER GOTT
ICH MACH DICH FROMM
WENN ICH IN DEN
HIMMEL KOMM!



Finni - 'Fromm...'

Das war alles erstmal entmutigend und unfassbar für mich, wie die StVK überhaupt so entscheiden konnte. Nun gehe ich dort weiter den Rechtsweg. Rechtsmittel sind bereits eingelegt. Und wenn dann das angebliche Ende des Rechtsweges da ist, bei Ablehnung der Rechtsbeschwerde z.B., dann ist der Weg zum

Bundesverfassungsgericht frei. Und wenn die da nichts machen oder ablehnen, dann hat man 6 Monate Zeit zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg/ Frankreich zu gehen. Aber das setzt alles voraus, dass man den Rechtsweg von Anfang an wie vorgeschrieben geht und ausgeschöpft hat.



Wer von uns hat dazu die Lust, die Zeit und die Kraft? Wer weiß eigentlich wie dieser Rechtsweg aussieht? Wenn überhaupt, nur sehr wenige. Und diese Wenigen sollten andere mit ihrem Wissen darum ermutigen, sich nicht darüber stellen, sondern Solidarität zeigen. Denn letztlich kommt es jedem zu Gute. Ich erinnere nur daran: Hätte ein einziger Gefangener nicht wegen der menschenunwürdigen Unterbringung geklagt, tausend andere Gefangene könnten heute nicht auch Schadensersatz und Schmerzensgeld dazu einklagen. Also denkt auch mal daran!

Gebt den Leuten, die nicht wissen, wie sie was anstellen sollen, Tipps. Und helft auch den Leuten, die ernsthaft wollen und nicht nur jammern und jaulen, dabei aber zu faul sind, was dagegen zu tun. Ermutigt sie und lasst euch nicht von dem steinernen und langen Rechtsweg entmutigen. Geduld führt auch zum Erfolg!

Und wenn man nicht weiß, wie man einen Antrag nach §109 oder §114 (Eilantrag) stellen soll: Es gibt genug, die das wissen. Fragt nach! Notfalls, und das halte ich sogar zuerst für den besseren Weg, kann man auch erstmal nur beim zuständigen Gericht PKH = Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines RA beantragen, mit der Begründung, „für die beabsichtigte Klageerhebung/ Anträge nach §114, 113+ 109 StVollzG. Da muss man nicht sehr viel begründen und kann ggfls. erstmal dagegen Beschwerde einlegen. Man verliert aber nicht den Weg vor die StVK nach den §114, 113+ 109 StVollzG, die man immer noch stellen kann dann. So hat man die Möglichkeit dafür, einen RA zu bekommen usw.! Das ist möglich und der

erste Schritt. Es ist auch stets wichtig, die StVK anzurufen, um bei anderen Gerichten Erfolge zu verzeichnen, etwa bei Schmerzensgeldansprüchen. Dies setzt zwingend voraus, dass man auch Anträge nach StVollzG gestellt hat (hatte!)! Demnächst mehr zum Rechtsweg, okay.

Ich grüße noch den Pit in Rheinbach und auch den Maik, Th. Meyer-Falk und alle anderen „Kämpfer“!

b.w. Erwin Adamczyk, JVA Bochum

Nachrichten aus dem Strafvollzug

Gefangene sind Lumpen!?

Heute soll über die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hamburg berichtet werden, wonach die Bezeichnung von Gefangenen als "Lumpen" eine straflose Meinungsäußerung darstelle (Ziff. 1), sowie über den Ausgang eines über 6 1/2jährigen Rechtstreits eines Gefangenen der JVA Bruchsal (Ziff. 2).

1.) Gefangene sind Lumpen - so ein Wärtler

Auch Strafvollzugsbedienstete sind gewerkschaftlich organisiert und zwar im Bund der Strafvollzugsbediensteten (<http://www.bsbd.de>). Dessen Zeitschrift "Der Vollzugsdienst" druckte 2008 einen Bericht des hamburgischen Vollzugsbeamten Schuster, der mit einem Kollegen eine Dienstreise in die bayrische JVA Kaisheim unternommen hatte ab. In seinem Bericht beschrieb Schuster eine Führung durch die Anstalt in Kaisheim und fand es offenkundig amüsant, dass dort das Personal die Inhaftierten umgangssprachlich als "Lumpen" bezeichnet. Diesen Begriff machte er sich sodann zu Eigen, z.B. als er beschrieb, dass den "Lumpen" in Kaisheim -im Gegensatz zu den Hafttraumausstattungen in Hamburg- keine CD-Spieler zur Verfügung stünden.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen den Beamten Schuster wegen des Verdachts der Beleidigung (Az.: 7301 Js 62/09, Staatsanwaltschaft Hamburg) stellte Staatsanwältin Dr. Graue das Verfahren ein, weil der Begriff "Lump" nach ihrer Auffassung "in Bayern offensichtlich eine übliche Bezeichnung ist". Ferner fehle es dem Beamten an einem Vorsatz Gefangene beleidigen zu wollen, da er sich in seinem Bericht "lediglich des dortigen Jargons bedient und keine Herabsetzung (...) Gefangener beabsichtigt" habe.

Die angerufene Generalstaatsanwaltschaft Hamburg (Az.: 2 Zs 715/09) machte zudem geltend, dass angesichts der kurzen Verjährungsfrist im Presserecht (6 Monate) auch schon Verjährung eingetreten sei, so Staatsanwältin Menke.

Zurzeit beschäftigen sich noch die Petitionsausschüsse in Hamburg und München mit der Frage welches Menschenbild wohl hinter der Verwendung des Begriffs "Lumpen" für Gefangene stehen mag.

Thomas Meyer-Falk



2.) Schadensersatz für Bruchsaler Gefangenen

In den vergangenen Jahren berichtete ich schon mehrfach über den Klagemarathon des Fritz G. aus der JVA Bruchsal. Seit dem 06.08.2009 liegt nun ein wohl endgültiges Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe (Az.: 12 U 226/06) vor.

Wie alles anfing: seit Anfang 2002 war Herr G. als "Einkaufshelfer" beschäftigt. Im Verkaufsraum des damaligen Anstaltskaufmanns hatte er verschiedene Hilfstätigkeiten im Zusammenhang mit dem zweimal monatlich stattfindenden Basar-Einkauf zu erbringen. Mit Verfügung vom 02.06.2003 löste die Anstaltsleitung G. von dieser Tätigkeit ab, da er versucht haben soll, eine Stange Tabak zu stehlen. Sich keiner Schuld bewusst, klagte er sich durch alle Instanzen, und wurde Ende November 2005 wieder als Einkaufshelfer eingesetzt. Dem ging u.a. ein Verfahren vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe (Az.: 7 Ca 327/05) voraus, welches mit einem Vergleich endete.

Aber Herr G. wollte den ihm entgangenen Verdienst ersetzt bekommen, weshalb er das Land Baden-Württemberg auf Schadensersatz vor dem Zivilgericht verklagte. In erster Instanz unterlag er 2006, da die Zivilkammer keine Amtspflichtverletzung erkennen wollte. Hiergegen legte G. Berufung zu OLG ein. Zwischenzeitlich erging am 27.12.2007 noch eine Entscheidung des von Fritz G. angerufenen Bundesverfassungsgerichts (Az.: 2 BvR 1061/05) in welcher sich das Gericht zur Frage der Verantwortlichkeit der Anstalt bei Verwendung von Gefangenen in Privatunternehmen ausführlich äußerte und der Verfassungsbeschwerde stattgab. (<http://www.bverfg.de>)

Mit Urteil vom 06.08.2009 billigte jetzt das OLG Karlsruhe dem Gefangenen 960 Euro, zzgl. Zinsen zu, betonte jedoch ausdrücklich, daß nicht jede unrichtige Rechtsanwendung durch Gefängnisbeamte eine schuldhafte Amtspflichtverletzung darstelle. Denn solange einer getroffenen Entscheidung eine sorgfältige und gewissenhafte Prüfung vorausgehe, die dann getroffene Entscheidung "des Amtsträgers als rechtlich vertretbar angesehen" werden könne, scheide ein Schadensersatzanspruch aus. Denn nur weil etwa strafvollzugsgerichtliche Entscheidungen eine Verfügung der JVA missbilligten und aufheben, folgte hieraus noch kein zivilrechtlich relevanter Schuldvorwurf.

Deshalb erhielt Herr G. auch nicht die insgesamt geforderten knapp 1900. Euro für die Gesamtdauer der Nicht-Verwendung als Einkaufshelfer, sondern nur die erwähnten 960 Euro für einen Teil des Zeitraums. Der ungerechtfertigte Vorwurf des versuchten

Diebstahls belastete die Vollzugssituation des Fritz G. über Jahre. Es waren damit befasst: Landgericht (Zivilkammer und Strafvollstreckungskammer), das Amtsgericht (dort wurde er freigesprochen), das Oberlandesgericht (Strafsenat und Zivilsenat), das Bundesverfassungsgericht, das Arbeitsgericht. Ein Prozessmarathon von 6 1/2 Jahren, der viel Geduld und Nerven abverlangte. Und hätte Herr G. nicht eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen und deshalb genügend Zeit, um alles durchzustehen, wäre das vielleicht im Nichts geendet.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA-Z. 3113,
Schönbornstrasse 32,
D-76646 Bruchsal

<http://www.freedom-for-thomas.de>
<http://www.freedomforthomas.wordpress.com>

News um die 129a/b **Schauprozesse in** **Düsseldorf und Stammheim**

Aktion des Freiheitskomitees beim **Kölner Dom in der 34. Woche**

Vor ungefähr 11 Monaten wurden die Vorsitzende der Anatolischen Föderation Nurhan Erdem, sowie die beiden Mitglieder Cengiz Oban und Ahmet Istanbulu in Deutschland verhaftet.



Die Behörden führen Ermittlungen nach den Terrorismusparagrafen §§129a und b durch. Die Anatolische Föderation ist mit ihren Vereinslokalen und Kulturzentren in sämtlichen Städten Deutschlands seit Jahren aktiv und amtlich eingetragen. Sie bietet vor allem Menschen aus der Türkei soziale, politische und kulturelle Kontaktmöglichkeiten. Ohne konkrete Beweislage werden alle drei in verschiedenen Gefängnissen unter schweren Isolationsbedingungen gehalten. Besuchsrechte werden massiv eingeschränkt, der Postverkehr wird stark kontrolliert und verlangsamt.

Das Freiheitskomitee hält wöchentlich Samstag vor dem Dom in Köln eine Kundgebung ab, um für die Freilassung der drei Gefangenen einzutreten. Diese Woche fand die Aktion zum 34. Mal statt. PassantInnen wurden vor allem dazu aufgerufen, Postkarten bzw. Briefe an die Gefangenen zu schicken.

Die Adressen der Gefangenen lauten:

Nurhan ERDEM
JVA Köln
Rochusstraße 350
D-50827 Köln

Cengiz OBAN
JVA Bochum
Krümmede 3
D-44791 Bochum

Ahmet İSTANBULLU:
JVA Wuppertal
Simonshöfchen 26,
D-42327 Wuppertal

Die Nächsten bitte... Neue §129b- **Anklagen gegen türkische Linke**

Die Bundesanwaltschaft hat am 6. Oktober 2009 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf Anklage gegen den 40 Jahre alten Ahmet I. und den 36 Jahre alten Cengiz O. wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz (§ 129a Abs. 1, § 129b Abs. 1 StGB, § 34 Abs. 4 AWG) erhoben.

Cengiz Oban wurde zusammen mit Ahmet Istanbulu und Nurhan Erdem am 5. November 2008 mit dem Vorwurf Mitglieder der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) zu sein, verhaftet. Konkret wird ihre Tätigkeit in der Anatolischen Föderation e.V. zum Anlass genommen, sie zu kriminalisieren und wegzusperrn. Dieser eingetragene Verein organisiert türkischen MigrantInnen über kulturelle Aktivitäten und Tätigkeiten wie Veranstaltungen, Demonstrationen und Presseerklärungen. Dabei geht es dem Verein beispielsweise darum, türkische Menschen hier über die Agenda 2010 und die Ausländergesetze zu informieren. Darüber hinaus organisieren sie auch die Solidarität mit §129b-Kriminalisierten.

Laut BAW seien die Angeschuldigten hinreichend verdächtig, seit Inkrafttreten des § 129b StGB am 30.08.02 als hochrangige Führungsfunktionäre der "Rückfront" der DHKP-C in Europa Mitglieder der terroristischen Vereinigung zu sein, die innerhalb der Organisation in der Türkei besteht. Als solche sollen sie sich bereits seit Mai 2002 bis zu ihrer Festnahme an Maßnahmen beteiligt, deren Zweck es war, der von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung gelisteten DHKP-C Gelder, sonstige finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Gegen Nurhan Erdem, die mit den beiden anderen zusammen verhaftet wurde, wird, laut Aussage der BAW weiter ermittelt.

Carsten Ondreka

§129b- Gefangene: Isolation verschärft **- Schikanen gegen die Solibewegung**

"Das ist weiße Folter, mit dem Ziel uns zu zermürben" schreibt Faruk Ereren, ein türkischer §129b-Gefangener, gegen den zur Zeit vor dem OLG in Düsseldorf prozessiert wird, im September aus dem Knast heraus an einen Bekannten.

Dies war die Reaktion auf einen abgelehnten Besuchsantrag, den eine Frau aus der Prozessbeobachtungs-Gruppe gestellt hatte. Insgesamt sind mindestens drei Anträge auf einen Gefängnisbesuch bei ihm abgewiesen worden. Faruk Ereren, der schon in der Türkei nach der Zeit des letzten Militärputschs jahrelang im Gefängnis saß, gefoltert und mit Scheinhinrichtungen bedroht wurde und seit dieser Zeit nachwirkende psychische Folgeschäden mit sich herumschleppt, ist seit längerer Zeit fast vollständig von der Welt außerhalb seiner Gefängniszelle abgeschnitten. Seit Monaten hat er nur mit seinem Anwalt und nahen Verwandten sprechen können. Er ist ansonsten 23 Stunden am Tag isoliert. "Ich bin zur Zeit ganz allein auf meiner Zelle. Der Inhaftierte mit dem ich pro Woche zweimal zwei Stunden zusammen sein konnte, ist verlegt worden. Ich habe deshalb Umkleeschluss mit einem anderen Genossen beantragt, aber das Gericht hat darüber noch nicht entschieden. Darum bin ich jetzt seit zwei Monaten allein..." schreibt er weiter. Der regelmäßige Umschluss war ein Zugeständnis, das seiner gesundheitlichen Situation geschuldet war. Nun scheint diese notwendige Erleichterung das Gericht nicht mehr zu interessieren. Die Isolation wird noch dadurch verschärft, dass Briefe von solidarischen Freunden, wie dem türkischen TAYAD-Vorstand und Rechtsanwalt Behic Asci angehalten werden. Auch von ihm verfasste Briefe wurden schon beschlagnahmt. Die Summierung all dieser Repressionsmaßnahmen lassen für ihn dann auch nur den Schluss zu, dass es sich im Gesamten um ein "umfangreiches Isolationsprogramm" handelt.

Mit kleineren individuellen Abweichung sind die Bedingungen für die anderen linken türkischen §129b-Gefangenen identisch. Auch Nurhan Erdem, Cengiz Oban und Ahmet Istanbulu sitzen unter Isolationshaftbedingungen. Ihnen wird ebenfalls die Mitgliedschaft und Unterstützung der DHKP-C vorgeworfen. Ihr Prozess wird demnächst, ebenfalls vor dem OLG Düsseldorf beginnen. Nurhan Erdem wurde wie Faruk Ereren der Besuch von solidarischen Freunden verwehrt. Bisher können sie nur zwei Verwandte besuchen.

Es ist erschreckend, mit welcher simplen Begründungen Besuchsverbote bei den türkischen Gefangenen ausgesprochen werden. Menschen, die Prozesse besuchen und/oder Informationsarbeit zu den Verfahren betreiben, geraten sofort unter den Verdacht der "konspirativen Verbindung mit Führungskadern der DHKP-C". Solche Luftblasen scheinen mittlerweile auszureichen, um Besuche bei §129b-Gefangenen zu verhindern. Es bestünde die Gefahr der verdeckten Nachrichtenübermittlung durch die Besucher_innen. Die Redaktion des Gefangenen Infos weiß zumindest von 2 Mitgliedern aus Solidaritätszusammenhängen, deren Besuchsanträge bei §129b-Gefangenen abgelehnt wurden. Der Generalbundesanwalt, der für die Anträge zuständig ist, begründet diese Ablehnungen mit dem Hinweis auf die

Verbindung der Antragsteller_innen zu türkischen Genoss_innen und der Mitarbeit in Antirepressionsgruppen, die nicht rein deutsch besetzt sind. Offensichtlich soll jeder praktische Ausdruck internationaler Solidarität gegen die Kriminalisierung internationaler Befreiungsbewegungen behindert und sollen die Genoss/-innen eingeschüchtert werden.

Die Tatsache, dass es zu den §129b-Prozessen eine kritische Öffentlichkeit gibt, scheint der Bundesanwaltschaft und dem Oberlandesgericht in Düsseldorf in besonderer Art und Weise zu irritieren. Das zeigte sich schon beim martialisches Polizeieinsatz am ersten Verhandlungstag bei dem mehrere Prozessbeobachter_innen verletzt wurden. Nirgends wird die Aversion gegen diejenigen, die den Prozess kritisch beobachten, deutlicher, wie im Düsseldorfer Verfahren.

Mittlerweile geht das Gericht auch gegen Print- und Onlinemedien vor. In den letzten Wochen trudelten beim Onlineinfoportal "Scharf-Links" sowie dem "Gefangenen Info" Verleumdungsklagen ein. Diese werden durch eine falsche, aber doch nebensächliche Tatsachenbehauptung in einem Prozessbericht der Prozessbeobachtungsgruppe begründet. Im Artikel "Blind in Beugehaft", der mit Rote Hilfe e.V. OG Mönchengladbach-Düsseldorf unterschrieben ist, wird behauptet, dass der Vorsitzende Richter Klein die Sommerpause mutwillig verlängert hätte, um den damals in Beugehaft sitzenden blinden Nuri Eryüksel länger schmoren zu lassen. Diese Anschuldigung weist das Gericht zurück und kann dies wohl auch belegen.

Ungeachtet dieser wohl nachweislich falschen Tatsachenbehauptung ist es doch eher unüblich, gleich mit einer Verleumdungsklage zu reagieren. Die presserechtlich Verantwortliche von "Scharf-Links" betonte auf Nachfrage, dass der übliche Weg des Gerichts und des BAW eigentlich darin hätte bestehen müssen eine Gegendarstellung einzufordern oder eine kostenpflichtige Unterlassungsklage anzustrengen. Beides sei nicht geschehen. Im Gegenteil: Die "Scharf Links"-Verantwortliche war ohne Angabe von Gründen zum Staatsschutz vorgegangen worden. Dort wurde ihr der Sachverhalt erklärt. Nach ihrem Eindruck soll durch das martialische Auftreten der Justiz die interessierte Öffentlichkeit, zu der ja auch Online- und Printmedien gehören, eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Es sei kaum abzusehen, welche Folge dies für die weitere Berichterstattung von §129 a & b -Prozessen hat. Als Redakteurin und presserechtlich Verantwortliche sieht sie eine Tendenz in Richtung Zensur von unliebsamer Medienberichterstattung. Ähnlich äußerte sich auch die Redaktion des Gefangenen Info's, denen bisher keine Akteneinsicht gewährt wurde. Deshalb konnte die Redaktion nur bestätigen, dass es sich bei dem inkriminierten Artikel um den selben dreht wie bei "Scharf-Links". Er muss davon ausgegangen werden, dass es sich auch um die gleiche Passage im Text handelt. Auch weil diese Passage des Artikels im "Mauerfall", einem seit zwei Jahren existierenden Plattformmedium für Gefangene, vor der Weitergabe an Faruk Erenen zensiert wurde.

Es scheint so zu sein, dass der Vorsitzende Richter Klein gerne mehr als nur diese Lapalie zensiert hätte. Da aber ein Ausschluss der Öffentlichkeit in einem nach außen bekundeten "demokratischen Rechtsstaat" wie in Deutschland nicht vorgesehen ist, muss das Oberlan-

desgericht Düsseldorf, die Bundesanwaltschaft und auch der Staatsschutz damit leben, dass auch unliebsame Wahrheiten aus dem Prozess nach außen dringen. Wie zum Beispiel die Tatsache, dass der größte Teil des Belastungsmaterials gegen Faruk, wie auch gegen die anderen Angeklagten in den verschiedenen §129b-Verfahren gegen türkische Linke in Deutschland, auf Materialien und V-Leuten des türkischen Staatsschutzes basieren. Dazu gehören auch Foltergeständnisse, die um den Schein zu wahren, nicht in die Urteile einfließen, aber wie in Stammheim erlebt "zum Gesamtbild beitragen".



Am bisher letzten Verhandlungstag kündigte das Gericht an, beim nächsten Gerichtstermin gegen Faruk Erenen Ende Oktober einen eigenen Vorschlag zur Abkürzung des Verfahrens zu machen. Dies kann darauf hinaus laufen, dass dem Angeklagten, ähnlich wie im Stammheimer §129b-Prozess, ein vielleicht sogar vorformuliertes Teilgeständnis nahe gelegt wird. Was geschieht, wenn Faruk sich nicht auf diesen Deal einlässt, bekommen er und diejenigen, die versuchen, für ihn Öffentlichkeit herzustellen, jetzt schon zu spüren. Auf was der Vorschlag des OLG Düsseldorf letztendlich hinausläuft wird sich erst beim Gerichtstermin am 28.10. zeigen. Festzustellen bleibt, dass die deutsche Justiz wie im Stammheimer Prozess versucht, die im Vorfeld schon traumatisierten und/oder anderweitig erkrankten türkischen Gefangenen durch ständige Schikanen und Isolationshaftbedingungen so müde zu machen, dass sie einem solchen Deal zustimmen.

Carsten Ondreka

Zensur...!

Betrifft MF No. 21 Juli/August

Ich habe den Mauerfall No.21 für Juli/August 2009 erhalten. Aber mit Zensur!

Auf der Seite 11 ist bei dem Bericht „Blind in Beugehaft“ ein Satz geschwärzt worden. Wer das gemacht bzw. angeordnet hat – ich weiß es nicht. Bis heute bekam ich keinerlei Beschluss oder gerichtlichen Bescheid über diese Maßnahme im Falle der Zensur des Mauerfalls. Aber es erreichte mich ein Zensurbescheid für einen ähnlichen Artikel im 'Gefangenen-Info'.

Dies nur als Info. Danke schön für das Berichten über meinen Prozess, Deinen Brief und die Nachrichten.

Solidarische Grüße, Kraft und Gesundheit:

Faruk Erenen,
z.Zt. Ulmer Str. 95
40476 Düsseldorf

Interview

Die Verantwortlichen sind beim Namen zu nennen!

Interview mit Ellen von der Prozess-Beobachtungsgruppe Düsseldorf über Repression und Widerstand

Die Solidaritätsbewegung mit politischen Gefangenen ist immer wieder Repressionen ausgesetzt. Dies betrifft im Moment wieder Menschen, die sich zu der Kriminalisierung türkischer Genoss_innen durch den §129b verhalten und sie im Knast besuchen wollen. Wir wissen von mindestens 2 Aktivist_innen, deren Besuchsanträge bei §129b-Gefangenen abgelehnt wurden. Offensichtlich soll jeder praktische Ausdruck der Solidarität behindert werden. So bestehen Besuchsverbote bei Faruk Erenen, Mustafa Atalay und Nurhan Erdem. Dass es nicht bei der Ablehnung von Besuchsanträgen bleibt, zeigt das folgende Interview.

GI: Am 31.08. hast du mit anderen Freunden zusammen vor dem türkischen Generalkonsulat in Düsseldorf spontan eine Mahnwache für die Freilassung von Güler Zere veranstaltet. Dort bist du gezielt vom Staatsschutz angesprochen worden. Kannst du uns sagen, wie das abgelaufen ist?

Ellen: Aufgrund der sich weiter verschlechternden Situation der krebserkrankten türkischen politischen Gefangenen Güler Zere entschlossen wir uns zu einer Mahnwache. Nur drei Minuten nachdem wir uns aufgestellt hatten, tauchte der Staatsschutz auf. Nach einem verbalen Geplänkel wurde mir von einem Staatsschützer mitgeteilt, dass sie „nicht mehr [meine] Freunde“ seien. Auf meine Erwiderung hin, dass ich sie nicht kenne, sagte einer von ihnen wortwörtlich: „Aber wir kennen Sie und verschiedene Aktionen, bei denen Sie waren. Wenn Sie uns nicht vor Ihren Aktionen informieren, können wir Sie auch nicht schützen!“.

GI: Das klingt ziemlich bedrohlich. Wie hat das Vorgehen der Staatsschützer auf dich gewirkt?

Ellen: Bedrohlich für mich war die Erkenntnis, dass es beim Staatsschutz Leute gibt, die mir sagen können, wann ich wo bei welcher Aktion war und sich im selben Atemzug als meine „Freunde“ bezeichnen. Wenn ich dann daran denke, dass die deutsche Polizei und Justiz rechten Totschlägern ihre nahezu wöchentlichen Aufmärsche ermöglicht, ergreift mich die nackte Wut! Der Staatsschutz hat durch seine Leute bei den Rechten das NPD-Verbot verhindert. Dieselbe Behörde stellte sich also uns in den Weg, als wir auf eine sterbende in der Türkei inhaftierte Marxistin aufmerksam machten! Und dann geben diese Staatsschützer vor, mich „schützen“ zu wollen!

GI: Dazu kommt ja noch die Ablehnung deines Besuchsantrags bei Faruk Erenen, der zur Zeit mit einer 129b-Anklage in Düsseldorf vor Gericht steht. Wie wurde diese Ablehnung begründet?

Ellen: Der Vorsitzende Richter Klein begründete die Ablehnung meines Besuchsantrages folgendermaßen: „Die beantragte Besuchserlaubnis ist zu versagen, weil ein Besuch (...) bei dem Angeklagten, den Zweck der Untersuchungshaft gefährden könnte.“ Es wird eine unkontrollierte Kommunikation zwischen Faruk

und mir gefürchtet, was lächerlich ist, denn zwischen mir und Faruk ist eine Trennscheibe. Man kommuniziert über Telefonhörer, und dabei sitzen zwei Beamte!

GI: Welche gesundheitlichen Folgen hatte die U-Haft bisher für Faruk Ereren?

Ellen: Faruk Ereren ist seit dem 7. April 2007 in Untersuchungshaft, also unter Isolation. Die Isolationshaftbedingungen von Faruk Ereren stellen für ihn eine ganz heimtückische Folter dar, denn Faruk Ereren wurde in der Türkei, zur Zeit des Militärputsches dort, so sehr gefoltert, dass er nunmehr paranoid ist. Ein weiterer Verbleib von Ereren in U-Haft ist schon allein aus menschenrechtlicher Sicht nicht zu verantworten. Isolationshaft hat weitere Folgen wie zum Beispiel, erhebliche Beeinträchtigung der Wahrnehmung und der kognitiven Leistungsfähigkeit, was insbesondere im Hinblick auf Gerichtsverfahren-Strafverteidigung Probleme schafft. **DAFÜR SIND LEUTE WIE RICHTER KLEIN AM OBERLANDESGERICHT DÜSSELDORF VERANTWORTLICH.** Den Richtern dort wäre es am liebsten, wenn sie die Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit führen könnten, denn es ist ein politischer Prozess, und als Beweismittel greift der 2. Strafsenat am OLG auf Quellen zurück, die fragwürdiger Herkunft sind. Bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden dürfen nach geltender Rechtslage keine unter Folter herbeigeführten Aussagen in deutsche Strafverfahren einfließen. Im Faruk-Prozess finden sich aber in den rund 100 Aktenordnern zahlreiche Foltergeständnisse!

GI: Welche Möglichkeiten siehst du, gegen die Behinderung und Kriminalisierung der Soliarbeit vorzugehen?

Ellen: Vor allem sollte das Vorgehen öffentlich gemacht werden. Das strikte Verbot, Foltergeständnisse zu verwenden, muss eingehalten werden. Menschenrechtsfragen und die Auswirkungen staatlicher Repression gehören ins Rampenlicht. Die dafür verantwortlichen Richter, Staatsanwälte etc. sind beim Namen zu nennen. Es ist die einzig vernünftige Antwort auf die Versuche, uns zu kriminalisieren! Gemeinsam mit der "Plattform für die Freilassung von Mustafa Atalay" ist es uns gelungen, die Mauer des Schweigens zum Prozess in Düsseldorf zu durchbrechen. Wir müssen weiterhin u.a. die Zusammenarbeit mit solidarisch handelnden Politiker_innen, Intellektuellen und MenschenrechtsaktivistInnen ausbauen und immer wieder auf uns und die Gefangenen aufmerksam machen.

Name von der Redaktion geändert

Paul Brune bei Wuppertaler Veranstaltung gegen Knastbeubau



Proteste gegen den neuen Jugendknast in Wuppertal

Knäste zu Grünflächen!

Als Festival war eine Veranstaltung vom 12.09 gegen den beabsichtigten Bau eines neuen Jugendgefängnisses in Wuppertal angekündigt.



Wir kamen an mitten im Wald. Allerdings war da schon eine Schneise neben der Straße. Das bildete einen kleinen Platz. Dahinter eine Drahtzaun-Absperrung mit Schildern über das Bauvorhaben. Von da aus sah man zwischen den Bäumen ein Zelt und Menschen. Ich hatte mehr Öffentlichkeit erwartet, hatte gedacht, zumindest die Musik würde junge Leute anlocken. Aber viel mehr als 200 Aktive aus politischen Bewegungen werden nicht dort gewesen sein. Das mag auch daran liegen, dass das Grundstück außerhalb des Wuppertaler Vorortes Ronsdorf liegt. Naja, in Köln kriegen wir oft an zentraleren Orten nicht so viele Leute auf die Beine.

Als erstes machten wir einen gemeinsamen Spaziergang zur Baustelle. Das heißt wir waren auf einem kleinen Trampelpfad in einer typischen Waldlandschaft, direkt neben uns aber der Draht-Baustellenzaun und kein Wald mehr. Zuerst kamen zwei leer stehende Gebäude in Sicht. Dort war vorher eine Bundeswehrverwaltung. Die Häuser sollen abgerissen werden. Aber in diesem vorderen Bereich sollen nach dem Willen der Planer eine Polizeistation und eine Justizvollzugsschule angesiedelt werden. Es ging noch eine ganze Strecke weiter leicht bergab. Dann kam das Ende eines Zufahrtsweges, und, oh Wunder, da war der Zaun nicht dicht. Man konnte die "Tür" öffnen. "Oh, wir sind eingeladen!" hieß es. Schwupp, waren wir auf dem Gelände und auf der Straße, die wenige Meter vom Bauzaun parallel zu diesem verlief.

Klar, nach 200 Meter oder so kam uns ein Bullenwagen entgegen. Einige waren schon an dem vorbei, bis gesagt wurde, wir sollten alle zurück, wir hätten auf dem Gelände nichts zu suchen. Während welche erklärten, dass das Tor doch offen sei, dass man auch ein öffentliches Interesse habe sich mal anzusehen, was hier los sei, gingen die, die schon hinter dem Wagen waren, weiter. Die Straße führte noch etwas vorwärts, machte dann eine Biegung. Weiterhin ein Zaun links, diesmal das abge-

sperrte Gebiet selbst in zwei Teile trennend. Hinter dem Zaun war eine steile Böschung. Doch der Zaun hatte eine Lücke. Und diese führte auf eine regelrechte Aussichtsplattform. Viel tiefer gelegen eine große planierte Fläche, auf der Baukräne standen und schon Strukturen zu sehen waren, verschiedene Rechtecke und eine nicht völlig gerade Begrenzungslinie. Leider hatte keine/r der bis dort hin Vorgehenden eine Kamera bei sich. Nun ja, auch die, die diese Aussicht hatten, ohne sie "genießen" zu können, machten sich dann auf den Rückweg. Es gab keinen weiteren Stress mit der Polizei und dem Wachpersonal.

Als alle wieder draußen waren, hielt Paul Brune einen spontanen Vortrag über Bunker, in denen Gefangene gequält worden waren und weiterhin werden. Die meisten gingen noch von außen am Zaun entlang bergab. Als dann etwas Sicht auf das Baugrundstück möglich war, bot das weniger Überblick als von der "Aussichtsplattform". (siehe Foto) Aber immerhin, wer wollte, konnte sehen, wie die Ausgrenzer in die Landschaft hinein ein großes Wegsperrareal für Jugendliche setzen wollen.

Nach Rückkehr am Zelt fing die Veranstaltung an. Formen der Repression gegenüber Jugendlichen, die Kontinuität derselben und die teilweise Ähnlichkeit der Formen sollten von Betroffenen geschildert werden. Eingeladen waren Paul Brune, Stewo und zwei jüngere Ex-Gefangene, wobei letztere aber wegen Arbeit nicht kommen konnten. Gerhard war mit Flugblättern angereist, auf denen er seine Erfahrung mit Jugendknast zusammengefasst hatte, auf deren anderer Seite Werbung für die Knastdemos in Aachen und Rheinbach gemacht wurde. Er wurde auch ans Mikro gebeten.



Paul Brune berichtete, dass er während des Nazi-Regimes aufgrund einer tragischen Familiengeschichte erst in ein Waisenhaus und dann in eine Kinderpsychiatrie bzw. mörderische "Heilanstalt" eingesperrt worden war, dass er dies nur knapp überlebte, während viele um ihn herum starben, teilweise durch Hunger, teilweise durch gezielte Vernichtung. Als psychisch krank abgestempelt war auch das offizielle Ende der Nazis für ihn keine Befreiung. Er schilderte einen langen Weg der Diskriminierungen, der nicht einmal endete, als er sich dann spät doch die vorenthaltene schulische Bildung erstritten und studiert hatte.

Stewo konzentrierte seine Darstellung auf die Erfahrung mit "Fürsorgeerziehung". Seiner Mutter war angedroht worden, den als unerziehbar geltenden zwangsweise in ein Heim einzuweisen, wenn sie nicht "freiwillig" zustimme. Er berichtete von schwerer Zwangsarbeit, u.a. in der Landwirtschaft, und von brutalen Sanktionen, wenn man innerhalb eines "Punktesystems" sein Soll an Arbeit und Unterwerfung nicht geleistet hatte. Man wurde am Wochenende in einen Bunker weggesperrt, wie man sie auch in

Knästen kennt. Er sei mehrmals geflohen, aber nach einiger Zeit immer wieder aufgegriffen worden. Im Zusammenhang mit diesen Fluchtzeiten bezog er sich auch auf die "Randgruppenstrategie" eines Teils der Linken der frühen 70er, auf öffentliche Auseinandersetzung mit den Zuständen in "Fürsorge"-heimen, Unterkunftsmöglichkeiten für flüchtige Jugendliche. Er aber hatte auf der Flucht andere Strukturen gefunden, u.a. bei Sinti-Gruppen. Als seiner Mutter bewusst wurde, was für ein Terror in den Heimen herrschte, habe sie mit dazu beigetragen, dass er da raus kam. Danach hat er sich zeitweilig in politischen Selbsthilfe-Projekten gegen diese Formen der Repression gegen Jugendliche engagiert.

Gerhard schilderte kurz seine Erfahrung mit Jugendknast (siehe Flugblatt). Parallelen zu dem, das sich "Fürsorgeerziehung" nannte, waren erkennbar. Stewo fragte dann noch nach Gerhards Erfahrungen, Widerstand im Erwachsenenknast anzukurbeln. (Was dieser gern aber kurz beantwortet, da es das Thema ja etwas sprengte)
Stewo und der moderierende Wuppertaler Genosse versuchten dann noch, die Beziehung zur Gegenwart und zum Anlass des "Festivals" herzustellen. Es sei offensichtlich, dass hier kein panoptisches Gefängnis mehr gebaut werde, sondern dass einzelne Häuser mit Wohngruppenvollzug geplant seien. Die bedeute aber nicht weniger Kontrolle und Repression. Die nebeneinander bestehenden kleineren Gruppen erschweren Zusammenschluss und Revolten. Die Repression wird kleinteiliger und raffinierter durchgeführt. Man solle weiterhin versuchen, die Fertigstellung des Baus zu verhindern. Oder sie zumindest teuer werden lassen.

Ich empfand es als schade, dass bei der Veranstaltung fast nur Vortrag war und es nicht zu wechselseitiger Kommunikation kam. Allerdings war dort halt nur "linke Szene". d.h. die, die dort waren, wussten schon, warum sie teilnahmen, taten das gezielt als Protestaktion gegen den Bau. Danach noch ein paar Stunden Musik und informelle Gespräche außerhalb des Zeltes. Es scheint kein zusätzliches "Massenpublikum" hinzu gestoßen zu sein. Ich habe das nicht bis zum Schluss mitgekriegt, da es bald Mitfahrgelegenheit in einem Kölner Wagen gab.

Ute
AKP Köln

Jugendknast und kein Ende (Flyer, ähnlich Redebeitrag bei Veranstaltung)

Wir sind heute hier, weil wieder mal ein neuer Jugendknast gebaut werden soll. Ich gehöre zu denen, die selbst mal unter Jugendknast zu leiden hatten.

1972 wurde ich wegen 5 Gramm Shit zu 9 Monaten Jugendknast verurteilt. Die damalige Verhandlung hat sich wie ein Film in mein Gedächtnis eingebrannt. Der Staatsanwalt zeigte in der Verhandlung Fotos von Herointoten in München und faselte davon, dass Shit die Einstiegsdroge sei und sprach von General- und Spezialprävention. Ich saß nur da und dachte "die spinnen". Schließlich ging es um 5 Gramm Shit und nicht um ein Kilo H. Nach 2 Stunden machten sie dann kurzen Prozess und schickten mich 9 Monate in den Knast.

Ich kam nach Niederschönenfeld (Bayern), landete dort in einem der damals üblichen 8-Mann-Säle. Wie so üblich wurde ich am ersten Abend vom "Saalchef", einem 20-jährigen Kleiderschrank, der im Hauptberuf Zuhälter war, verge-

waltigt, d.h. anal penetriert. Während der ganzen Prozedur dachte ich an die selbstgerechten Gesichter des Staatsanwalts und des Richters, die mich in diese Lage gebracht hatten. Die ganze Vergewaltigung hatte wie üblich nix mit Sexualität zu tun. Es ging dem "Saalchef" darum, seine Position zu zementieren. Mir geht's hier nicht darum, die Gewalt unter Gefangenen, die es grade im Jugendknast sicherlich gibt, zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen. Meine Anklage richtet sich gegen das System Jugendknast, das nicht nur Gewalt unter den Jugendlichen fördert, sondern selbst gewalttätig ist. Auf die Gewalt der Institution will ich nun eingehen.

Als Ersttäter "durfte" ich als Freigänger bei einem benachbarten Bauern in dessen Champignonzucht arbeiten. Ein sehr fragwürdiges Vergnügen. Da eine Scheune grade umgebaut wurde, mussten wir den ganzen Tag Bauschutt mit der Schubkarre wegbringen. Es war Winter und arschkalt und wir hatten nicht mal Handschuhe. Ich hab furchtbar gefroren. Nach ein paar Tagen bin ich dann während der Mittagspause einfach in den Wald abgehauen. Nach einem Tag hatten mich dann die Bullen im Wald aufgespürt und nach Niederschönenfeld zurück gebracht. Im anschließenden Disziplinarverfahren bekam ich dann 4 Wochen verschärften Arrest. Arrest, das bedeutet Unterbringung in einer total kahlen Zelle im Keller. Verschärfter Arrest bedeutete, dass dir die Matratze weggenommen wird. Du musst auf einem harten Holzbrett schlafen und bekommst nur zwei Decken. Außerdem erhältst du kein normales Essen, sondern nur morgens einen so genannten Kaffee (der mit dem Heißgetränk gleichen Namens nichts zu tun hat) und 3 Scheiben Brot. Abends gibt es dann sogenannten Tee und 3 Scheiben Brot. Hofgang entfiel ebenso. Jeder dritte Tag war dann normaler Arresttag. D.h. 2 Tage verschärft, 1 Tag normaler Arrest. Ansonsten hättest du die 4 Wochen gar nicht durchstehen können. Nach dieser Zeit konnte ich mich kaum noch bewegen. Der ganze Körper schmerzte einfach. Der verschärfte Arrest wurde mit der Einführung des Strafvollzugsgesetzes zwar abgeschafft, aber die Justiz hat immer noch genug Möglichkeiten, Gefangene zu quälen. Deshalb stehe ich heute mit Euch hier.



**Weg mit allen Knästen!
Und mit den Jugendknästen
fangen wir schon mal an.**

Gerhard
Autonomes Knastprojekt Köln



Anderswo – trotzdem nah

Mumia-Gruppe Köln gegen Todesstrafe im Allgemeinen und Besonderen

Die „Stimme der Unterdrückten“ braucht jetzt weltweite Solidarität

Mumia Abu-Jamal, ehemaliges Mitglied der Black Panther Party, sitzt seit 1982 in der Todeszelle. Er wurde am 9. Dezember 1981 in Philadelphia unter dem Vorwurf eines Polizistenmordes verhaftet. Fest steht nur, daß er seinen Bruder Billy Cook in einer Verkehrskontrolle vor Mißhandlungen des weißen Polizisten Daniel Faulkner schützen wollte. Am Ende der bis heute nie wirklich geklärten Auseinandersetzung lagen Mumia Abu-Jamal und Polizist Faulkner schwerverletzt auf dem Bürgersteig, der Schütze floh unerkannt vom Tatort. Faulkner erlag seinen Verletzungen, die Staatsanwaltschaft erklärte den stadtbekanntem Polizeikritiker und politischen Aktivistin Mumia Abu-Jamal noch in der Nacht zum Täter. Konstruierte Beweise und erpreßte Falschaussagen lieferten im Juli 1982 das angestrebte Todesurteil nach.

Schon zweimal - 1995 und 1999 - konnte seine Hinrichtung durch starke internationale Proteste verhindert werden. Nun droht ihm erneut die Hinrichtung.

Mumia Abu-Jamal kämpft seit 1995 für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Der Oberste Gerichtshof der USA hat diesen Antrag am 6. April 2009 ohne jegliche Begründung abgelehnt. Nun geht es nach der Gerichtssommerpause ab Oktober nur noch um die Frage, ob sich die Staatsanwaltschaft mit ihrem fanatischen Hinrichtungswillen durchsetzt oder der Oberste Gerichtshof anordnet, daß in einem neuen Juryprozess wenigstens noch über das Strafmaß neu verhandelt wird. Folgt der Oberste Gerichtshof der Staatsanwaltschaft, wird es erneut einen Hinrichtungsbefehl geben.

Warum unterstützen wir Mumia Abu-Jamal?

- Wir wissen um den **Rassismus**, der eine der Grundlagen aller europäisch geprägten Gesellschaften seit Beginn der Kolonialzeit bildet. Historisch betrachtet ist jedoch jedes Imperium irgendwann untergegangen!
- Wir wissen um die **Zwangsarbeiten**, auf denen bis heute der Lebensstandard von Teilen dieser Gesellschaften gegründet ist. Der gefängnis-industrielle Komplex wird ähnlich wie in den USA auch hier zum neuen "Soziallösungsmodell" werden, wenn wir dem nicht entschlossenen Widerstand entgegen setzen. Kein Knast steht ewig!
- Und wir wissen um die **Todesstrafe** in den USA. Diese ist das stärkste Instrument der Einschüchterung gegenüber der Bevölkerung. Sie ist ein Garant der als unabänderlich erscheinenden Zustände und soll Abschreckung bewirken.

In den Todestrakten der USA sitzt kein Reicher. Fast die Hälfte sind Afro-Amerikaner. Dazu



Frühere Etappe der Bewegung:

Als kleiner Beitrag zur Kampagne 1995 Hauswand-Demo vom Kollektiv Anti-Knast-Werkstatt, ehemaliges Wohn- und Arbeitsprojekt des AKP. Es ging auch, aber nicht nur, um Mumia Abu Jamal.

Pressemitteilung der Internationalen Liga für Menschenrechte

Lebensretter freigesprochen!

Stellungnahme des Liga-Vorstands zum Urteil im Fall Cap Anamur vom 7. 10. 2009

Stefan Schmidt, früherer Kapitän der „Cap Anamur“, wurde heute zusammen mit dem Journalisten und ehemaligen Vorsitzenden des Hilfskomitees „Cap Anamur“, Elias Bierdel, und dem ersten Offizier des Schiffes, Vladimir Daschkewitsch, von einem Strafgericht in Agrigent (Sizilien) freigesprochen. Die Angeklagten hatten im Juni 2004 insgesamt 37 Menschen gerettet, die als Flüchtlinge vor der italienischen Küste in Seenot geraten waren. Die italienische Staatsanwaltschaft hatte den drei Lebensrettern in einem skandalösen Strafverfahren deshalb „bandenmäßige Beihilfe zur illegalen Einreise in besonders schwerem Fall“ vorgeworfen.



Der Vorstand der Internationalen Liga für Menschenrechte hat diese Freisprüche mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen. Für die Rettungstat zeichnet die Liga Kapitän Schmidt mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille aus, die anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte (10.12.) am 13.12.09 in Berlin im Haus der Kulturen der Welt verliehen wird. Zusammen mit Stefan Schmidt wird Mouctar Bah geehrt. Er hat sich intensiv für die Aufklärung der Umstände des qualvollen Verbrennungstodes seines Freundes Oury Jalloh im Dessauer Polizeirevier am 7.01.05 engagiert.

"Das Urteil des italienischen Gerichts ist eine schallende Ohrfeige für die italienischen Strafverfolger und Ankläger. Wir fordern nun eine vollständige Rehabilitierung der Betroffenen!", so die Präsidentin der Internationalen Liga für

Menschenrechte, Prof. Fanny-Michaela Reisin. "Das Recht auf Flucht und Asyl ist ein elementares Menschenrecht."

Das seit Jahrhunderten überlieferte und bewährte Seerecht gebietet die Rettung von Menschen, die auf hoher See in Not geraten. Die Missachtung elementarer humanitärer Gebote und universeller Menschenrechte durch die italienische Staatsanwaltschaft ist das beklagenswerte Resultat der EU-Flüchtlingspolitik. Europa wird mehr und mehr zu einer Festung gegen Flüchtlinge und Migranten ausgebaut. Eine Kehrtwende ist jetzt überfällig.

Die Liga verzeichnet nach wie vor mit Besorgnis, dass Lebensrettung in Italien und in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres nicht mit Verdienstorden für Zivilcourage und Menschlichkeit, sondern mit Kriminalisierung und Strafverfahren quittiert wird. So erging es nach wie vor dem tunesischen Fischer, Abdel Zenzeri, der im August 2007 insgesamt 44 Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet hatte. Dafür forderte die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Agrigent - ähnlich wie im Verfahren gegen Stefan Schmidt und Elias Bierdel - dreieinhalb Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe. Das 11.000 Euro teure Boot wurde von den italienischen Ermittlungsbehörden als "Tatwerkzeug" beschlagnahmt. Der Fischer hat damit die Existenzgrundlage für sich und seine Familie verloren. Sein einziges Vergehen: Menschen vor dem Ertrinken gerettet zu haben. "Ein solch willkürliches Vorgehen ist nicht hinnehmbar", erklärt die Liga-Präsidentin; "Abdel Zenzeri braucht unsere Solidarität und verdient eine Wiederherstellung nicht nur seines Rufs, sondern seiner Existenz!"

Die Abschottungspolitik der Europäischen Union fordert Opfer unter Menschen aus zahlreichen Regionen der Welt, die vor politischer Unterdrückung, vor Krieg und Armut fliehen. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass Europa gegenüber Flüchtlingen und Migranten aus Afrika nicht nur eine aus den Kolonialvergehen resultierende Bringschuld hat, sondern auch Verantwortung trägt wegen der verheerenden Folgen der Agrar- und Wirtschaftspolitik der EU auf dem afrikanischen Kontinent. Millionen Menschen werden damit ihrer Lebensgrundlage in ihren Heimatländern beraubt.

"Zu fordern ist ein grundlegendes Umdenken der EU. Die Wirtschaftspolitik muss davon abkommen, den hemmungslosen Raubbau an Ressourcen - weltweit und speziell in Afrika - zu stützen. Die Sozialpolitik muss Zufluchts- und Migrationswege nach Europa schaffen und schützen", so das Fazit des Liga-Vorstandes.

Kontakt: rolf-goessner@ilmr.d

Internationale Liga für Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

kommen überdurchschnittlich viele Angehörige anderer ethnischer Minderheiten. Der Widerstand gegen die Todesstrafe wird in den USA immer stärker. Viele Menschen verstehen die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Klassenjustiz.

Mumia Abu-Jamal hat diese Tatsachen stets klar benannt und als Journalist den Bezug zu den alltäglichen Ereignissen deutlich gemacht. Daher wird er als "Stimme der Unterdrückten" bezeichnet. Er spricht nicht nur für Gefangene oder für die Marginalisierten (an den Rand Gedrängten) in den USA - seine Gedanken werden überall auf der Welt verstanden. Sie motivieren Menschen überall, ihre Verhältnisse zu hinterfragen und zu ändern. Genau deswegen wollen ihn die Behörden in Pennsylvania umbringen - und genau deswegen werden wir das verhindern.

„In meinen Augen ist die Antwort sehr einfach: Baut die Bewegung auf oder reorganisiert sie! Die Bewegung, die wir vor Jahren hatten, war stark und schlagkräftig. Aber das ist viele Jahre her, und inzwischen gab und gibt es Kriege, Verwüstungen, Umweltzerstörung und ökonomische Krisen, und Menschen werden auch einfach müde, das ist nur natürlich. Aber wir können diese Bewegung wieder aufbauen. Das wäre eine wunderbare Sache und würde heute auch etwas bewirken, nicht nur für mich selbst, sondern für alle Männer und Frauen in den Todestrafen der USA.“ (Mumia, August 2009)

- Solidarität ist eine Waffe - nutzen wir sie!
- Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
- Kein Staat hat das Recht, Gefangene zu ermorden. Weg mit der Todesstrafe weltweit!
- Gegen den gefängnis-industriellen Komplex überall!

[Mumia - Gruppe Köln](#)

Aufruf aus dem Knast

Habe Post bekommen vom „Berliner Bündnis 'Free Mumia Abu Jamal!'“ Da ist viel zu lesen. Will meine Kontakte drum „bitten“ in den Briefen, die ich an sie schreiben, das Bündnis zu unterstützen. Deswegen will ich alles erst mal durchlesen. Ich möchte gerne hier schon mal dazu aufrufen vielleicht im Rundbrief dieses Bündnis zu unterstützen.

Berliner Bündnis

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

im HdD, Greifswalderstr. 4
10405 Berlin

Tobias G-P



Ernüchterndes Prozessergebnis für Friedensaktivisten in Colmar**Presseerklärung zum Prozess, 19.10.09**

Das Berufungsgericht Colmar (Frankreich) verurteilte heute einen 25jährigen Studenten aus Berlin zu 2 Monaten Haft auf Bewährung. Dabei hatte er bereits 4 Monate unter unzumutbaren Haftbedingungen im Strasbourger Gefängnis verbracht. In der ersten Instanz war er in einem 15minütigen Schnellverfahren zu 6 Monaten Haft mit sofortigem Vollzug verurteilt worden. Vorgeworfen wurde ihm ein Steinwurf ohne Schaden im Rahmen der Proteste gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg.

Am heutigen zweiten Prozesstag wurden die drei belastenden Polizeizeugen vernommen, die z.T. sehr widersprüchliche Aussagen machten. Z.B. behauptete ein Zeuge, den Angeklagten mit einer Mütze gesehen zu haben, ein anderer sprach von einer Kapuze und der Dritte von einer Maskierung.

Der Staatsanwalt bezog sich dennoch positiv auf die Aussagen. Schon beim ersten Termin hatte er betont, wenn man keinem Polizisten mehr glauben könne, wem könne man denn dann noch Glauben schenken... Sein Plädoyer bezog sich erneut hauptsächlich auf Wikipedia-Zitate über den angeblichen "deutschen Black Block". Er forderte eine Bestätigung des Urteils aus dem Schnellverfahren, verschärft durch ein Einreiseverbot nach Frankreich. Nohra Boukara als verteidigende Anwältin zweifelte die Aussagen der Belastungszeugen grundsätzlich an. Sie zeigte Widersprüche auf und äußerte sich zum Kontext der Medienkampagnen gegen die NATO-Proteste mit der Dämonisierung des "Black Block". Zum Schluss erläuterte sie, dass der vorgeworfene Straftatbestand der "Gewalttat" wegen des nicht vorhandenen Schadens sowieso nicht zutrifft.



Der Angeklagte wurde schließlich zu 2 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er erwägt, in Revision zu gehen. "Es ist ein Skandal", äußerte er sich nach der Urteilsverkündung, "dass ich monatelang unter unmöglichen Haftbedingungen in Strasbourg im Gefängnis sitzen musste."

Mit dem heutigen Urteil wurden diese Zeit für überflüssig erklärt und trotzdem kann ich keine Entschädigungen einklagen, weil ich nicht freigesprochen wurde!" Bis zum ersten Termin der Berufungsverhandlung Anfang August waren schon 4 Monate in Haft vergangen. Bereits im Juli war ein weiterer Anti-Nato-Aktivist nach ebenfalls 4 Monaten Haft vom Colmarer Gericht freigesprochen worden. Noch immer befinden sich zwei Menschen im Zusammenhang mit den NATO-Protesten in Untersuchungshaft in Strasbourg.

(Leider nicht direkt greifbar fuer Gefangene :)
Eine ausführliche Dokumentation der
Repression in Folge des Gipfels findet sich
unter <http://breakout.blogspot.de>

Verfahren gegen FeldbefreierInnen und GentechnikgegnerInnen

Vor Gericht: Gentechnik-Seilschaften und Gentechnik-Widerstand

Gefängnis für Feldbefreier!

Nach Bio-Imker Micha Grolm, der ab dem 27.08 für eine Genfeldbefreiung im Knast saß und erst auf Intervention des Verfassungsgerichts auf freien Fuß kam, sitzt zur Zeit Aktivist Christian Pratz in Strafhaft - wegen dem gleichen Delikt. Er kommt am Montag wieder frei und soll gebührend empfangen werden. Am gleichen Tag geht der dritte Feldbefreier in Haft - und zwar im süddeutschen Rottenburg am Neckar.

Exempel-Prozess in Gießen geht zu Ende!

Zwischen dem 26. August und 4. September letzten Jahres statuierte ein Gießener Gericht ein Exempel. Es richtete über zwei Feldbefreier, die 2006 in einer öffentlich angekündigten Aktion ein Versuchsfeld der Universität Gießen attackiert und beschädigt hatten. Amtsrichter Oehm verbot alle Fragen zur Gentechnik, verweigerte die Ladung des wichtigsten Zeugen und schmiss schließlich zur Verhinderung weiterer Fragen einen Angeklagten aus dessen Verfahren. Die Revision gegen dieses widerrechtliche Verhalten wurde durch eine taktische Berufung der Staatsanwaltschaft (inzwischen zurückgezogen) verhindert, Ermittlungen wegen Rechtsbeugung durch Einstellung ohne Prüfung der Sachlage. Nun läuft diese Berufung. Am kommenden Freitag ist das letzte Plädoyer und Urteilsverkündung angesetzt - nach 8 Verhandlungstagen (Beginn: 15. Juli). Vorher soll noch mal gegen die Gentechnik protestiert werden.

Mehr Prozesse gegen FeldbefreierInnen

Auch im nordbayrischen Kitzingen stehen AktivistInnen vor Gericht, die sich an einer Aktion beteiligt hatten, bei der ca. 60 Personen auf ein MON810-Feld gelangten und dieses beschädigten. Aufgerufen hatte die Initiative "Gendreck weg!" (*mehr Infos: www.gendreck-weg.de*).

Kritik an Seilschaften verboten?

Derweil zetteln führende Köpfe der deutschen Gentechnik-Seilschaften Gerichtsverfahren an, um Kritik an personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen Konzernen, Forschung, Kontrollbehörden und Lobbyverbänden verbieten zu lassen. Die aktuelle und offenbar brisante Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" sowie die Internetseiten www.biotech-seilschaften.de sollen verboten werden. Noch ist beides zugänglich, weil das Triumvirat aus Horst Rehberger (*ehem. Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt*), Kerstin Schmidt (*Mehrfach-Geschäftsführerin der wichtigsten deutschen Gentechnikstandorte*) & Uwe Schrader (*Chef des wichtigsten Lobbyverbandes InnoPlan-ta*) die falsche Person angreifen. Dennoch hat das Landgericht Saarbrücken willfährig eine Verfügung erlassen und lädt nach erfolgtem Widerspruch zum Gerichtstermin - allerdings ist der Anwalt des Angegriffenen verhindert. Das Gericht verweigert aber die Verschiebung des Termins, gleichzeitig darf sich der Betroffene nicht selbst verteidigen. Das Verfahren wird also kurz werden. Dabei ist die Kritik der Bro-

schüre und der angegriffenen Internetseiten mehr als berechtigt. Inzwischen sind alle Quellen zusammengestellt und abrufbar!



Vorträge über Gentechnik-Seilschaften

Kennen Sie Filme oder Bücher über Monsanto? Immer wieder wird einen intensiver Filz zwischen Konzern und Aufsichtsbehörden aufgedeckt. Doch St. Louis, der Firmensitz des Round-up- und Agent-Orange-Herstellers, ist weit weg. Wie aber sieht es in Deutschland aus? Warum werden hier Jahr für Jahr neue Felder angelegt, obwohl 80 % der Menschen keine Gentechnik im Essen wollen? Warum fließen Steuergelder auch dieser 80 % fast nur noch in die Gentechnik, wenn es um landwirtschaftliche Forschung geht? Der Blick hinter die Kulissen der Gentechnik mit ihren mafiosen Strukturen und skandalösen Zustände bei Genehmigungen & Geldvergabe bietet die erschütternde Erklärung, warum die überwältigende Ablehnung und der gesetzlich eigentlich vorhandene Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft (*einschließlich Imkerei*) gegenüber der grünen Gentechnik so wenig Wirkung hat. Denn: In den vergangenen Jahrzehnten sind alle relevanten Posten in Genehmigungsbehörden, Bundesfachanstalten und Geldvergebenden Ministerien mit GentechnikbefürworterInnen besetzt worden. Die meisten von ihnen sind direkt in Gentechnikkonzerne eingebunden. Mafiose Geflechte von Kleinunternehmen und seltsamen Biotechnologieparks wie Biotechfarm oder Agrobiotechnikum sind entstanden, zwischen denen Aufträge und Gelder erst veruntreut, dann hin- und hergeschoben werden, bis sich ihre Spur auf den Konten der Beteiligten verliert. Es wird Zeit für einen Widerstand an den Orten der Seilschaften. In den Veranstaltungen werden minutiös die Seilschaften zwischen Behörden, staatlicher und privater Forschung, Konzernen und Lobbyorganisationen durchleuchtet.



Genauere Blicke lohnen auf die Genehmigungsbehörde BVL (*Bundesamt für Verbraucherschutz & Lebensmittelsicherheit*) und deren Beratungsstellen JKI und ZKBS. Dann sollen beispielhaft 2 Zentren der grünen Gentechnik vorgestellt werden: Das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz mit seinen Firmengeflechten um biovativ & BioOK und die BioTechFarm in Üplingen mit dem sachsen-anhaltinischen Gentechnikfilz in InnoPlanta.

Den Abschluss bildet ein Ausblick auf Möglichkeiten des Widerstandes: **"Wer nach mehr Forschung ruft oder sich auf staatliche Stellen verlässt, ist verlassen. Gentechnikfreiheit gibt es nur dann, wenn die 80 % Ablehnung sich auch zeigen, nicht nur per Stimmzettel, Protestmail oder am Supermarktregal, sondern dort, wo die Gentechnikmafia arbeitet und die Felder angelegt werden!"**

Projektwerkstatt Saasen,
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

Leserbriefe...

Kein Nachtrag aus der JVA Diez zur Lage der medizinischen Versorgung... denn da ist man nachtragend!

Nochmal vielen Dank für Deine lieben Zeilen, für den Mauerfall No.22 und dass Du den Bericht von mir abgedruckt hast!

Warum „nochmal“? Na, weil ich Dir gestern schon einen ausführlichen Antwortbrief schrieb, dem ich einen aktuellen Bericht zum Thema „medizinische Versorgung“ hier beigeheftet hatte! Warum Du ihn nicht erhalten hast lag daran, dass sowohl der Brief, als auch der Bericht angehalten und zu den Akten genommen wurde! Er würde gem. § 31 Abs. 1 Satz 3 StVollzG der wahren Sachlage nicht entsprechen und grob unrichtige und entstellende Darstellungen der Anstaltsverhältnisse enthalten...! Mal sehen was daraus wird?! (...)
Herzliche Grüße und alles Gute:

Mike,
JVA Diez.

Lesenswert!

A. Abotip

„Informationsdienst Straffälligenhilfe“

Unter diesem Titel veröffentlicht die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S e.V.) drei Mal im Jahr ein jeweils ca. 40 Seiten umfassendes Heft mit Aufsätzen und Rechtssprechungshinweisen rund um Strafvollzug und Straffälligenhilfe. Interessierten Gefangenen kann ein Abonnement nur empfohlen werden, zumal der Jahresabopreis von 6 Euro nun wirklich moderat ist. In der aktuellen Ausgabe 2/2009 reicht die Themenspanne von einem Schwerpunkt zur Jugendkriminalität, über aktuelle Gerichtsentscheidungen zum Zugang zur Krankenversicherung nach Haftentlassung, der Sexualität unter den Bedingungen des Strafvollzugs, bis hin zur Darstellung aktueller Materialien mit Bezug zum Strafvollzug. Beispielsweise die Kurzfassung einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN zum Thema Einschränkung des Wahlrechts für Gefangene.

Aboanfragen können gerichtet werden an:

BAG-S e.V.,
Oppelner Str. 130,
53119 Bonn

B. Rezension

„Grundrechte-Report 2009“

Seit Jahren veröffentlicht ein Autorenteam von kritischen ProfessorInnen, JuristInnen und WissenschaftlerInnen jeweils einen Jahresbericht zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. So auch in diesem Jahr. Der Aufbau des 272-seitigen Buchs folgt dabei den wesentlichen Grundrechtsnormen, von Artikel 1 Grundgesetz (GG), die Würde des Menschen ist unantastbar, über Artikel 3 GG, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und weitere Bestimmungen, bis zu Artikel 104 GG, wonach die Freiheit einer Person nur auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden kann. Zu jedem der Artikel des GG finden sich

verschiedene Aufsätze; ob zum Folterverbot (vor allem dessen Aufweichung!), zum Datenschutz, der bald keiner mehr ist, der Entrechtung von Leiharbeitnehmern (was auch viele Gefangene betrifft, entweder im Offenen Vollzug oder nach einer Entlassung, werden sie allzu oft in Zeitarbeitsfirmen gepresst), aber auch explizit zur Situation eines Gefangenen in Schwalmstadt, dessen Freilassung die Anstalt hintertrieb in einer Weise, die für Sachkundige wenig überraschend sein mag, jedoch durch dieses Buch einem breiteren Kreis von Menschen bekannt wird. Ab Seite 288 geht es dann auch noch um die Ausweitung der Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Für Gefangene ist schon die Lektüre spannend, aber durch einen recht umfangreichen Anhang wichtiger Anschriften von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen in der BRD sollte das Buch in jedem Bücherregal eines interessierten Gefangenen stehen.

Bibliografische Angaben:

„Grundrechte-Report 2009“
hrsg. Müller-Heidelberg, Finckh und andere
Fischer Taschenbuchverlag,
ISBN 978-3-596-18373-9
Preis: 9,95

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA Bruchsal,

<http://www.freedom-for-thomas.de>



Realsatire

- gar nicht lustig!

Schloss defekt...seit Wochen!!!

Sonntag, 17. Juli (2005) -
JVA Frankenthal U-Haft

- 7.00 - Tür geht auf
- Guten Morgen vom Beamten
- Tür geht zu
- 7.20 -Tür geht auf
- Kaffeeausgabe (Malzkaffee)
- Anmeldung für den Gottesdienst
- Tür geht zu
- 8.20 -Tür geht nicht auf

- Nach mehreren Versuchen schließt der Beamte die Sichtklappe auf
- teilt mir mit, dass es „vielleicht“ mit dem Gottesdienst um 8.30 nicht klappt.
- (Defekt!
- Zylinderschloss drehte durch)
- Ich bitte ihn, sich um das Schloss zu kümmern.
- 9.30 - Durchsage „Hofgang“
- Ich drücke den Knopf
- 9.37 - Tür geht nicht auf
- Beamter versucht mehrere Minuten, geht dann ohne Information
- 9.40 - Ich drücke den Rufknopf,
- frage weshalb das Problem nicht gelöst wurde in den 80 Minuten.
- Man wird sich darum kümmern, bietet Hofgang mit den Insassen vom EG um 14 Uhr
- Bin damit nicht einverstanden, verweise den Beamten auf seine „Dienst- Pflicht“.
- 9.42 - Beamter schließt die Sicht-Klappe auf schnauzt mich an, wie ich „Inhaftierter“ es wagen könnte, ihn auf seine Pflichten hinzuweisen.
- Ich weise ihn darauf hin, auf das „Gefühl eingesperrt zu sein und und die Tür lässt sich nicht mehr öffnen.“ Und dass man noch nicht einmal Informationen bekommt.
- Er fühlt sich angegriffen und sagt: „Es kann mir egal sein, ob die Tür aufgeht.“
- Ich sage: „Habe verstanden, Diskussion damit beendet.“
- 10.55 - Beamter versucht 5 Minuten die Tür zu öffnen, kein Erfolg.
- 11.10 - Tür geht auf
- Mittagessen.
- Beamter teilt uns mit (zwischenzeitlich war auch mein Zellengenosse wach-), wir sollten alles Nötige zusammenpacken für eine Nacht im EG.
- 11.35 - Tür geht auf
- Kommando zurück.
Tür funktioniert ja wieder.
Kein Umzug.
- Wir geben unser Aluminium-Geschirr vom „Essen auf Rädern“ zurück.
- 14.00 - Tür geht auf
- Hofgang mit Insassen vom EG

Stressabbau. Rundlauf

Zur Information: Es waren zwei Beamte, die sich um das Problem „Schloss“ kümmerten. Einer gab Informationen, war sehr nett und hat sich bemüht. Der andere fühlte sich wahrscheinlich in der „Frühstückslektüre“ gestört. Er saß ja an der Rufanlage und musste hoch kommen.

KAWE Schwarzfärber
JVA Frankenthal 2005

Endlich...!**Bundestag beschließt
Entkriminalisierung von „Eierdieben“**

Angesichts der angespannten Haushaltslage hat der Deutsche Bundestag aufgrund einer interfraktionellen Gesetzesinitiative eine bahnbrechende Entscheidung getroffen.

Ab sofort müssen Menschen, die ihre Geldstrafen nicht bezahlen können, nicht mehr in den Knast. Diese Entscheidung wird die öffentlichen Kassen um mindestens 100 Millionen entlasten. Zum Hintergrund der Entscheidung erklärte ein Sprecher der Bundesregierung:

„Jährlich landeten bisher jährlich ca. 50000 Menschen wegen kleinster Delikte in den Gefängnissen, weil sie ihre Geldstrafen nicht bezahlten. Dies kostet die Steuerzahler jährlich ca. 100 Millionen. Da sich die Zahl der Betroffenen seit Einführung von Hartz IV beinahe verdoppelt hat, bestand die Gefahr, dass die Zahlen in der Krise noch weiter nach oben gehen. Wir hätten also noch mehr neue Knäste bauen müssen, was immense Kosten verursacht hätte. Durch die heutige Entscheidung wurde dieser Trend gestoppt. Durch den Wegfall dieser 50000 Gefangenen, sind wir jetzt in der Lage, mindestens 10 Gefängnisse sofort zu schließen. Hinzu kommt eine immense Entlastung der Gerichte. Viele Richter und Richterinnen waren ja beinahe ausschließlich mit solchen Bagatelldelikten befasst. Wir werden also in Zukunft weniger Richter und Richterinnen brauchen, was langfristig wieder immense Kosten einsparen wird. Allerdings wird es keine betriebsbedingten Kündigungen geben, was rein rechtlich ja auch gar nicht möglich wäre. Kurzfristig werden wir bei den Gerichten Kurzarbeit einführen und verstärkt auf die Möglichkeit der Frühpensionierung zurückgreifen.“

Da dieses Gesetz ab sofort gilt, ist morgen früh mit Massenentlassungen zu rechnen.



PS. Leider handelt es sich bei dieser Meldung um eine „Ente“, aber lasst uns doch gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Meldung Realität wird. Auch wenn wir grundsätzlich alle Knäste abschaffen wollen, so könnten wir doch mal mit den angesprochen 10 anfangen.

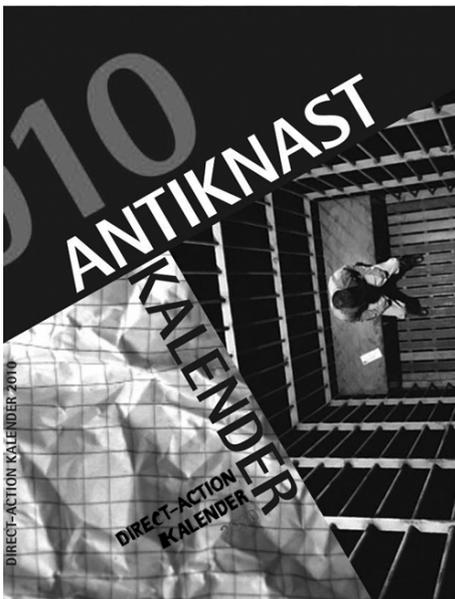
Gerhard,
AKP-Köln

Letzte Worte...**Grüße...**

An dieser Stelle will ich einmal den Mauerfall nutzen, um Grüße weiter leiten.

Ganz besonders herzliche Grüße und eine feste Umarmung sendet Halil an alle seine Redaktionen und Genossen! Es geht ihm gut und er möchte sich bei allen Menschen bedanken, die ihn unterstützt haben, die solidarisch waren und die an ihn gedacht haben. Wir bleiben weiterhin in Kontakt.

Ich persönlich möchte auch mal herzlich grüßen und 'Dankeschön' sagen. Ganz besonders den Redaktionen und MacherInnen der Gefangenen-Zeitungen „Diskus 70“ aus der JVA Bremen, vom „Lichtblick“ aus der JVA Tegel und „Der Weg“ aus der JVA Diez. MERCI! Vielen Dank dass Ihr mich in Eure Verteiler aufgenommen habt. Ich sammle alle Ausgaben. Sie bilden einen Teil meines kleinen Archivs oder dessen, was es einmal werden soll.



Ansonsten gibt's reichlich neue kleine und richtig große Hässlichkeiten. Besonders hässlich, mal wieder die Attacken der Verantwortlichen in der JVA Hof gegen den Harry. Aufgrund seiner - wie ich finde - berechtigten und notwendigen Kritik und dem damit verbundenen Antrag auf rechtspsychologische Begutachtung des „Doppelfunktions“ der JVA Hof erfolgte nun die Antwort in Form der Zustellung eines Arrestbescheides! Ja, Ihr habt Euch nicht verhöhrt – es schlägt tatsächlich 13! Diese kleine Ekelhaftigkeit gegen eine Einzelperson passt aber haargenau ins Bild des großen Drumherums und der großen von den neuen alten Herrschenden geschmiedeten Gemeinheiten. Da soll der sogenannte „Warnschussarrest“, ein wirklich fieses Relikt aus längst vergangenen Zeiten, wieder eingeführt werden. Auch die Führungsaufsicht ist verschärft worden. Es kommt Einiges auf uns alle zu, und zwar nichts Gutes...

Zu all diesen und noch mehr Hässlichkeiten könnt Ihr in der nächsten Nummer mehr lesen.

Michel

Hier zum Schluss auch noch der unbedingte Hinweis auf den neuen

Antiknast-Kalender 2010, erschienen im Seitenhieb Verlag. Für Gefangene ist der Kalender kostenlos.

SeitenHieb Verlag,
Jahnstr. 30,
35447 Reiskirchen

Gedichte und Poesie...

**Dunkel wirds in meinem Herzen,
wie auch hier in diesem Raum,
keinem ist zum Scherz zumute,
gehalten hier im Zaum.
Fern von jeder Freude,
behaftet mit vielen Gedanken,
trocknet aus das Leben mir
und das nur ohne Schranken!**

Arne Arlinghaus

Dreimal Mauer

Nach wenigen Wochen ...

**Leblosigkeit der Mauern
erstarrende Natur
erdrückende Luft
Angst steht im Raum
in einer Welt
der Verachtung**

Nach einem Jahr....

**Hoch ragt sie vor mir auf
grauer, kalter Beton
Jeden Morgen
beim Blick durch das Gitter
sehe ich sie - unverrückbar
Sie ist meine Grenze zur
Außenwelt, bestimmt meinen
gesellschaftlichen Status
Sechs Meter hoher Stein
der mich vereinnahmt**

Nach fast 20 Jahren....

**Wenn ich schreibe
stelle ich oft mit
Erschrecken fest
dass es mir immer
seltener gelingt,
über die Mauer hinaus
zu denken!**

Mike Diehl 1990/ 1991/ 2009